



**24 | 2003**

56. Jg., 51.–52. KW, 27. Dezember 2003

# ifo Schnelldienst

## **Kommentar**

*Wolfgang Arnold*

- Industriepolitik in Europa

## **Forschungsergebnisse**

*Volker Meier*

- Übertragbarkeit von Alterungsrückstellungen in der privaten Krankenversicherung

*Beate Grundig und Carsten Pohl*

- Interindustrielle Lohndifferenzierung in Zentraleuropa

## **Daten und Prognosen**

*G. Flaig, W. Nierhaus, W. Meister, O.-E. Kuntze, A. Gebauer, E. Langmantel, M. Meurers, M. Ruschinski, T. Wollmershäuser*

- ifo Konjunkturprognose 2004: Erholung hat begonnen

*Günter Weitzel*

- Buchhandel: 2004 Ende der Umsatzflaute?

## **Im Blickpunkt**

*Rigmar Osterkamp*

- Langfristige Trends der öffentlichen Ausgaben

*Hans G. Russ*

- ifo Konjunkturtest Dezember 2003

**ifo Schnelldienst** ISSN 0018-974 X

Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.,  
Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,  
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifo.de.

Redaktion: Dr. Marga Jennewein.

Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn, Prof. Dr. Gebhard Flaig,  
Dr. Gernot Nerb, Dr. Wolfgang Ochel, Dr. Heidemarie C. Sherman, Dr. Martin Werding.

Vertrieb: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Erscheinungsweise: zweimal monatlich.

Bezugspreis jährlich:

Institutionen EUR 225,-

Einzelpersonen EUR 96,-

Studenten EUR 48,-

Preis des Einzelheftes: EUR 10,-

jeweils zuzüglich Versandkosten.

Layout: Pro Design.

Satz: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

Druck: Fritz Kriechbaumer, Taufkirchen.

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

### Kommentar

#### Industriepolitik in Europa: Kein alter Wein in neuen Schläuchen

3

In seinem Kommentar zur europäischen Industriepolitik setzt sich *Wolfgang Arnold*, Ministerialrat im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, mit der industriepolitischen Initiative Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens auseinander. Er fordert eine Politik, die »auf die spezifischen Bedingungen der industriellen Produktion und auf besondere Gegebenheiten in einzelnen Branchen Rücksicht nimmt«.

### Forschungsergebnisse

#### Übertragbarkeit von Alterungsrückstellungen in der privaten Krankenversicherung

5

*Volker Meier*

Die Private Krankenversicherung (PKV) in Deutschland ist ein System lebenslanger Verträge. Im Rahmen derartige Verträge findet ein Kapitalaufbau für jeweils eine Altersgruppe statt. Wenn die Versicherten jung sind, übersteigt die Prämie die Ausgaben des Versicherers. Die Sparbeiträge werden verzinst, und die Überlebenden eines Geburtsjahrgangs erben die Sparbeiträge ihrer verstorbenen Altersgenossen. Der auf diese Weise aufgebaute Kapitalstock dient zur Senkung der Versicherungsprämien im Alter. Seit einigen Jahren wird die Regelung diskutiert, dass ein Versicherter, der seinen Versicherer wechseln möchte, keinerlei Ansprüche auf Mitgabe der von ihm mit aufgebauten Alterungsrückstellung hat. Viele Ökonomen sehen darin eine erhebliche Beeinträchtigung des Wettbewerbs. In einem Gutachten des ifo Instituts im Auftrag des Bundesministerium der Finanzen werden in einer Reihe von Simulationsrechnungen die übertragungsfähigen Anteile der Alterungsrückstellungen ermittelt.

#### Interindustrielle Lohndifferenzierung in Zentraleuropa

9

*Beate Grundig und Carsten Pohl*

In dem vorliegenden Beitrag werden die interindustriellen Lohnstrukturen in den neuen Bundesländern und in ausgewählten mittel- und osteuropäischen Ländern, in denen die Transformation unterschiedlich stark vorangetrieben wurde, betrachtet. Zur besseren Einordnung der Ergebnisse werden die Lohnstrukturen in diesen Ländern mit denen in einer etablierten Marktwirtschaft (Westdeutschland) verglichen. Von Interesse ist in diesem Zusammenhang die Frage, wie sich die Löhne in den Wirtschaftsbereichen entwickelt haben, da sich hieraus Rückschlüsse auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Branchen, aber auch auf den Arbeitsmarkt in den einzelnen Volkswirtschaften ziehen lassen.

### Daten und Prognosen

#### ifo Konjunkturprognose 2004: Erholung hat begonnen

16

*Gebhard Flaig, Wolfgang Nierhaus, Wolfgang Meister, Oscar-Erich Kuntze, Andrea Gebauer, Erich Langmantel, Martin Meurers, Monika Ruschinski und Timo Wollmershäuser*

Am 19. Dezember stellte das ifo Institut im Rahmen seines vorweihnachtlichen Pressegesprächs seine Prognose für das Jahr 2004 vor. Die konjunkturellen Aussichten der Bundesrepublik waren schon lange nicht mehr so günstig wie jetzt. Nach der Konjunkturprognose des ifo Instituts wird das reale Bruttoinlandspro-

dukt im Jahresdurchschnitt 2004 um 1,8% steigen. Davon entfallen 0,2 Prozentpunkte auf das partielle Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform 2000, das gegenüber dem ursprünglichen Plan in seiner konjunkturellen Wirkung kaum abgeschwächt wurde, weil etwa 8 Mrd. von 9 Mrd. € nicht durch Ausgabenkürzungen oder andere Steuererhöhungen gegenfinanziert werden sollen. Etwa 0,5 Prozentpunkte des BIP-Wachstums sind darauf zurückzuführen, dass es im Jahr 2004 im Durchschnitt der Bundesländer 3,3 Arbeitstage mehr als im Jahr 2003 gibt. Für den Arbeitsmarkt aber ist noch nicht einmal im sich bessernden Konjunkturverlauf eine rasche Belebung zu erwarten. Die Lage bleibt prekär. Angesichts der bis zuletzt sinkenden Anzahl offener Stellen wird die Erwerbstätigkeit im Jahr 2004 zunächst weiter sinken. Zwar stützt die Arbeitsmarktpolitik durch die Förderung von Existenzgründungen (Ich-AG) und den Aufbau der Personal-Service-Agenturen die Beschäftigung. Ferner werden durch die Regelungen zu Mini- und Midi-Jobs auch Personen, die nicht berechtigt sind, Lohnersatzeinkommen zu beziehen, unterstützt. Dennoch ist erst etwa ab Mitte 2004, wenn sich die Konjunkturerholung gefestigt hat, mit einem leichten Anstieg der saisonbereinigten Erwerbstätigenzahlen zu rechnen. Das wird nicht verhindern können, dass im Jahresdurchschnitt ein nochmaliger Beschäftigungsabbau in der Größenordnung von 170 000 Personen zu verzeichnen sein wird. Im Jahresdurchschnitt 2004 ist mit einer Arbeitslosenzahl von 4,3 Millionen zu rechnen. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 10,2%. Bei der Finanzlage der öffentlichen Hand ist keine nachhaltige Besserung in Sicht.

#### Der Buchhandel hofft auf ein Ende der Umsatzflaute

43

*Günter Weitzel*

2002 blieb auch der Buchmarkt von der Konjunkturschwäche der deutschen Wirtschaft nicht verschont und verzeichnete leichte Umsatzeinbußen. Dieser unbefriedigende Geschäftsverlauf setzte sich im ersten Halbjahr 2003 mit sinkenden Umsätzen fort. Ab September belebte sich aber die Nachfrage, so dass der Vorjahresumsatz bei einem guten Weihnachtsgeschäft nahezu erreicht werden kann.

### Im Blickpunkt

#### Frühe und späte Reformer: Langfristige Trends der öffentlichen Ausgaben in 21 OECD-Ländern

48

*Rigmar Osterkamp*

In den betrachteten 21 OECD-Ländern gibt es langfristige Trends der Entwicklung der öffentlichen Ausgaben als Anteil am BSP. Diese langfristigen Trends zeigen einen Umbruch von steigenden zu sinkenden Werten, der erfolgte in den meisten Ländern entweder in den frühen 1980er Jahren oder im Zeitraum 1993 – 1995.

#### ifo Konjunkturtest Dezember 2003 in Kürze

50

*Hans G. Russ*

Das Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft Westdeutschlands hat sich im Dezember bereits zum achten Mal in Folge verbessert. Dies untermauert die Prognose des ifo Instituts, dass die Weichen für einen Aufschwung gestellt sind und die Konjunktur weiter an Dynamit zulegen wird. Getragen wurde die Aufwärtsentwicklung des Indikators wieder hauptsächlich von dem erhöhten Optimismus in den Erwartungen der Unternehmen. Aber auch die aktuelle Situation wurde etwas weniger ungünstig beurteilt als im Vormonat.

Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben im Abschlusskommunique ihres Gipfeltreffens vom 21. März 2003 festgestellt, »dass zur Verbesserung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit ein neues Konzept für die Industriepolitik notwendig ist«. Es seien Rahmenbedingungen zu schaffen, »unter denen Unternehmen und unternehmerische Initiative gedeihen können«. In den Schlussfolgerungen des Gipfels vom 17. Oktober 2003 wurden die Spitzen der EU-Mitgliedstaaten noch deutlicher. Dort heißt es unter der Überschrift »Industriepolitik« u.a.: »Der Rat und die Kommission müssen auf die Bedürfnisse einzelner Industriezweige, namentlich des Verarbeitungssektors, eingehen, damit diese ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern können ...«.

Der Europäische Rat hat sich damit Vorschläge zu eigen gemacht, die zu Beginn des Jahres 2003 Bundeskanzler Schröder, Präsident Chirac und Premierminister Blair in einem gemeinsamen Schreiben an den Ratspräsidenten vorgetragen hatten. Die Kernsätze dieses Schreibens lauteten: »Bei politischen Entscheidungen ist zu berücksichtigen, dass sich die europäische Industrie in einem weltweiten Wettbewerb durchsetzen muss. Sie darf nicht zum Feld von Regulierungsexperimenten gemacht werden, die höhere Kosten oder Belastungen für die Arbeitgeber bedeuten«.

Obwohl die deutsch-französisch-britische Initiative und die Schlussfolgerungen des Frühjahrsgipfels 2003 wegen der Dominanz anderer Ereignisse in der Berichterstattung nur wenig Beachtung fanden, gab es doch einige kritische Anmerkungen. Von manchen wurde ein Gegensatz zwischen großen und kleinen Mitgliedstaaten oder zwischen traditionellen Industrieländern und eher serviceorientierten Ländern vermutet, andere befürchteten ein Wiederaufleben der etatistischen Industriepolitik alter Prägung. So heißt es z.B. in einem Kommentar der FAZ vom 22. März 2003, dass einem neuen Subventionsschub Tür und Tor geöffnet werden könnte. Die neue Industriepolitik sei ein »alter Besen, der in der Rumpelkammer europäischer Wirtschaftspolitik« bleiben solle.

Solche Kommentare sind zum Teil auf das »verstaubte« Image der Industrie als

Gegenpart zu den vorgeblich zukunfts-trächtigen Service-Sektoren zurückzuführen. Sie sind auch Ausdruck der negativen Assoziationen, die in weiten Kreisen der deutschen Nationalökonomie und Wirtschaftspublizistik mit dem Wort Industriepolitik verbunden werden. Oft ist reflexartig von staatlichem Interventionismus die Rede, von Subventionierung maroder Branchen, von gezielter Strukturlenkung und außenwirtschaftlicher Abschottung. Diesen Übeln wird dann gerne das Modell einer idealtypischen, von staatlichem Handeln freien Wettbewerbswirtschaft gegenübergestellt, das in der Realität jedoch nicht anzutreffen ist.

Die Kritiker verkennen zudem, dass kein ernstzunehmender Politiker in Europa den Primat von Markt und Wettbewerb in Frage stellt. Dies ergibt sich auch aus dem Kommunique der Staats- und Regierungschefs vom März 2003. Dort ist nämlich ausgeführt, dass das geforderte neue Konzept für die Industriepolitik die allgemeinen Rahmenbedingungen behandeln, die Wettbewerbsvorschriften berücksichtigen und bereichsübergreifend angelegt sein soll. Darüber hinaus soll es den besonderen Merkmalen der einzelnen Branchen Rechnung tragen. Dies impliziert auch, dass große und kleine sowie stark und weniger stark industrialisierte Mitgliedstaaten selbstverständlich gleich zu behandeln sind.

Was also verbirgt sich hinter der neuen Industriepolitik, die auf Initiative Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens Eingang in die europäische Agenda gefunden hat? Im Kern geht es darum, der produzierenden Wirtschaft im Konzert widerstreitender Interessen wieder den ihr gebührenden Platz zu sichern. Allzu lange haben Wissenschaft, Medien und Politik einseitig auf Dienstleistungen und New Economy gesetzt. Die Industrie wurde teilweise als Auslaufmodell betrachtet und entsprechend behandelt. Die Brüsseler Gesetzgebungsmaschinerie hat unzählige Richtlinien und Verordnungen hervor-



Wolfgang Arnold\*

\* Dipl.-Volkswirt Wolfgang Arnold, Ministerialrat im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Leiter des Referates »Grundsatzfragen der Industriepolitik; industrielle Wettbewerbsfähigkeit«  
Die in diesem Beitrag vertretenen Auffassungen und Standpunkte sind ausschließlich die des Autors.

gebracht, die – vorsichtig formuliert – die Produktion in Europa nicht immer erleichtert haben.

Hier ist eine stärkere Ausgewogenheit vonnöten. Europa kann es sich nicht leisten, mit zunehmendem Tempo industrielle Produktion und Arbeitsplätze an andere Weltregionen zu verlieren. Auf dem Spiel stehen nicht nur die Jobs in den Fabriken, sondern auch viele Dienstleistungen, die eng mit der Industrie verbunden und nur im Zusammenspiel mit ihr langfristig lebensfähig sind. Kurz gesagt: Eine starke, international wettbewerbsfähige Industrie ist nach wie vor unabdingbare Voraussetzung für Wohlstand und Beschäftigung auf unserem Kontinent.

Die Politik muss sich deshalb der berechtigten Anliegen der produzierenden Wirtschaft wieder stärker annehmen. Sie muss vor allem darauf achten, dass die Sicherung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit bei Initiativen aus allen Politikbereichen stets mit bedacht wird. Maßnahmen zum Schutz der Umwelt, der Arbeitnehmer oder der Verbraucher sind so auszugestalten, dass sie die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen möglichst wenig belasten; idealerweise sollten sie ihnen sogar neue Chancen eröffnen. Das ist übrigens auch die Grundidee nachhaltigen Wirtschaftens.

Dieser Gedanke soll durch Einführung einer systematischen Wirkungsanalyse in die Gemeinschaftsgesetzgebung um- und durchgesetzt werden. Die Europäische Kommission wurde durch die Staats- und Regierungschefs im März und erneut im Oktober 2003 aufgefordert, bei allen bedeutenden Rechtsetzungsvorhaben die betroffene Wirtschaft zu konsultieren und umfassend die potentiellen Auswirkungen auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu analysieren und offen zu legen. Die Folgenabschätzungen müssen über reine Nutzen-Kosten-Rechnungen hinausgehen und auch mittelbare sowie Wechselwirkungen auf vor- und nachgelagerte Sektoren einbeziehen. Sie müssen insbesondere auch erkennen lassen, wie sich die relative Position europäischer Unternehmen zu wichtigen außereuropäischen Konkurrenten infolge der geplanten Rechtsetzung verändert.

Die Kommission hat inzwischen interne Leitlinien für die Durchführung der Impact Assessments verabschiedet und zu einigen wichtigen Vorhaben solche Analysen vorgelegt bzw. angekündigt. Ein aktuelles und auch in der Öffentlichkeit stark beachtetes Beispiel sind die Vorschläge zur Neuordnung des Chemikalienrechts. Dazu haben Kanzler Schröder, Präsident Chirac und Premierminister Blair im September 2003 erneut ein gemeinsames Schreiben verfasst, diesmal adressiert an Kommissionspräsident Prodi, worin sie eine umfassende Analyse der Auswirkungen auf die gesamte Wertschöpfungskette fordern und Regelungen anmahnen, welche die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen nicht gefährden.

Den Politikern, die über solche Vorschläge zu befinden haben, wird bei Vorliegen aussagekräftiger Wirtschaftsfolgenabschätzungen die Abwägung zwischen verschiedenen

Politikzielen wesentlich erleichtert. Denn nur wenn bekannt ist, welche Konsequenzen für Wirtschaft und Arbeitsplätze etwa aus umwelt- oder verbraucherpolitisch motivierten Entscheidungen folgen, kann verantwortlich entschieden werden. Natürlich werden auch die ausgefeiltesten Wirkungsanalysen oft keine klaren Ergebnisse haben und politische Entscheidungen, in die stets auch subjektive Werturteile einfließen, nie ersetzen können. Die Transparenz wird aber zweifellos gestärkt und Verantwortlichkeiten werden deutlicher.

In die Entscheidungsfindung auf europäischer Ebene soll bei wirtschaftsrelevanten Fragen zukünftig der im Jahr 2002 neu geschaffene »Rat für Wettbewerbsfähigkeit« stärker einbezogen werden. In diesem Rat sind die Wirtschafts-, Industrie- und Forschungsminister der EU-Mitgliedstaaten vertreten. Dort ist der notwendige Sachverstand versammelt, um problematische Entwicklungen für die industrielle Wettbewerbsfähigkeit Europas erkennen und thematisieren zu können. Die Gefahr, dass in Brüssel andere Ratsformationen Entscheidungen treffen, die mit hohen Arbeitsplatzverlusten verbunden sind, wird durch das Impact Assessment und die Beteiligung des Rates für Wettbewerbsfähigkeit wesentlich verringert.

Kritisch wird teilweise kommentiert, dass künftig auch die spezifischen Bedingungen einzelner Branchen intensiver berücksichtigt werden sollen. Doch auch hinter dieser Forderung des Europäischen Rates verbirgt sich nicht das Bestreben, die Gewinner des Strukturwandels durch den Staat festzulegen oder die Verlierer zu schützen. Es geht schlicht darum, nicht nur die Auswirkungen von Gemeinschaftsinitiativen auf die Gesamtwirtschaft, sondern auch auf einzelne Sektoren im Auge zu behalten. Wird etwa ein Industriezweig gleichzeitig mit verschiedenen belastenden Verordnungen und Richtlinien konfrontiert, so kann dies verhängnisvolle Folgen nach sich ziehen, auch wenn jeder Rechtsakt für sich betrachtet gesamtwirtschaftlich nur marginale Wirkungen hat.

Die vom Europäischen Rat geforderte neue Industriepolitik beinhaltet also kein Abweichen von marktwirtschaftlichen Prinzipien. Wettbewerbsfähigkeit ist ohne Wettbewerb nicht möglich. Wettbewerbsfähigkeit setzt aber auch voraus, dass die staatlich beeinflussbaren Rahmenbedingungen für Innovationen und Investitionen stimmen. Und genau darum geht es bei den industriepolitischen Initiativen der Bundesregierung, auch bei den gemeinsamen Initiativen mit Frankreich und Großbritannien. Nicht Subventionen und Schutzmaßnahmen sind das Ziel, sondern die Durchsetzung einer Politik, die auf die spezifischen Bedingungen der industriellen Produktion und auf besondere Gegebenheiten in einzelnen Branchen Rücksicht nimmt.

# Übertragbarkeit von Alterungsrückstellungen in der privaten Krankenversicherung

Die Private Krankenversicherung (PKV) in Deutschland ist, soweit sie einen Versicherungsschutz bietet, der die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) ersetzt (substitutive Krankenversicherung), ein System lebenslanger Verträge. Im Rahmen derartiger Verträge findet ein Kapitalaufbau für jeweils eine Altersgruppe statt. Wenn die Versicherten jung sind, übersteigt die Prämie die Leistungsausgaben und Verwaltungsausgaben des Versicherers. Die Sparbeiträge werden verzinst, und die Überlebenden eines Geburtsjahrgangs erben die Sparbeiträge ihrer verstorbenen Altersgenossen. Der auf diese Weise aufgebaute Kapitalstock, der in der Bilanz des Versicherers als Alterungsrückstellung auftritt, dient zur Senkung der Versicherungsprämien im Alter. Er wird zum Aussterben eines Geburtsjahrgangs hin aufgelöst. Auf diese Weise wird der ansonsten eintretende Prämienanstieg im Alter deutlich begrenzt. Kontrovers diskutiert wird seit einigen Jahren die Regelung, dass ein Versicherter, der seinen Versicherer wechseln möchte, keinerlei Ansprüche auf Mitgabe auch nur eines Teils der von ihm mit aufgebauten Alterungsrückstellung hat. Viele Ökonomen sehen darin eine erhebliche Beeinträchtigung des Wettbewerbs. In einem Gutachten des ifo Instituts im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen werden in einer Reihe von Simulationsrechnungen die übertragungsfähigen Anteile der Alterungsrückstellungen ermittelt.

## Beeinträchtigung des Wettbewerbs

Die Alterung der Versichertengemeinschaft führt im Wesentlichen auf zwei Wegen zum Anstieg der erwarteten Krankheitskosten. Zum einen erfahren auch grundsätzlich gesunde Individuen eine kontinuierliche Verschlechterung ihres Gesundheitszustands. Zum anderen kommt es für viele Versicherte durch Krankheit oder Unfall zu einer dauerhaften erheblichen Verschlechterung ihres Gesundheitszustands. Damit aber steigen die erwarteten jährlichen Krankheitskosten stark an. Würden die Versicherungsverträge nun jährlich auf Basis des aktuellen Gesundheitszustands erneuert, käme es in derartigen Fällen zu drastischen Prämien erhöhungen. Diese Konsequenz bezeichnet man als das Prämienrisiko. Nun ist aber in Deutschland im Bereich der substitutiven Private Krankenversicherung das ordentliche Kündigungsrecht des Versicherers ausgeschlossen, so dass im Wesentlichen nur ausbleibende Prämienzahlungen zur Kündigung durch den Versicherer führen können. Darüber hinaus ist eine Prämienanpassung nur aufgrund von Kostenerhöhungen für die Versichertengemeinschaft als ganzes zulässig, nicht aber auf Basis individueller Erfahrungen mit dem Versicherten. Durch diese gesetzli-

che Konstruktion ist der Versicherte gegen das Prämienrisiko geschützt.

Sehr kontrovers diskutiert wird seit einigen Jahren eine andere Regelung, die ebenfalls als Schutzmaßnahme gegen das Prämienrisiko verstanden werden kann. Nach höchstrichterlicher Rechtsprechung hat ein Versicherter, der seinen Versicherer wechseln möchte, keinerlei Ansprüche auf Mitgabe auch nur eines Teils der von ihm mit aufgebauten Alterungsrückstellung. Im Fall eines Versichererwechsels wird dieser Anspruch an das verbleibende Versichertenkollektiv vererbt. Durch den Verlust dieses Anspruchs ist ein Versichererwechsel im Bereich der privaten Krankenversicherung bereits nach einigen Jahren Vertragslaufzeit sehr kostspielig, was sich in geringen Wechselraten niederschlägt. Diese sind in den letzten Jahren noch weiter gefallen, weil die Regelung nach herrschender Rechtsauffassung auch anzuwenden ist auf den seit dem Jahr 2000 eingeführten gesetzlichen Beitragszuschlag zur Prämienreduzierung im Alter. Damit hat der Gesetzgeber die Wechselverluste noch weiter erhöht. Viele Ökonomen sehen in dem fehlenden Mitnahmeanspruch eine erhebliche Beeinträchtigung des Wettbewerbs (Monopolkommission 1996, Sachverständigenrat 2002), der sich tatsächlich im Wesentlichen auf den Bereich

der Neukunden beschränkt. Allerdings sollte klar sein, dass bereits durch den funktionierenden Wettbewerb um Neukunden starke Anreize zur Kostenreduktion und Qualitätsverbesserung im Service gesetzt sind. Der Hauptvorteil der Ausweitung des Wettbewerbs auf Bestandskunden besteht daher darin, dass Versicherte in die Lage versetzt werden, eine unbefriedigende Vertragsbeziehung mit ihrem Versicherer zu beenden.

Die besonders von Seiten der Versicherungswirtschaft und des PKV-Verbands hervorgehobene Schutzfunktion der kritisierten Mitgaberegulierung für das verbleibende Versichertenkollektiv beim abgehenden Versicherer (Beutelmann 2001) ist auf jeden Fall anzuerkennen für den zunächst naheliegendsten alternativen Ansatz. Wenn beim Versichererwechsel die so genannte kalkulatorischen Alterungsrückstellung mitgegeben wird, die den verzinnten Sparbeitrag des Versicherten zuzüglich der geerbten Alterungsrückstellungen wiedergibt, kommt es zur Zerstörung der Prämienversicherungsfunktion der langfristigen Krankenversicherung. In einem solchen Fall ist es für gesunde Versicherte stets finanziell attraktiv, das Kollektiv zu verlassen. Sie können dann zusammen mit anderen gesunden Individuen ein neues Kollektiv begründen, um durch die günstigere Risikostruktur Prämien einzusparen. Die Risikoentmischung beim ursprünglichen Versicherer führt dagegen zu einem Prämienanstieg für die verbleibenden, nunmehr überdurchschnittlich schlechten Risiken. Damit aber würden wieder die Versicherten das Prämienrisiko tragen, und nicht der Versicherer.

Intensiv diskutiert wird ein Vorschlag, der aus den Kreisen der früheren Vereinte Krankenversicherung vorgebracht wurde und die Übernahme von Instrumenten aus der gesetzlichen Krankenversicherung vorsieht (Henke et al. 2002). Die Idee besteht darin, beim Versichererwechsel die kalkulatorische Alterungsrückstellung mitzugeben und den negativen finanziellen Folgen einer Risikoentmischung vorzubeugen durch den Einsatz eines Kontrahierungszwangs sowie eines Risikostrukturausgleichs bei unternehmensübergreifend normierten Vertragsinhalten. Natürlich wird auf diese Weise die Produktvielfalt auf dem Markt beschränkt. Dem kann durch das Angebot von Ergänzungsverträgen begegnet werden, wobei sich allerdings das Problem der Übertragbarkeit der Alterungsrückstellungen dort erneut stellt. Die Hauptschwierigkeit des Vorschlags liegt allerdings in der praktischen Ausgestaltung eines gegenwärtig im Bereich der PKV nicht erforderlichen Risikostrukturausgleichs. Dieser sollte gleichzeitig kostengünstig zu verwalten sein, eine unproduktive Risikoselektionspolitik der Versicherer verhindern und schließlich auch Anreize zur Leistungsbegrenzung durch die Versicherer bestehen lassen. Im Prinzip wäre es angemessen, analog zu dem ab 2007 für die GKV geplanten morbiditätsabhängigen Risikostrukturausgleich die Ein- und Auszahlungen von den aktuellen Gesundheitsdiagnosen für die

Mitglieder im jeweiligen Versichertenbestand abhängig zu machen. Falls es dabei nicht gelingt, tatsächlich risikogerechte Transfers für jede einzelne Gruppe festzulegen, gibt es für die Versicherer einen Anreiz, gezielt bestimmte Risikogruppen zu umwerben. Dies wäre volkswirtschaftlich unproduktiv und kann etwa dazu führen, dass ein effizient wirtschaftender Versicherer, der sich an einer derartigen Politik nicht beteiligt, am Ende die höchsten Prämien aufweist. Weit aus weniger aufwendig in der Durchführung wäre ein Mechanismus, der einfach die Leistungsausgaben pro Versicherten ausgleicht. Dann besteht aber für den einzelnen Versicherer keinerlei Anreiz mehr, eine durch den Vertrag eigentlich nicht gedeckte Leistungsanspruchnahme zu verhindern. Die Folge wären Prämien erhöhungen auf breiter Front.

### Vom Gesundheitszustand abhängige Transferregelung

Die theoretische Ideallösung besteht in einem System individueller Alterungsrückstellungstransfers, das vor allem von Meyer (2001) propagiert wird und eine enge Verwandtschaft zum Konzept der zeitkonsistenten Krankenversicherung von Cochrane (1995) aufweist. Die Transfers beim Versichererwechsel wären abhängig von der aktuellen Gesundheitsprognose des wechselnden Versicherten. Die so genannte individuelle prospektive Alterungsrückstellung reflektiert den Unterschied zwischen den erwarteten zukünftigen Versicherungsleistungen und den erwarteten zukünftigen Prämienzahlungen, jeweils in Barwerten gemessen. Dann erhalten etwa wechselnde chronisch Kranke einen Transfer, der deutlich oberhalb der kalkulatorischen Alterungsrückstellung liegt. Die entsprechende Mitgabe an einen gesunden Versicherten liegt dagegen unterhalb der kalkulatorischen Alterungsrückstellung. Allerdings ist die Implementierung dieser Regel keineswegs einfach. Insbesondere ist zu erwarten, dass die längerfristige Gesundheitsprognose nicht kostengünstig gerichtlich verifizierbar ist. Trifft dies zu, wird eine vom Gesundheitszustand abhängige Transferregelung regelmäßig zu gerichtlichen Auseinandersetzungen führen. Der aufnehmende Versicherer würde versuchen, den Versicherten als schlechtes Risiko zu klassifizieren, um einen höheren Rückstellungstransfer zu erreichen. Umgekehrt kann der abgehende Versicherer Transferzahlungen einsparen, wenn der wechselnde Versicherte als sehr gesund eingeschätzt wird.

Es ist daher von Interesse, ein System zur Übertragung von Alterungsrückstellungen zu entwerfen, das den aktuellen Gesundheitszustand unberücksichtigt lässt und nur an leicht zu erhebenden Merkmalen ansetzt, wie zum Beispiel Alter, Geschlecht und Vertragsdaten beim Vorversicherer. Natürlich ist dann stets zu erwarten, dass vor allem gesunde Versicherte ihren Versicherer wechseln wollen. Personen, de-



ren allgemeiner Gesundheitszustand sich während der Vertragslaufzeit wesentlich verschlechtert hat, werden dagegen weiterhin aufgrund der erneuten Risikoprüfung beim neuen Versicherer und den im Anschluss zu erwartenden hohen Prämien am Wechsel gehindert. Die Mitgaberegelung muss nun so ausgelegt sein, dass selbst im Fall des Abgangs aller gesunder Versicherter die verbleibenden schlechten Risiken gegen die finanziellen Folgen der Risikoentmischung geschützt sind.

Dies ist möglich durch die Rekonstruktion der Kalkulation der deutschen privaten Krankenversicherung mit Hilfe des Konzepts der garantiert erneuerbaren Verträge von Pauly, Kunreuther und Hirth (1995). In der deutschen privaten Krankenversicherung ist die Entwicklung der Alterungsrückstellung grundsätzlich derart auszugestalten, dass die Prämien im Zeitablauf konstant sind. Beim Konzept der garantiert erneuerbaren Verträge wird eine Serie jährlicher Krankenversicherungsverträge betrachtet, bei der der Versicherer eine Vertragserneuerung unabhängig vom aktuellen Gesundheitszustand zu einer im Voraus bestimmten Prämienentwicklung garantiert. Dies entspricht der Regelung des Ausschlusses des ordentlichen Kündigungsrechts des Vertrags. Die jährliche Prämie ist dabei gleich den erwarteten Krankheitskosten für ein gutes Risiko zuzüglich eines Zuschlags für die Prämienversicherung. Der Zuschlag reflektiert dabei die Erhöhung des Barwerts der zukünftigen erwarteten Krankheitskosten aufgrund einer im laufenden Jahr eintretenden dauerhaften Verschlechterung des Gesundheitszustands eines bisher guten Risikos. Die Prämien für garantiert erneuerbare Verträge steigen typischerweise mit dem Alter, wobei sie allerdings bei Hochbetagten auch sinken können. Letztere Möglichkeit kann sich ergeben durch einen sinkenden Zuschlag für die Prämienversicherung, weil die verbleibende Lebenszeit, für die erhöhte Kosten zu finanzieren sind, sehr kurz wird. Wenn nun das Prämienprofil der garantiert erneuerbaren Verträge ergänzt wird um eine Rentenversicherung, die altersunabhängige Gesamtprämien herstellt, gelangt man zur Prämienkalkulation in der deutschen privaten Krankenversicherung. Die Alterungsrückstellung kann also im Prinzip aufgeteilt werden in einen Prämienversicherungsteil, der der Finanzierung schlechter Risiken dient, und einen Rentenversicherungsteil, der beim Versichererwechsel übertragbar ist.

### Simulationsrechnungen des ifo Instituts

In einem neuen Gutachten des ifo Instituts im Auftrag des Bundesministerium der Finanzen (Meier, Baumann und Werdung 2003) werden in einer Reihe von Simulationsrechnungen die übertragungsfähigen Anteile der Alterungsrückstellungen ermittelt. Die Rechnungen basieren auf Statistiken über alters- und geschlechtsspezifische durchschnittliche

Versicherungsleistungen sowie die für den Bereich der deutschen PKV anzuwendenden Sterbetafeln.

In allen Simulationsvarianten zeigt sich, dass der übertragungsfähige Anteil an der Alterungsrückstellung während der Vertragslaufzeit abnimmt. So kommt es in einem Basiszenario, das eine männliche Versichertengemeinschaft betrachtet, die mit 30 Jahren in den Vertrag eintritt und nach 60 weiteren Jahren ausstirbt, zu einem nahezu linearen Absinken dieses Anteils von etwa 93% nach einem Jahr Vertragslaufzeit bis etwa 25% nach 59 Jahren Vertragslaufzeit. Der im Zeitablauf fallende Anteil der Rentenversicherung an der Alterungsrückstellung ist die Konsequenz aus dem ständig wachsenden Anteil von Leistungsempfängern der Prämienversicherung. Frauen weisen ein weniger stark mit dem Alter ansteigendes Profil der Versicherungsleistungen auf. Daher fallen die Alterungsrückstellungen für Frauen tendenziell geringer aus als für Männer, und die Rentenversicherung hat ein geringeres Gewicht. Dies bewirkt, dass der übertragungsfähige Anteil der Alterungsrückstellungen für Frauen bei identischen Werten von Alter und Eintrittsalter niedriger ist als für Männer. Analog fällt der übertragbare Rückstellungsanteil bei einem gegebenem Lebensalter mit einem höheren Eintrittsalter niedriger aus. Da in diesem Fall die Jahre mit den niedrigsten erwarteten Krankheitskosten fehlen, verringert sich in der Vertragslaufzeit der Unterschied zwischen den höchsten Krankheitskosten und den niedrigsten Krankheitskosten. Damit aber hat die Rentenversicherungsfunktion der Alterungsrückstellung eine geringere Bedeutung.

Ein besonderes Problem für die Festlegung übertragbarer Bestandteile der Alterungsrückstellung liegt in den regelmäßig auftretenden Kostensteigerungen im Gesundheitswesen, die die allgemeine Inflationsentwicklung oft übertreffen. Solche Kostensteigerungen treffen schlechte Risiken bezüglich der absoluten Kostenerhöhungen im allgemeinen stärker als gute Risiken. Diese Kostenerhöhungen sind in der Regel nicht vorhersehbar, da sie häufig auf technischem Fortschritt in Form von neuen Behandlungsmethoden beruhen. Die vom Versicherer geplanten Alterungsrückstellungen erweisen sich dann als zu gering, was eine Prämienhöhung erfordert. Für die Frage der Übertragbarkeit von Alterungsrückstellungen sind vor allem die Konsequenzen für den Prämienversicherungsteil wichtig. Dieser muss entsprechend der neuen Datenlage sofort aufgefüllt werden, und zwar durch Umwidmung von vermeintlichen Rentenversicherungsanteilen. Die Schlussfolgerung ist also, dass das Auftreten von Kostenüberraschungen den Anteil der übertragungsfähigen Alterungsrückstellungen reduziert. Allerdings sind die deutschen privaten Krankenversicherer seit dem Jahr 2000 gehalten, einen Beitragszuschlag zu erheben, der zur Reduktion der Prämien im Rentenalter verwendet wird. Die Simulationsrechnungen in der ifo-Studie legen nahe, dass die übertragbaren Anteile an der Summe

aus Alterungsrückstellung und der Rückstellung aus dem gesetzlichen Zuschlag ähnlich ausfallen wie in dem Szenario, wo es weder Kostenüberraschungen gibt noch der Zuschlag existiert.

Somit erscheint es sinnvoll, bei der Festlegung des beim Versichererwechsel übertragbaren Anteils aus der Summe von Alterungsrückstellung und Rückstellung aus dem Zuschlag eine Differenzierung nach Alter, Eintrittsalter und Geschlecht vorzunehmen. Eine derartige Regelung einzuführen schließt nicht aus, im Fall einer späteren Lösung des Problems der Festlegung gerichtsfester individueller prospektiver Alterungsrückstellungen auf diese Ideallösung überzugehen. Der Unterschied besteht darin, dass bei der Festlegung der individuellen prospektiven Alterungsrückstellungen den Individuen, die im Laufe der Zeit zu erhöhten Risiken geworden sind, beim Versichererwechsel zusätzlich zur Übertragung des Rentenversicherungsanteils gemäß der individuellen Diagnose auch Anteile aus der Rückstellung der Prämienversicherung zugesprochen werden.

## Literatur

- Beutelmann, J. (2001): »Abschlussbericht der Kommission »Wechsel« im PKV-Verband. Verbesserung des Wettbewerbs in der privaten Krankenversicherung durch Verstärkung der Wechseloptionen zwischen PKV-Unternehmen?«, in Verband der privaten Krankenversicherung (Hrsg.), *Zu den Wechseloptionen der PKV*, PKV-Dokumentation 25, Köln, 77–118.
- Cochrane, J.H. (1995), »Time-Consistent Health Insurance«, *Journal of Political Economy* 103, 445–473.
- Henke, K.-D., W. Johannßen, G. Neubauer, U. Rumm und J. Wasem (2002), *Zukunftsmodell für ein effizientes Gesundheitswesen in Deutschland*, München, prokon.
- Meier, V., F. Baumann und M. Werding (2003), *Modelle zur Übertragung individueller Altersrückstellungen beim Wechsel privater Krankenversicherer sowie Alternativen zur Vorfinanzierung der Krankheitskosten im Alter*, ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung, München (in Vorbereitung).
- Meyer, U. (2001), »Mehr Wettbewerb in der privaten Krankenversicherung durch Übertragung der Alterungsrückstellung«, Arbeitspapier, Universität Bamberg.
- Monopolkommission (1996), *Zwölftes Hauptgutachten der Monopolkommission 1996/97*, Bundestagsdrucksache 693/98, Bonn.
- Pauly, M.V., H. Kunreuther und R. Hirth (1995), »Guaranteed Renewability in Insurance«, *Journal of Risk and Uncertainty* 10, 143–156.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2002), *Jahresgutachten 2002/03: Zwanzig Punkte für Beschäftigung und Wachstum*, Berlin.

Mit dem Niedergang der sozialistischen Systeme in den mittel- und osteuropäischen Ländern wurden die zentral gesteuerten Planwirtschaften durch marktwirtschaftliche Strukturen ersetzt. Einige Länder schritten bei der Reformierung ihres Wirtschaftssystems zügig voran, während andere Volkswirtschaften nur zögerlich mit dem Transformationsprozess begannen.<sup>1</sup> Von Interesse ist in diesem Zusammenhang die Frage, wie sich die Löhne in den Wirtschaftsbereichen entwickelt haben, da sich hieraus Rückschlüsse auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Branchen, aber auch auf den Arbeitsmarkt in den einzelnen Volkswirtschaften ziehen lassen. In dem vorliegenden Beitrag werden die interindustriellen Lohnstrukturen in den neuen Bundesländern<sup>2</sup> und in ausgewählten mittel- und osteuropäischen Ländern (MOE-Länder), in denen die Transformation unterschiedlich stark vorangetrieben wurde, betrachtet. Hierzu zählen einerseits Polen und Tschechien als Beitrittsländer der bevorstehenden EU-Erweiterung zum 1. Mai kommenden Jahres sowie Bulgarien als Kandidat der nächsten Erweiterungsrunde, die voraussichtlich im Jahre 2007 stattfinden wird. Zur besseren Einordnung der Ergebnisse werden die Lohnstrukturen in diesen Ländern mit denen in einer etablierten Marktwirtschaft (Westdeutschland) verglichen. Bevor jedoch auf die Lohndifferentiale im verarbeitenden Gewerbe und die Entwicklungen am Arbeitsmarkt in den zentraleuropäischen Ländern eingegangen wird, werden nachfolgend die theoretischen Erklärungsansätze für das Vorhandensein von Lohnunterschieden skizziert.

## Theoretische Überlegungen

Als Lohnstruktur wird im Allgemeinen die unterschiedliche Bezahlung der Arbeitsleistung in Abhängigkeit von bestimmten Merkmalen, z.B. Branche, Region, Qualifikation des Arbeitnehmers, Geschlecht, Alter usw. bezeichnet (vgl. Franz 1999, S. 324). Unterschiedliche Löhne können sowohl zwischen einzelnen Wirtschaftszweigen (intersektoral) als auch innerhalb eines Wirtschaftszweiges (intra-sektoral) beobachtet werden. Bei letzteren spielen Qualifikation und Geschlecht die größte Rolle. In diesem Beitrag stehen die intersektoralen Lohnstrukturen im verarbeitenden Gewerbe im Vordergrund. Zur theoretischen Erklärung für intra-sektorale Lohnstrukturen sei an dieser Stelle auf Franz (1999, S. 325 ff.) verwiesen.

Einen ersten Ansatzpunkt für die Herausbildung von Lohnunterschieden zwischen Industriezweigen geben Abweichungen in der Arbeitsproduktivität. Die theoretische Erklärung für diesen Zusammenhang liefert das Grenzproduktivitätsprinzip. Nach diesem wird der markträumende, für die Unternehmen gewinnmaximale Lohnsatz durch den produktiven Beitrag des zuletzt eingestellten Arbeitnehmers bestimmt. Daraus wird anschließend abgeleitet, dass hohen Produktivitätszuwächsen hohe

Lohnzuwächse gegenüberstehen, um »den leistungsfähigen Industrien auch die besten Arbeitskräfte zu geben« (vgl. Fürstenberg 1958, S. 8).

Eine weitere theoretische Begründung für Lohnunterschiede liefert die Effizienzlohntheorie (vgl. Dickens und Katz 1987). Aufgrund des positiven Zusammenhangs zwischen Lohnhöhe und Arbeitseinsatz werden einige Unternehmen einen Lohn entrichten, der über dem markträumenden Niveau liegt, wenn sie dadurch ihren Gewinn steigern können. Beispielsweise kann mittels höheren Löhnen nicht nur ein Anreiz zu mehr Fleiß gegeben werden, sondern auch die Bereitschaft zum Faulenzen (engl. *Shirking*) herabgesetzt werden. Begründet wird dieses Verhalten damit, dass bei »Entdeckung« der Faulheit mit einer Kündigung bzw. Einkommensreduktion gerechnet werden muss. Ein weiterer Aspekt ist die Auslesefunktion

\* Der Beitrag ist auch in ifo Dresden berichtet, Jg. 10, Heft 5/2003, 27–35, erschienen.

<sup>1</sup> Vgl. Fortschrittsberichte der Kommission der Europäischen Gemeinschaften zu den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern, verschiedene Jahrgänge.

<sup>2</sup> In den neuen Bundesländern wurden die marktwirtschaftlichen Strukturen mit der Wiedervereinigung Deutschlands übernommen. Im Vergleich zu den anderen mittel- und osteuropäischen Ländern kommt Ostdeutschland daher eine gewisse Vorreiterrolle zu.

des Lohnes: Entrichten einige Unternehmen in bestimmten Branchen höhere Löhne als der Durchschnitt, so werden sich dort auch die produktiveren und leistungsfähigeren Arbeitskräfte bewerben. Die Lohnhöhe dient somit zur Selbstselektion der Bewerber. Eine Absenkung des Lohnniveaus in diesen sog. Hochlohnbranchen würde zu einem Effizienzverlust führen, da die Produktivitätsvorteile stärker als die Kosten abnehmen.<sup>3</sup>

Als dritter Erklärungsansatz für das Vorhandensein von intersektoralen Lohnstrukturen wird in der Literatur die Firmengröße bzw. die Marktmacht genannt. Größere Firmen weisen in der Regel eine höhere Kapitalintensität als kleinere Firmen auf, so dass Großunternehmen insbesondere für Arbeitnehmer mit höherer Qualifikation attraktiv sind, da eine entsprechend hohe Vergütung gezahlt werden kann. Die Produktivität von hochqualifizierten Mitarbeitern liegt bei einer hohen Kapitalintensität deutlich über der von Arbeitnehmern mit einer niedrigen Qualifikation, da erstere eine höhere Grenzproduktivität aufweisen, die wiederum eine höhere Bezahlung rechtfertigt. Alternativ wird argumentiert, dass sich ein hoher Monopolisierungsgrad innerhalb einer Branche positiv auf die Profitsituation der dort tätigen (Groß-)Unternehmen auswirkt. Diese aufgrund der geringen Wettbewerbsintensität zusätzlich erzielten Erlöse können an die Mitarbeiter in Form von Lohnzuschlägen weitergegeben werden.

Schließlich werden als Ursachen für intersektorale Lohnunterschiede monetäre Kompensationen für unvorteilhafte Charakteristika von bestimmten Arbeitsplätzen genannt (vgl. Möller und Bellmann 1966, S. 239). Hierzu zählen bspw. Schmutz- und Lärmbelästigung, Schichtarbeit, Gesundheitsrisiken und regionale Lebensqualität. Dabei wird unterstellt, dass der Lohnsatz für eine Arbeit sowohl von der Arbeitsleistung als auch von der Art der Arbeit bzw. der Umgebung des Arbeitsplatzes abhängt. Das Entgelt für die erst genannte Komponente kann als Grundvergütung aufgefasst werden, während die zusätzliche monetäre Kompensation für die zweite Komponente positiv oder negativ ausfallen kann. Die zusätzliche Bezahlung wird umso höher angesetzt je gefährlicher bzw. unattraktiver ein Arbeitsplatz ist. Allerdings konnte diese theoretische Begründung für intersektorale Lohnstrukturen im Gegensatz zu den erst genannten Erklärungsansätzen bislang nicht durch empirische Arbeiten bestätigt werden (vgl. Franz 1999, S. 327 ff.).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass intersektorale Lohndifferenziale ökonomisch gerechtfertigt sind und aufrechterhalten bleiben, wenn in den einzelnen Wirtschaftszweigen die Produktivität unterschiedlich ausfällt.

<sup>3</sup> Ein hoher Lohn kann auch die Kosten der Personalfuktuation senken. Vgl. hierzu Franz (1999, S. 326).

## Entwicklung der interindustriellen Lohnstrukturen

Die Entwicklung der interindustriellen Lohnstrukturen in den drei MOE-Ländern sowie in Ost- und Westdeutschland ist Gegenstand dieses Abschnitts. Aufgrund der nach wie vor bestehenden Unterschiede in den nationalen Statistiken wird ein konsistenter länderübergreifender Vergleich über alle Wirtschaftsbereiche erschwert. Für das verarbeitende Gewerbe konnten jedoch geeignete Daten gefunden werden, so dass sich die weiteren Ausführungen ausschließlich auf diesen Bereich konzentrieren.<sup>4</sup> Zum Vergleich der intersektoralen Lohnstrukturen innerhalb des verarbeitenden Gewerbes zwischen den einzelnen Ländern wurde die sog. NACE-Klassifikation<sup>5</sup> verwendet, welche aus insgesamt 14 Branchen besteht. Eine stärkere sektorale Differenzierung scheitert an der Verfügbarkeit vergleichbarer Daten.

Abbildung 1 zeigt die relativen Lohnstrukturen der einzelnen Branchen des verarbeitenden Gewerbes – bezogen auf den Höchstwert in der jeweiligen Volkswirtschaft. Bei Betrachtung der Abbildung fällt auf, dass im Jahr 1991 (Ost- und Westdeutschland: 1992) die interindustrielle Lohnstruktur über alle berücksichtigten Länder hinweg ähnlich ausgebildet war. Dies zeigt sich an den gleichartig spitz zulaufenden Verläufen der Lohnkurven. In den drei MOE-Ländern und in Westdeutschland zahlten die Unternehmen im Bereich »DF Kokerei, Mineralölverarbeitung, ...« ihren Beschäftigten den höchsten Lohn. Diese Branche weist die mit Abstand höchste Kapitalintensität auf und hat durchweg die geringsten Beschäftigtenanteile innerhalb des verarbeitenden Gewerbes.<sup>6</sup> In Ostdeutschland wurde 1992 im Papier- und Druckgewerbe der höchste Lohn gezahlt.

Außerdem kann festgehalten werden, dass gemessen am Variationskoeffizienten<sup>7</sup> die Streuung zwischen den einzelnen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes verschieden hoch war. Eine geringe Streuung spiegelt sich in Abbildung 1 durch einen kreisähnlichen Kurvenverlauf wider. Ostdeutschlands Lohnstruktur kam diesem Ver-

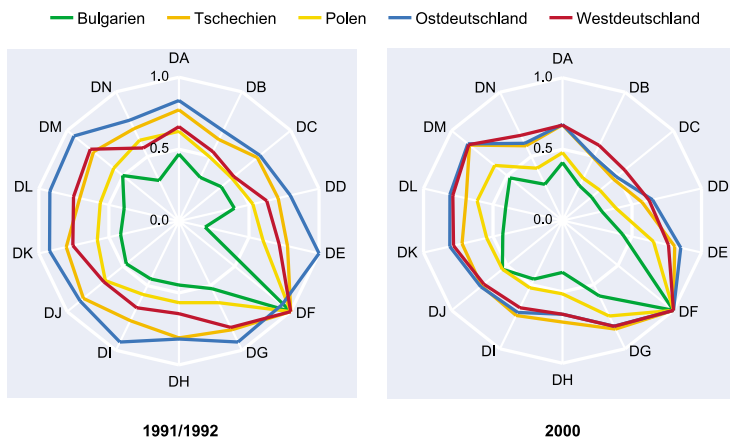
<sup>4</sup> Als Datenquelle für die drei MOE-Länder diente das »Statistical Handbook« des Wiener Instituts für internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW 2002), für Deutschland diverse Jahrgänge des »Statistischen Jahrbuchs der Bundesrepublik Deutschland« (vgl. Statistisches Bundesamt). Um Verzerrungen durch die verschiedenen Lohnniveaus in den einzelnen Ländern auszuschalten, wurden die Löhne in den einzelnen Zweigen des verarbeitenden Gewerbes auf den jeweiligen Branchenhöchstwert normiert.

<sup>5</sup> Mit NACE wird die Klassifikation der Wirtschaftszweige in der Europäischen Union bezeichnet, und ist die Abkürzung für den französischen Begriff »Nomenclature statistique des Activités économiques dans la Communauté Européenne«.

<sup>6</sup> Vgl. auch Abschnitt »Beschäftigungsentwicklung« in diesem Beitrag.

<sup>7</sup> Der Variationskoeffizient ist als der Quotient von Standardabweichung und arithmetischem Mittel definiert und schließt damit den Nachteil der Varianz, dass bei verschiedenen hohen Mittelwerten von Stichproben die dazugehörigen Varianzen verzerrt sein können, aus. Homogene Verteilungen zeichnen sich durch niedrige Variationskoeffizienten aus.

**Abb. 1**  
**Relative Lohnstrukturen**



DA = Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung. – DB = Textil- und Bekleidung. – DC = Ledergerber. – DD = Holzgewerbe (ohne Möbelherstellung). – DE = Papier-, Verlags- und Druckgewerbe. – DF = Kokerei, Mineralölverarbeitung etc. – DG = Chemische Industrie. – DH = Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren. – DI = Glasgewerbe, Keramik, Steine und Erden. – DJ = Metallerzeugung und -verarbeitung. – DK = Maschinenbau. – DL = Herstellung von Büromaschinen, Elektrotechnik etc. – DM = Fahrzeugbau. – DN = Möbel, Schmuck, Musikinstrumente etc.

Quelle: Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (2002), Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

lauf 1992 am nächsten. Die neuen Bundesländer verfügten über den mit Abstand niedrigsten Variationskoeffizienten (0,05). In Bulgarien war dieser am höchsten (0,43), was auch an der pfeilartigen Form der Lohnkurve sichtbar ist. Etwas überraschend sind die großen Lohnunterschiede in Bulgarien und Polen. Für ehemals planwirtschaftliche Strukturen wurden – wie auch in Ostdeutschland und Tschechien zu beobachten war – eher homogene Lohnstrukturen erwartet. Zwischen den alten und den neuen Ländern bestanden 1992 noch deutliche Unterschiede, wobei in Westdeutschland viel größere Lohnunterschiede zu beobachten waren (Variationskoeffizient 0,18).

Im Vergleich zu 1991/92 haben sich die Lohnstrukturen in den einzelnen Volkswirtschaften im Jahr 2000 angenähert. Ost- und Westdeutschland sowie Tschechien wiesen nunmehr fast identische Lohnkurven auf. In Westdeutschland hat sich die Lohndifferenzierung verringert, während in den anderen beiden Ländern ein deutlicher Anstieg zu beobachten war. Die bulgarische Lohnstruktur ist, von der relativen Lohnsteigerung im Bereich »DE Papier-, Verlags- und Druckgewerbe« abgesehen, konstant geblieben. In Polen hat sich die Struktur ebenfalls nur geringfügig verändert, die Streuung – gemessen anhand des Variationskoeffizienten – stieg jedoch deutlich.

Festzuhalten bleibt, dass sich in den Ländern bzw. Regionen, welche einen Umstrukturierungsprozess durchlaufen haben, die interindustrielle Lohndifferenzierung verstärkt hat.

In den folgenden Abschnitten wird daher die Frage untersucht, ob der Lohn eine Signalfunktion hinsichtlich prosperierender und schrumpfender Branchen ausgeübt haben könnte.

### Hochlohn- und Niedriglohnbranchen

Bei der Betrachtung der Lohnstrukturen in den einzelnen Ländern wird deutlich, dass in einigen Branchen die Entlohnung überdurchschnittlich ausfällt, während in anderen Bereichen deutlich weniger als der Durchschnitt bezahlt wird. Zur Verdeutlichung dieses Sachverhalts werden diejenigen Branchen zusammengefasst, deren Bezahlung im Intervall 90 bis 110% des Durchschnittslohnes im verarbeitenden Gewerbe liegen. Daneben werden die Branchen hervorgehoben, deren Entlohnung sich deutlich über bzw. unter dem Durchschnittslohn befindet (vgl. Tab. 1).

Zu den sog. Hochlohnbranchen gehört in allen Ländern der Bereich »Kokerei, Mineralölverarbeitung, die Herstellung von Spalt- und Brutstoffen«. Darüber hinaus werden in der chemischen Industrie sowie im Papier-, Verlags- und Druckgewerbe die höchsten Löhne gezahlt. Diese Wirtschaftszweige sind relativ stark konzentriert und weisen eine hohe Kapitalintensität auf. Darüber hinaus wird in diesen Branchen ein hoher Anteil an qualifizierten Arbeitskräften beschäftigt.

Die Metallverarbeitung zählte in Polen und Tschechien im Jahr 1991 noch zu den Hochlohnbranchen. Allerdings sind im Verlauf des Transformationsprozesses die Löhne in diesem Bereich vergleichsweise langsam gestiegen, während im Fahrzeugbau höhere Zuwächse zu verzeichnen waren. Dies hängt auch damit zusammen, dass in diesen beiden Ländern der Fahrzeugbau bis heute die höchsten Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen auf sich vereinen konnte.<sup>9</sup> Empirische Untersuchungen haben gezeigt, dass ausländische Firmen in der Regel überdurchschnittliche Löhne bezahlen (vgl. Gerstenberger, Jungfer und Schmalholz 2002).

Als Niedriglohnbranche muss in allen Ländern die Textil- und Bekleidungsindustrie aufgefasst werden. Dieser Bereich zeichnet sich durch eine hohe Arbeitsintensität aus, und

<sup>8</sup> Vgl. Flek und Vecernik (1998) zum Thema Hoch- und Niedriglohnbranchen in Tschechien.

<sup>9</sup> In Polen beträgt der Anteil 10%, in Tschechien sogar knapp 12%. Vgl. hierzu die Daten der polnischen bzw. tschechischen Agentur für ausländische Investitionen (PAIZ bzw. Czechinvest).

**Tab. 1**  
Lohnniveaus im verarbeitenden Gewerbe in zentraleuropäischen Ländern

Land	Bulgarien		Polen		Tschechien		NBL <sup>a</sup>		ABL <sup>b</sup>	
	1991	2000	1991	2000	1991	2000	1992	2000	1992	2000
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung										
Textil- und Bekleidungs-gewerbe										
Ledergewerbe										
Holzgewerbe (ohne Möbelherstellung)										
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe										
Kokerei, Mineralölverarbeitung, ...										
Chemische Industrie										
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren										
Glasgewerbe, Keramik, Steine und Erden										
Metallerzeugung und -bearbeitung										
Maschinenbau										
Herstellung von Büromaschinen, Elektrotechnik etc.										
Fahrzeugbau										
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente etc.										
Hellgraue Einfärbung: <90 % des Durchschnittslohnes.		Keine Einfärbung: 90 – 110 % des Durchschnittslohnes.				Dunkelgraue Einfärbung: >110 % des Durchschnittslohnes.				
a) NBL = Neue Bundesländer. – b) ABL = Alte Bundesländer.										

Quelle: Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (2002), Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

die Marktkonzentration ist im Vergleich zu den Hochlohnbranchen relativ gering. Darüber hinaus konkurrieren die europäischen Hersteller mit Niedriglohnländern in Fernost (bspw. Thailand und Vietnam). Das Holzgewerbe zählt heute ebenfalls durchweg zu den Niedriglohnbranchen.

### Entwicklung der Produktivitäts- und Lohnzuwächse

Wie bereits erwähnt, wird häufig argumentiert, dass Arbeitsproduktivität und Lohnhöhe positiv korreliert sind: Steigt die Arbeitsproduktivität an, so ist auch eine Erhöhung der Löhne ökonomisch gerechtfertigt. Dieser Frage soll im Folgenden kurz nachgegangen werden.

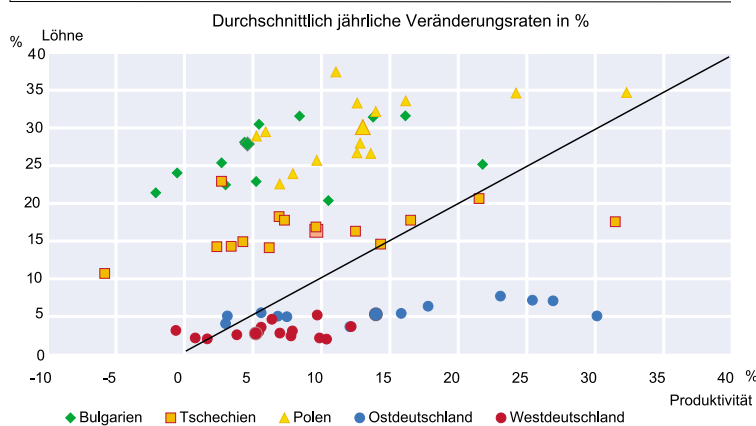
In Abbildung 2 sind auf der Abszisse die prozentualen Produktivitätsänderungen und auf der Ordinate die prozentualen Reallohnänderungen<sup>10</sup> abgetragen. Für den Zeitraum

1994 bis 2000 wurde für jede Branche in jedem Land die durchschnittliche jährliche Veränderungsrate errechnet. Jedes Symbol in Abbildung 2 steht demnach für eine der 14 Branchen.<sup>11</sup> Der Mittelwert des verarbeitenden Gewerbes wurde mittels vergrößerten Symbols hervorgehoben. Je näher die Punkte an der Winkelhalbierenden liegen, desto stärker der Zusammenhang zwischen Reallohn- und Produktivitätswachstum. Bei Werten oberhalb (unterhalb) der Winkelhalbierenden waren die realen Lohnzuwächse stärker (schwächer) als die Produktivitätszuwächse.

<sup>10</sup> Die Reallöhne ergeben sich aus den deflationierten Löhnen in laufenden Preisen. Zur Deflationierung wiederum wurde der Verbraucherpreisindex benutzt.

<sup>11</sup> Insgesamt sind drei Datenpaare in der Abbildung nicht enthalten, da diese deutlich aus dem Rahmen fallen. Der Bereich »Kokerei, Mineralölverarbeitung, ...« konnte in Ostdeutschland im Zeitraum von 1994 bis 2000 durchschnittlich mehr als 70%ige Produktivitätszuwächse bei Lohnzuwächsen von knapp 10% verzeichnen. In Bulgarien stiegen sowohl im Papier-, Verlags- und Druckgewerbe als auch im Maschinenbau im Schnitt die Löhne um mehr als 70% im Jahr bei nur geringfügigen Produktivitätsänderungen.

**Abb. 2**  
**Zusammenhang zwischen Lohn- und Produktivitätsänderung 1994 bis 2000**



Quelle: Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (2002); Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Anhand der Abbildung lassen sich für alle Länder jeweils nur schwache positive Zusammenhänge zwischen Produktivitäts- und Lohnveränderung feststellen. Für Ost- und Westdeutschland befinden sich die Punkte größtenteils unterhalb der Diagonalen, während sie in den anderen drei Ländern darüber liegen. Mit anderen Worten: In Deutschland fielen die Lohnsteigerungen im Vergleich zu den Produktivitätszuwächsen niedriger aus als in den Transformationsländern.<sup>12</sup> Innerhalb der einzelnen Länder bestehen starke Lohninterdependenzen zwischen den Industriezweigen, da trotz der deutlich unterschiedlichen Produktivitätssteigerungen die Lohnzuwächse vergleichsweise wenig divergieren. Für Unternehmen in Branchen, in denen der Produktivitätszuwachs größer als der Lohnzuwachs ausfällt, ergeben sich Vorteile, da Produktivitätssteigerungen nicht in voller Höhe durch Lohnsteigerungen aufgezehrt werden.

Hohe Produktivitätszuwächse wurden sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland im Fahrzeugbau erzielt. Allerdings bestehen auch Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern. In Ostdeutschland stiegen sowohl die Produktivität als auch die Löhne seit Mitte der neunziger Jahre stärker als in Westdeutschland an. Trotz der hohen Zuwächse lag das Produktivitäts- und Lohnniveau in den neuen Bundesländern im verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2000 erst bei rund 75 bzw. 70% des westdeutschen Niveaus.

In Bulgarien ist kein eindeutiger Trend zu erkennen, da sich die einzelnen Branchen hinsichtlich Produktivitäts- und Lohnänderungen stark unterscheiden. Werden die beiden Ausreißerbranchen (Maschinenbau und Papier-, Verlags- und

Druckgewerbe) einbezogen, ergibt sich sogar ein negativer Zusammenhang zwischen Produktivitäts- und Lohnänderung.

Produktivitätssteigerungen haben sich von den hier betrachteten Ländern am stärksten in Polen in Lohnzuwächsen niedergeschlagen, wenngleich auch in Polen die Unterschiede zwischen den einzelnen Branchen größer waren als beispielsweise in Tschechien. In beiden Ländern lagen die Lohnsteigerungen jedoch über den Produktivitätszuwächsen.

Trotz Unterschieden zwischen den Ländern was die Lohnsteigerungen betrifft, gibt es auch Gemeinsamkeiten. So waren die Produktivitätsanstiege in den Bereichen »Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung« und »Textil- und Bekleidungsindustrie« im Vergleich zum verarbeitenden Gewerbe insgesamt unterdurchschnittlich. Die eher kapitalintensiven Branchen, wie die Bereiche »Fahrzeugbau« und »Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik«, konnten fast durchweg die Produktivität am stärksten steigern, während die Löhne, außer in Polen, weniger stark stiegen.

### Beschäftigungsentwicklung

Der mit dem politischen Wandel einsetzende Transformationsprozess wirkte sich auch auf die Arbeitsmärkte in den zentraleuropäischen Volkswirtschaften aus. In allen berücksichtigten Ländern wurden in den neunziger Jahren Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe abgebaut. Von dem Rückgang der Beschäftigung waren fast alle Branchen betroffen. In einzelnen Bereichen wurden jedoch auch Arbeitsplätze geschaffen.

In Bulgarien sind heute knapp 24% der Beschäftigten des verarbeitenden Gewerbes in der Textil- und Bekleidungsindustrie tätig (vgl. Tab. 2; vgl. Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche 2002). Die Unternehmen des Ernährungsgewerbes und der Tabakverarbeitung vereinen trotz des hohen Beschäftigtenrückgangs in den neunziger Jahren immer noch 17% der Arbeitnehmer auf sich. Diese Wirtschaftszweige stellen in Polen ebenfalls die bedeutendsten Arbeitgeber dar. Gleichwohl wurden im betrachteten Zeitraum in der Gummi- und Kunststoffwarenindustrie die meisten Arbeitsplätze geschaffen.

In Tschechien stellt sich die Beschäftigtenstruktur wie folgt dar: Der Bereich der Metallerzeugung liegt mit einem Anteil von knapp 17% an der Spitze. Der Maschinenbau gilt trotz

<sup>12</sup> Vgl. European Bank for Reconstruction and Development (EBRD 1999, S. 58 f.) für die Transformationsländer im Allgemeinen; speziell für Tschechien siehe OECD (2003, S. 29 ff.).

**Tab. 2**  
**Beschäftigungsentwicklung und -struktur**

Land	Bulgarien	Polen	Tschechien	NBL <sup>a</sup>	ABL <sup>b</sup>
<b>Branche</b>					
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	16,9 (+6,1)	18,9 (+5,5)	11,3 (+2,1)	14,7 (+4,8)	8,4 (+1,3)
Textil- und Bekleidungsgewerbe	23,7 (+10,4)	12,5 (-2,3)	9,6 (-1,9)	3,9 (-1,8)	2,9 (-1,9)
Ledergewerbe	3,4 (+1,0)	1,9 (-1,8)	1,8 (-1,4)	0,3 (+0,1)	0,4 (-0,2)
Holzgewerbe (ohne Möbelherstellung)	2,3 (+0,5)	4,9 (+0,2)	3,0 (+1,1)	2,7 (-1,4)	1,7 (-2,1)
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	4,0 (+2,2)	4,9 (+2,2)	3,9 (+1,2)	5,5 (+2,0)	6,7 (+1,7)
Kokerei, Mineralölverarbeitung, ...	1,9 (+0,8)	0,9 (0,0)	0,4 (-0,7)	0,5 (-0,7)	0,3 (0,0)
Chemische Industrie	5,8 (+0,9)	4,6 (-0,9)	3,8 (+0,7)	5,4 (-2,9)	7,7 (-0,6)
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	2,9 (+0,5)	4,4 (+2,0)	4,3 (+2,1)	5,2 (+3,1)	5,8 (+0,2)
Glasgewerbe, Keramik, Steine und Erden	4,3 (-0,2)	6,3 (+0,7)	6,7 (0,0)	7,4 (+0,8)	3,6 (-0,3)
Metallerzeugung und -bearbeitung	9,7 (+0,6)	11,2 (-0,8)	16,7 (+2,0)	15,4 (+9,0)	13,4 (+1,1)
Maschinenbau	13,4 (-1,9)	8,8 (-5,0)	12,5 (-10,2)	11,7 (-7,7)	16,1 (+1,3)
Herstellung von Büromaschinen, Elektrotechnik etc.	5,9 (-5,1)	6,7 (-2,4)	11,8 (+3,5)	12,6 (+0,4)	14,1 (-1,4)
Fahrzeugbau	2,3 (-4,0)	7,1 (-2,0)	8,8 (-1,5)	10,4 (-5,8)	15,1 (+1,1)
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente etc.	3,5 (-11,9)	6,7 (+4,7)	5,6 (+3,0)	4,4 (+1,6)	3,6 (+0,8)

Die erste Zahl pro Zeile gibt jeweils den Anteil der Beschäftigten der Branche an den insgesamt Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe wider. Die zweite Zahl in Klammer gibt die Veränderung der Beschäftigungsstruktur in Prozent-Punkten im Vergleich zum Jahr 1991 (Ost- und Westdeutschland 1992) wider. - a) NBL = Neue Bundesländer. - b) ABL = Alte Bundesländer.

Quelle: Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (2002), Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

des relativ hohen Beschäftigtenrückgangs als zweitwichtigste Branche innerhalb des verarbeitenden Gewerbes. In den neuen Bundesländern inkl. Ost-Berlin sind in der Metallerzeugung die meisten Arbeitnehmer beschäftigt. In den Jahren 1992 bis 2000 stieg die Anzahl der Arbeitsplätze um über 45%, während in Westdeutschland die Beschäftigung zurückging. In den alten Bundesländern stellt der Maschinenbau trotz des vergleichsweise hohen Beschäftigungsrückgangs nach wie vor die meisten Arbeitsplätze zur Verfügung.

## Fazit

Die sektorale Lohndifferenzierung im verarbeitenden Gewerbe hat in den berücksichtigten zentraleuropäischen Ländern in den letzten zehn Jahren zugenommen. Am stärksten fallen die Lohnunterschiede in Bulgarien und Polen aus, am geringsten in den alten Bundesländern. Die Tschechi-

sche Republik und die neuen Bundesländer nehmen in dieser Hinsicht eine mittlere Position ein.

Die in den betrachteten EU-Beitrittsländern geschaffenen Arbeitsplätze fallen in erster Linie in die Kategorie arbeitsintensive Branchen mit unterdurchschnittlicher Bezahlung (Textil- und Bekleidungsgewerbe; Holzgewerbe; Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren sowie das Ernährungsgewerbe und die Tabakverarbeitung). Dies trifft nur zum Teil auf die neuen Bundesländer zu, denn hier entstanden nicht zuletzt wegen der hohen Investitionsförderung auch zahlreiche Arbeitsplätze in kapitalintensiven Wirtschaftszweigen (Metallerzeugung und -bearbeitung; Papier-, Verlags- und Druckgewerbe). Aufgrund der schnelleren Kapitalintensivierung liegen die Produktivitätssteigerungen im verarbeitenden Gewerbe insgesamt in Ostdeutschland über denen in Bulgarien, Polen und Tschechien. Die starken Lohninterdependenzen zwischen den jeweiligen Industriebranchen innerhalb eines Landes drücken sich in den, im Vergleich zu den Differenzen beim Produktivitätswachstum, geringeren Unterschieden bei den Lohnzuwächsen aus.



## Literatur

- Dickens, W.T. und L.F. Katz (1987), »Inter-Industry Wage Difference and Theories of Wage Determination«, *NBER Working Paper* Nr. 2271.
- European Bank for Reconstruction and Development, Hrsg. (1999), *Transition Report 1999 – Ten Years of Transition*, London.
- Flek, V. und J. Več erník (1998), »Employment Structure and Wage Structures in the Czech Republic«, *Working Paper* Nr. 3, Tschechische Nationalbank.
- Franz, W. (1999), *Arbeitsmarktökonomik*, vierte überarbeitete Auflage, Berlin, Heidelberg u.a.
- Fürstenberg, F. (1958), *Probleme der Lohnstruktur*, Tübingen.
- Gerstenberger, W., J. Jungfer und H. Schmalholz (2002), *Standortbedingungen in Polen, Tschechien und Ungarn und die Position Sachsens im Standortwettbewerb*, ifo dresden studien Nr. 33, München, Dresden.
- Goerke, L. und M.J. Holler (1997), *Arbeitsmarktmodelle*, Berlin, Heidelberg u.a.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Hrsg. (2002): *Regelmäßiger Bericht über die Fortschritte Polens auf dem Weg zum Beitritt*, Brüssel.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Hrsg. (2002): *Regelmäßiger Bericht über die Fortschritte der Tschechischen Republik auf dem Weg zum Beitritt*, Brüssel.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Hrsg. (2002): *Regelmäßiger Bericht über die Fortschritte Bulgariens auf dem Weg zum Beitritt*, Brüssel.
- Möller, J. und L. Bellmann (1996), »Qualifikations- und industriespezifische Lohnunterschiede in der Bundesrepublik Deutschland«, in: *ifo Studien, Zeitschrift für empirische Wirtschaftsforschung* 42, 235–272.
- OECD, Hrsg. (2003), *OECD Economic Surveys Czech Republic*, Paris.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland, verschiedene Jahrgänge*, Wiesbaden.
- Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, Hrsg. (2002), *Countries in Transition 2002*, WIIV Handbook of Statistics, Wien.

G. Flaig, W. Nierhaus, W. Meister, O.-E. Kuntze, A. Gebauer, E. Langmantel, M. Meurers, M. Ruschinski und T. Wollmershäuser

Die Weltkonjunktur hat im Jahr 2003 endlich wieder Fuß gefasst. Das ifo Weltwirtschaftsklima (WES), ein Index, der aus einer weltweiten Befragung von 1200 Experten in 90 Ländern gewonnen wird, liegt seit dem Frühjahr wieder über seinem langjährigen Durchschnitt. Im vierten Quartal hat sich erstmals seit langem sogar die Lage der Weltwirtschaft deutlich verbessert. Auch in Deutschland stehen die Konjunkturampeln auf grün. Die konjunkturellen Aussichten der Bundesrepublik waren schon lange nicht mehr so günstig wie jetzt, zumal die Einigung im Vermittlungsausschuss wieder ein besseres Licht auf die Reformfähigkeit dieses Landes wirft. Nach der Konjunkturprognose des ifo Instituts wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2004 um 1,8% steigen. Davon entfallen 0,2 Prozentpunkte auf das partielle Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform 2000, das gegenüber dem ursprünglichen Plan in seiner konjunkturellen Wirkung kaum abgeschwächt wurde, weil etwa 8 Mrd. von 9 Mrd. € nicht durch Ausgabenkürzungen oder andere Steuererhöhungen gegenfinanziert werden sollen. Etwa 0,5 Prozentpunkte des BIP-Wachstums sind darauf zurückzuführen, dass es im Jahr 2004 im Durchschnitt der Bundesländer 3,3 Arbeitstage mehr als im Jahr 2003 gibt. Für den Arbeitsmarkt aber ist noch nicht einmal im sich bessernden Konjunkturverlauf eine rasche Belebung zu erwarten. Die Lage bleibt prekär. Angesichts der bis zuletzt sinkenden Anzahl offener Stellen wird die Erwerbstätigkeit im Jahr 2004 zunächst weiter sinken. Zwar stützt die Arbeitsmarktpolitik durch die Förderung von Existenzgründungen (Ich-AG) und den Aufbau der Personal-Service-Agenturen die Beschäftigung. Ferner werden durch die Regelungen zu Mini- und Midi-Jobs auch Personen, die nicht berechtigt sind, Lohnersatz Einkommen zu beziehen, unterstützt. Dennoch ist erst etwa ab Mitte 2004, wenn sich die Konjunkturerholung gefestigt hat, mit einem leichten Anstieg der saisonbereinigten Erwerbstätigenzahlen zu rechnen. Das wird nicht verhindern können, dass im Jahresdurchschnitt ein nochmaliger Beschäftigungsabbau in der Größenordnung von 170 000 Personen zu verzeichnen sein wird. Im Jahresdurchschnitt 2004 ist mit einer Arbeitslosenzahl von 4,3 Millionen zu rechnen. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 10,2%. Bei der Finanzlage der öffentlichen Hand ist keine nachhaltige Besserung in Sicht.

## Aktuelle Lage: Konjunktur zieht weltweit an

Die Weltkonjunktur hat sich in diesem Jahr belebt. Das ifo Weltwirtschaftsklima (WES) ist zum zweiten Mal in Folge<sup>1</sup> kräftig gestiegen; seit dem Frühjahr hat sich der Index um mehr als 15 Punkte erhöht (vgl. Abb. 1) und liegt mit 100,2 Punkten merklich über seinem langjährigen Durchschnitt. Inzwischen resultiert die Verbesserung des Klimaindikatoren nicht mehr allein aus optimistischeren Erwartungen über die Entwicklung in den nächsten

sechs Monaten, sondern auch aus einer günstigeren Einschätzung der aktuellen Wirtschaftslage.

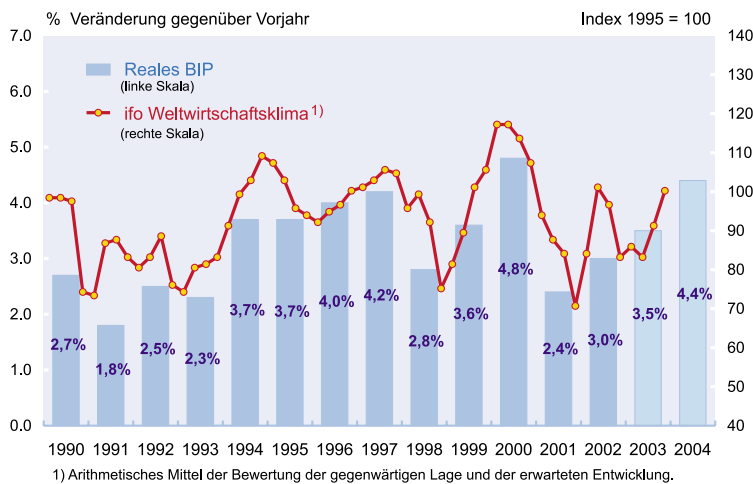
Maßgeblich für die Besserung der Weltkonjunktur war einmal der expansiv ausgerichtete Kurs der Wirtschaftspolitik und hier insbesondere der Geldpolitik. Auch sind die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen durch die Konsolidierungsanstrengungen im Bankensektor und die Kursgewinne an den Börsen wieder günstiger geworden. Zudem haben sich mit dem Ende des Krieges im Irak die weltpolitischen Unsicherheiten merklich verringert; allerdings zeigt die jüngste Serie von Terroranschlägen in Saudi-Arabien und in der Türkei, dass hier immer noch ein unkalkulierbares Rückschlagspotential vorhanden ist.

In den USA hat sich im laufenden Jahr der Konjunkturaufschwung beschleunigt fort-

<sup>1</sup> Die Aufwärtsbewegung des Klimaindikatoren begann bereits im Januar 2003, wurde dann jedoch durch die Kriegereignisse im Irak unterbrochen. Wären bei der Frühjahrsbefragung nur diejenigen Meldungen berücksichtigt worden, die nach dem 15. April, dem inoffiziellen Kriegsende, eingegangen sind, so hätte der Indikator damals mit einem Wert von 86,8 bereits über dem Stand von Januar (85,9) gelegen.

Abb. 1

Weltkonjunktur und ifo Weltwirtschaftsklima



1) Arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.

Quelle: IMF, Economic Outlook Sept. 2003; 2003 und 2004: ifo Schätzung, ifo World Economic Survey.

gesetzt. Im dritten Quartal stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion gegenüber dem Vorquartal nach Schätzungen des ifo Instituts sogar mit einer laufenden Jahresrate von 7 1/2%.<sup>2</sup> Die privaten Anlageinvestitionen nahmen kräftig zu; aber auch die Exporte und der private Konsum stiegen deutlich an. Allerdings überzeichnet die aktuelle Wachstumszahl das tatsächliche Tempo der US-Wirtschaft; im vierten Quartal dürfte die laufende Jahresrate – den vorliegenden Frühindikatoren zufolge – wieder kleiner ausgefallen sein, weil die Rückzahlungen von Steuern für die gesamte Zeitspanne seit der Steuerreform, die im dritten Quartal stattfand, einen Einmaleffekt ausgelöst haben, der sich nicht wiederholen wird.

In **Japan** ist die Konjunktur weiter aufwärts gerichtet. Zuletzt belief sich das Wachstumstempo auf 1,4% (laufende Jahresrate); Impulse kamen auch hier vor allem von der Investitionstätigkeit und den Exporten. Der private Konsum hat dagegen bisher stagniert. Erstmals seit langem sind die langfristigen Zinsen wieder gestiegen, was auch im Zusammenhang mit der Nachfragebelebung bei den Investitionen stehen könnte.

In der **europäischen Währungsunion (EWU)** kam die Konjunktur – nach drei Quartalen Stagnation – erst in der zweiten Jahreshälfte 2003 in Fahrt; im dritten Vierteljahr stieg die Produktion mit einer laufenden Jahresrate von 1,5%. Bei insgesamt noch schwacher Binnennachfrage zogen die Exporte spürbar an. Die Arbeitslosigkeit nahm im Euroraum bis zuletzt zu; die Inflationsrate – gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) – pendelt seit den Frühjahrsmonaten um die 2-Prozent-Marke.

<sup>2</sup> Offizielle Angaben für das dritte Quartal 2003 sind nach der neuesten Revision der amerikanischen VGR noch nicht verfügbar.

In **Deutschland** hat die Wirtschaft im Jahresergebnis 2003 erneut stagniert. Zwar ist die *gesamtwirtschaftliche Produktion* seit der Jahresmitte leicht aufwärts gerichtet. Im vierten Quartal 2003 dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt nach Schätzungen des ifo Instituts saison- und kalenderbereinigt um 0,4% (laufende Jahresrate: 1,6%) gestiegen sein, nach einem Zuwachs von 0,2% (laufende Jahresrate 0,9%) im dritten Quartal. In den beiden ersten Quartalen des Jahres 2003 war die Produktion jedoch gesunken, so dass sich über das gesamte Jahr hinweg betrachtet lediglich ein Nullwachstum ergibt.

Ausschlaggebend für den Wiederanstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion im dritten Quartal 2003 war der positive Impuls des Außenbeitrags; der Wachstumsbeitrag belief sich auf 1,8 Prozentpunkte. Der negative Beitrag der Binnennachfrage in Höhe von – 1,6 Prozentpunkten konnte hierdurch mehr als ausgeglichen werden. Die Ausfuhr legte im Jahresdurchschnitt 2003 um 1,5% zu, wobei sie in der ersten Jahreshälfte überraschend gesunken war, was eine erhebliche Revision der Sommerprognose des ifo Instituts nach unten hin notwendig gemacht hat. Zugleich gingen die Importe merklich zurück. Von den Aggregaten der Binnennachfrage entwickelten sich die Ausstattungsinvestitionen im Jahr 2003 besonders enttäuschend, die Investitionsneigung hat sich entgegen den Erwartungen noch immer nicht gefangen. Unter Einschluss der Investitionen in sonstige Anlagen ergab sich für diese Nachfragekomponente ein Rückgang um 3,5% im Vergleich zu 2002. In gleicher Größenordnung blieben die Bauinvestitionen – trotz Stabilisierung im Jahresverlauf – hinter dem Stand des Vorjahres zurück. Auch der private Konsum konnte das Vorjahresvolumen nicht ganz erreichen; bei nahezu stagnierenden Realeinkommen ist die Sparquote erneut etwas gestiegen. Zugenommen haben im laufenden Jahr lediglich die staatlichen Konsumausgaben (0,6%).

Auf dem **Arbeitsmarkt** hat sich der Arbeitsplatzabbau fortgesetzt. Die Zahl der Erwerbstätigen belief sich im September 2003 saisonbereinigt auf 38,1 Millionen, das sind 262 000 weniger als im Dezember 2002 und nahezu 850 000 weniger als beim letzten Beschäftigungshöhepunkt im Frühjahr 2001. Hingegen ist die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen seit den Frühjahrsmonaten tendenziell gesunken, was vor allem im Zusammenhang mit einer schärferen Handhabung der Registrierung steht. So wurden Arbeitslose wegen mangelnder Verfügbarkeit oder fehlender eigener Bemühungen um einen Arbeitsplatz aus der Statistik gestrichen; auch wanderten durch verschärfte Zumutbarkeitskriterien Nichtleistungsempfänger in die »Stille Reserve«. Zudem wurden im Zuge mit den Hartz-Reformen verstärkt Ich-AGs gegründet. Die Arbeitslosenquote (in Pro-

zent der zivilen Erwerbspersonen; nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit) betrug im November saisonbereinigt 10,5%, damit lag sie 0,2 Prozentpunkte unter dem Höchststand von April 2003.

Der Anstieg der *Lebenshaltungskosten* blieb das ganze Jahr 2003 hindurch außerordentlich moderat; im Jahresdurchschnitt belief sich die Inflationsrate lediglich auf 1,1%. Hierzu trugen nicht zuletzt die Stabilitätsgewinne bei, die aus der Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar herrührten.

## Ausblick 2004

### Weltwirtschaft: Kräftiger konjunktureller Aufwind

Die Prognose der nationalen und internationalen Konjunktur ist mit weniger Risiken verbunden, als das vor einem Jahr der Fall gewesen war. Zwar bleibt die weitere Entwicklung im Mittleren Osten unsicher. Zudem könnte der hohe und immer noch zunehmende Fehlbetrag in der Leistungsbilanz der USA zu Turbulenzen an den Devisenmärkten führen und die Zinsentwicklungen in Nordamerika sowie in anderen Regionen erheblich beeinflussen. In die gleiche Richtung könnte das steigende staatliche Finanzierungsdefizit in den USA wirken. Doch überwiegen die positiven Konjunktursignale derzeit in einem solchen Ausmaß, dass die Welt mit Zuversicht einem neuen Aufschwung entgegensehen kann.

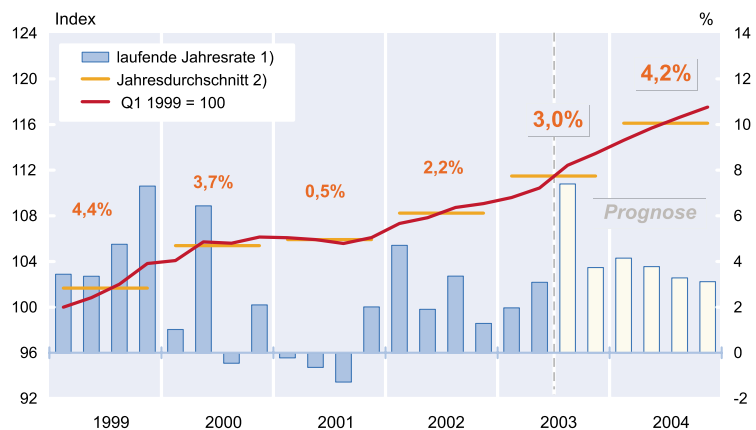
### USA: Kräftiger Aufschwung – twin deficit steigt

In den USA hat sich die Konjunktur bereits im Jahr 2002 erholt. In diesem Jahr hat sich das Wachstum deutlich beschleunigt. Ausschlaggebend dafür waren vor allem vier Effekte:

- Erstens hat sich das staatliche Budgetdefizit weiter vergrößert. Innerhalb von drei Jahren fand beim Budgetsaldo ein Swing von einem Überschuss zu einem Defizit in Höhe von 7,2 Prozentpunkten des BIP statt, was einem konjunkturellen Impuls von etwa 700 Mrd. US-Dollar entsprach.
- Zweitens liegt die Federal Funds Rate mit nur 1% auf dem niedrigsten Wert seit dem Ende der fünfziger Jahre.
- Drittens hat das glimpfliche Ende des Irak-Krieges das Verbrauchervertrauen wieder gestärkt.
- Viertens haben sich die monetären Rahmenbedingungen aufgrund des anhaltenden Wertverlusts des US-Dollar weiter spürbar verbessert.

Abb. 2

### Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA Saisonbereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).

2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: BEA; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dezember 2003).

Im Jahresdurchschnitt 2003 dürfte das Bruttoinlandsprodukt um 3,0% gestiegen sein. Vor allem der private Konsum expandierte – getragen von umfangreichen Entlastungen bei der Einkommensteuer – merklich, aber auch die gewerblichen Investitionen nahmen wieder zu. Ab Jahresmitte erhöhte sich auch die Kapazitätsauslastung, was sich in einem leichten Rückgang der Arbeitslosenquote niederschlug; diese dürfte im Jahresdurchschnitt 6,0% betragen. Die Inflation verlangsamte sich zunächst merklich, dazu beigetragen haben hohe Produktivitätsgewinne in Verbindung mit niedrigen Lohnsteigerungen. Im Jahresdurchschnitt 2003 dürften die Konsumentenpreise um 2,4% gestiegen sein. Das Defizit in der Leistungsbilanz hat sich in diesem Jahr erneut ausgeweitet, es beträgt inzwischen 5,4% des Bruttoinlandsprodukts. Auch wenn davon auszugehen ist, dass angesichts der gegenwärtigen Wachstumsstärke das Ausland bereit ist, die Lücke zwischen heimischer Investition und Ersparnis zu finanzieren, erhöht sich in Verbindung mit dem gleichfalls steigenden Budgetdefizit des Staates die Gefahr eines abrupten und damit konjunkturentscheidenden Zinsanstiegs oder einer drastischen Abwertung des US-Dollar.

Die Wirtschaftspolitik bleibt im nächsten Jahr stark expansiv ausgerichtet. Die Entlastungen bei der Einkommensteuer geben weiterhin kräftige Impulse. Die Geldpolitik dürfte auf die sich abzeichnenden Preisaufriebtendenzen spätestens ab dem zweiten Quartal 2004 mit einer Erhöhung der Leitzinsen reagieren. Aufgrund der üblichen Wirkungsverzögerungen wird die Entwicklung von Produktion und Preisen im Prognosezeitraum davon aber nicht beeinflusst.

Obwohl sich das Anstiegstempo von Produktion und Nachfrage im Verlauf des Jahres 2004 leicht verlangsamen wird, dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt um reichlich 4% zunehmen (vgl. Abb. 2). Der schon zuvor leb-

haft expandierende private Konsum profitiert von dem Gipfel der Entlastungen bei der Einkommensteuer und der erstmals wirksamen Abschaffung der Doppelbesteuerung von Dividenden, welche die verfügbaren Einkommen erneut kräftig anschwellen lassen. Zum gleichberechtigten Wachstumsmotor schwingen sich im kommenden Jahr die Bruttoanlageinvestitionen auf. Die seit Mitte 2003 steigende Kapazitätsauslastung dürfte die Unternehmen vermehrt zu höheren Erweiterungsinvestitionen veranlassen. Zudem machen sich der Nachholbedarf bei den mittlerweile recht kurzlebigen IT-Gütern und das relativ hohe Durchschnittsalter der bestehenden Anlagen bemerkbar. Die Exporte von Gütern und Dienstleistungen werden zwar durch die gefestigte Weltkonjunktur und die fortschreitende Dollarabwertung belebt. Die Ausfuhren reichen aber erneut nicht aus, um eine Verbesserung der Handels- und Dienstleistungsbilanz zu erzielen, denn das hohe Expansionstempo der Inlandsnachfrage führt zu einem weitaus stärkeren Anstieg der Einfuhren. Somit dürfte das Leistungsbilanzdefizit nochmals ausgeweitet werden und knapp 6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt betragen.

Am Arbeitsmarkt hellen sich die Beschäftigungsperspektiven etwas auf; hohe Produktivitätsgewinne verhindern jedoch einen schnellen Rückgang der Arbeitslosenquote, die sich im Jahresdurchschnitt 2004 auf 5,7% belaufen wird. Die Inflation wird aufgrund des steigenden Auslastungsgrads und der nachwirkenden Dollarabwertung etwas anziehen, im Jahresergebnis dürften die Konsumentenpreise um 2,5% steigen. Die Staatsverschuldung dürfte sich bei weiter zunehmenden Haushaltsdefiziten am Jahresende 2004 voraussichtlich auf 67% des Bruttoinlandsprodukts erhöhen.

**Japan: Aufschwung verlangsamt sich**

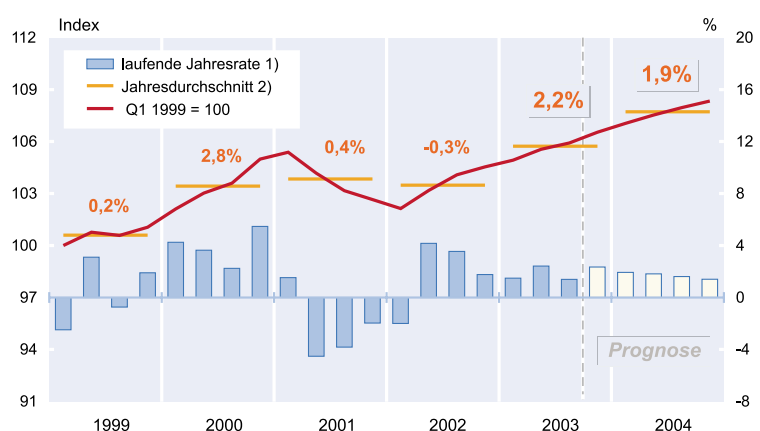
Der gegenwärtige Aufschwung der japanischen Wirtschaft setzte im Frühjahr 2002 ein. Ausgelöst von einem starken Anstieg der Exporte griff die Erholung im weiteren Verlauf auf die Bruttoanlageinvestitionen über. Trotz der anfänglichen globalen Unsicherheiten im Zusammenhang mit dem Krieg im Irak und der Lungenkrankheit SARS zeigt sich der Aufwärtstrend inzwischen robust. Gegenüber dem Vorjahr dürfte das Bruttoinlandsprodukt um rund 2% zunehmen. Am Arbeitsmarkt wird sich jedoch keine Verbesserung einstellen. Die Mehrzahl der Unternehmen schätzt ihren Personalbestand nach wie vor als zu hoch ein. Im Jahresdurchschnitt wird die Arbeitslosenquote nahezu unverändert bei 5,3% liegen. Die Deflation setzte sich auch in diesem Jahr fort. Selbst die äußerst großzügige Liquiditätsversorgung konnte nicht verhindern, dass die Verbrau-

cherpreise um 0,2% fallen. Der Leistungsbilanzüberschuss dürfte 3% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen. Trotz Sparmaßnahmen belief sich das Defizit von Staat und Gemeinden im abgelaufenen Haushaltsjahr 2002 auf 7,9% des BIP. Der Schuldenstand betrug damit rund 143% des BIP. Durch die Konsolidierungsbemühungen sollte es möglich sein, das Defizit im Jahr 2003 bei rund 7% im Verhältnis zum BIP zu halten, wenngleich höhere Steuerabzüge für IT-Investitionen und allgemeine Ausgaben für F&E nur teilweise durch die Erhöhung von Verbrauchsteuern gegenfinanziert werden.

Sowohl Geld- als auch Finanzpolitik bleiben im Prognosezeitraum expansiv. Die Bank von Japan setzt ihre Nullzinspolitik fort. Darüber hinaus pumpt sie aktiv Liquidität in den Markt, indem sie Staatsanleihen, Aktienpakete und mittlerweile sogar verbrieft Verbindlichkeiten von Unternehmen aufkauft (Asset Backed Securities). Zudem kommt es wieder zu gezielten Devisenmarktinterventionen, die dem Aufwertungsdruck des Yen aber nur kurzfristig Einhalt gebieten können.

Im Jahr 2004 dürfte sich die wirtschaftliche Dynamik etwas verringern; das Bruttoinlandsprodukt wird um 1,9% steigen (vgl. Abb. 3). Neben der zu erwartenden Aufwertung des Yen belasten weiterhin die ungelösten Strukturprobleme. Der private Konsum dürfte relativ schwach bleiben. Der öffentliche Verbrauch wird hingegen wieder etwas stärker zunehmen, da wegen der Wahlen zum Oberhaus mit einem leichten Anstieg diskretionärer Ausgaben zu rechnen ist. Bei den Bruttoanlageinvestitionen dürfte der Zuwachs deutlich geringer als im Vorjahr ausfallen. Der Abwärtstrend bei den privaten Bauinvestitionen und den öffentlichen Investitionsausgaben wird sich – wenn auch verlangsamt – fortsetzen, und das Expansionstempo bei den

**Abb. 3**  
**Reales Bruttoinlandsprodukt in Japan**  
Saisonbereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).  
2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: ESRI; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dezember 2003).

Anlageinvestitionen, das in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr nahezu im zweistelligen Bereich gelegen haben dürfte, wird sich nicht halten. Die Exporte steigen im Vergleich zu 2003 nur moderat. Zwar erhöht sich der Nachfragesog aus dem Ausland, gleichzeitig dämpft aber die reale Aufwertung des Yen. Weil dadurch ausländische Güter relativ günstiger werden, nehmen die Importe beschleunigt zu. Der Leistungsbilanzüberschuss dürfte reichlich 3% des Bruttoinlandsprodukts betragen. Am Arbeitsmarkt bleibt die Lage ungünstig. Es werden weiterhin Stellen abgebaut, die Arbeitslosenquote erhöht sich im Jahresdurchschnitt auf 5,5%. Auch der Preisrückgang hält an. Der Schuldenstand der öffentlichen Hand wird bei einem Defizit von 6,8% weiter steigen, er beläuft sich zum Jahresende 2004 dann auf knapp 160% des Bruttoinlandsprodukts.

### **Ostasiatische Schwellenländer: Zurück zur alten Wachstumsdynamik**

Die ostasiatischen Schwellenländer waren mit Ausnahme Chinas im konjunkturellen Sinkflug in das Jahr 2003 eingetreten, der im ersten Halbjahr in eine konjunkturelle Flaute, verschiedentlich sogar empfindliche Produktionseinbrüche überging. Zu der seit Mitte 2002 zu beobachtenden Abschwächung der Weltkonjunktur addierten sich nämlich die aus dem Irak-Konflikt resultierenden Irritationen, die temporäre Verteuerung des Erdöls sowie die retardierenden Auswirkungen der Lungenkrankheit SARS. Ab der Jahresmitte erfolgte mit der Änderung wesentlicher Rahmenbedingungen ein rasanter Umschwung, der alle Volkswirtschaften der Region erfasste, in Singapur und Hongkong jedoch besonders eindrucksvoll ausfiel. SARS war abgeklungen, und die Ölpreise sanken wieder. Die Weltwirtschaft hatte kräftig Tritt gefasst, und die Wirtschaftspolitik stützte kräftig. Vor allem aber erwies sich das auf eine konjunkturelle Überhitzung zusteuernde China immer stärker als Magnet für die Ausfuhr, und auch der interregionale Handel expandierte wesentlich beschleunigt. Die Wirtschaft der Region ist im Jahr 2003 mit annähernd 6% vermutlich fast so lebhaft gewachsen wie im Jahr zuvor.

Im Jahr 2004 dürfte das Wirtschaftswachstum der ostasiatischen Schwellenländer auf 6 $\frac{1}{2}$ % zulegen. Damit bilden sie nicht nur weiterhin die wachstumsstärkste Region, sondern erhöhen ihr weltwirtschaftliches Gewicht gemessen am BIP auf gut das Doppelte Lateinamerikas. China wächst weiter in die Rolle des Wachstumsmotors hinein – was wegen der zunehmenden Probleme dieses Landes erhebliche Risiken auch für die Region bedeutet –, in dessen Sog nicht nur Japan und Korea zunehmend geraten, sondern auch der interregionale Handel insgesamt. Hinzu kommen die vom weltweiten Wirtschaftsaufschwung im Allgemeinen und der wiedererwachten Nachfrage nach IT-Produkten im Besonderen ausgehende Zunahme der Bruttoanlageinvestitionen.

Demgegenüber dürfte der private Konsum trotz rascher wachsender Beschäftigung und annähernd im bisherigen Tempo steigender Reallöhne etwa im bisherigen lebhaften Tempo ausgeweitet werden, da die verschiedentlich übermäßig kreditfinanzierte Konsumsteigerung nachlässt. Der Preisauftrieb bleibt insgesamt moderat.

### **Lateinamerika: Mit dem Schwung der Exporte aus der Flaute**

Die Konjunktur hat sich im laufenden Jahr allmählich erholt, bei im Einzelnen sehr unterschiedlichen Entwicklungen. So hat Argentinien die Depression der Vorjahre mit großem Elan überwunden, in Venezuela hielt die Rezession an, während Brasiliens Wirtschaft sich schleppend erholte und Mexiko vom amerikanischen Boom zunächst wenig profitieren konnte, auch weil laufend Marktanteile an die chinesische Konkurrenz verloren gingen. Das reale Bruttoinlandsprodukt der Region nahm um 1% zu. Für die Erholung ausschlaggebend war die günstige Ausfuhrentwicklung, bedingt durch die weltwirtschaftliche Erholung im Allgemeinen und den Nachfragesog aus China im Besonderen, die auf Dollar-Basis kräftig gestiegenen Preise für Industrierohstoffe, Zwischenprodukte und landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie die in den Vorjahren erheblich abgewerteten Währungen. Von der Inlandsnachfrage kamen hingegen erst schwache Anstöße, auch weil die Finanzpolitik konsolidierungsorientiert blieb. Der Preisauftrieb ließ nach, auf dem Arbeitsmarkt verschlechterte sich die Lage weiter.

Im Jahre 2004 dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt – wesentlich geprägt durch die Entwicklungen in Brasilien, Mexiko und Argentinien – um 3 $\frac{1}{2}$ % expandieren. Von den im Zuge des weiteren weltwirtschaftlichen Aufschwungs kräftig steigenden Exporten kommen nach wie vor die wichtigsten Anstöße. Doch wirken sie nun zunehmend auch auf die Inlandsnachfrage; privater Konsum und Bruttoanlageinvestitionen erholen sich allmählich. Wichtig für die stärkere wirtschaftliche Dynamik Lateinamerikas ist vor allem die an Kraft gewinnende Erholung in Brasilien, wo die im Laufe von 2003 erfolgten monetären Lockerungen zunehmend stimulierend wirken. Die Wirtschaft Mexikos profitiert mehr und mehr vom Aufschwung in den USA (die Ausfuhrabhängigkeit von den USA liegt bei 90%), doch macht sich die Konkurrenz aus China immer stärker bemerkbar, woran auch die schleichende Peso-Abwertung nichts ändert. In Argentinien geht der Aufschwung dank exportgünstigem Wechselkurs weiter, zunächst wenigstens gestützt durch eine »evolutionäre Transformation« genannte Wirtschaftspolitik in Abkehr von der in den neunziger Jahren verfolgten Linie. Demgegenüber bleibt die Lage in Venezuela und in einigen kleineren Volkswirtschaften schwer berechenbar, wiewohl weltwirtschaftliche und regionale Entwicklung auch hier eine konjunkturelle Erholung einleiten dürften. Insgesamt

stabilisiert sich die Lage am Arbeitsmarkt allmählich. Die Preisentwicklung beruhigt sich zunächst weiter.

### Mitteuropa: Kräftiges Wirtschaftswachstum auf breiterer Basis

Die Entwicklung in den mitteleuropäischen Volkswirtschaften blieb von den externen Schocks zu Beginn des Jahres nicht unberührt, und die schwächer expandierende Auslandsnachfrage dämpfte den konjunkturellen Schwung. Mit 3,2% nahm das reale Bruttoinlandsprodukt erneut wesentlich lebhafter zu als in Westeuropa. Entscheidend war die dynamische Entwicklung der Inlandsnachfrage, im Allgemeinen spürbar gestützt durch die Wirtschaftspolitik. Der öffentliche Verbrauch wurde kräftig ausgeweitet. Auch der private Konsum nahm erheblich zu, stimuliert durch merklich gestiegene Reallöhne und gesunkene Zinsen. Letztere fanden jedoch in der Investitionsentwicklung keinen Niederschlag. Die Bruttoanlageinvestitionen dürften insgesamt gegenüber dem Vorjahr annähernd stagniert haben; verschiedentlich sind sie sogar gesunken. Demgegenüber kamen von der Außenwirtschaft leichte Anregungen, da die Ausfuhr rascher expandierte als der Import. Trotz des kräftigen Wirtschaftswachstums ist die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt mit 14<sup>1</sup>/<sub>4</sub>% gegenüber 2002 etwa konstant hoch geblieben. Der Preisanstieg ließ weiter nach (rund 2% im Schnitt des Jahres); verschiedentlich sind die Lebenshaltungskosten sogar gesunken.

Das Wirtschaftswachstum (3,9%) beschleunigt sich 2004 zunächst, da die Auslandsnachfrage kräftig anzieht. Der weltwirtschaftliche Aufschwung und das fortgesetzt starke Wachstum in Russland wirken anregend. Gleichzeitig bleibt die Inlandsnachfrage lebhaft aufwärts gerichtet, obwohl in Ungarn und Polen dämpfende finanzpolitische Maßnahmen erlassen wurden bzw. werden. Während der öffentliche Verbrauch weniger schnell expandiert, nimmt der private Konsum wieder kräftig zu, gestützt von nur wenig verlangsamt steigenden Reallöhnen und einer nach Jahren des Rückgangs leicht zunehmenden Beschäftigung. Stimuliert von günstigeren Absatz- und Ertragsaussichten erholen sich die Bruttoanlageinvestitionen. Für die acht der EU am 1. Mai 2004 beitretenden Länder bedeutet dieser Schritt zunächst keine nennenswerten zusätzlichen Impulse; der Außenhandel mit der EU ist bereits weitgehend liberalisiert, und die weitere Integration erfolgt in mehreren Schritten über viele Jahre hinweg. Auf dem Arbeitsmarkt bessert sich die Lage bei anhaltend starkem Produktivitätswachstum erst ansatzweise, so dass die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt um 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Prozentpunkt unter jener von 2003 liegen dürfte. Der Preisanstieg beschleunigt sich (3<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% gegenüber 2003), denn Lebensmittel werden nicht mehr billiger, administrative Preise steigen, und Verbrauchsteuern werden dem EU-Niveau angeglichen.

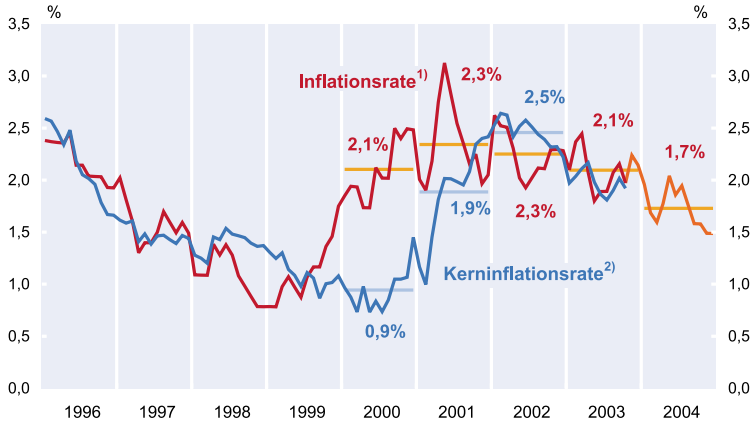
### Westeuropa: Wirtschaftswachstum zurück auf den Potentialpfad

Trotz deutlich expansiver Geldpolitik und etwa neutraler Finanzpolitik haben Nachfrage und Produktion in Westeuropa im Jahre 2003 um 3<sup>3</sup>/<sub>4</sub>% zugenommen; im Euroraum waren es 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%. Nach der Stagnation während des ersten Halbjahrs – ausgelöst durch den Irak-Konflikt, stark gestiegene Ölpreise, SARS sowie kräftige Aufwertungen gegenüber dem US-Dollar – setzte eine allmähliche konjunkturelle Erholung ein. Den Anstoß gab nicht, wie a priori zu vermuten, die bereits seit dem zweiten Quartal stark wachsende Volkswirtschaft der USA; die Exporte dorthin sind nur mäßig gestiegen. Ausschlaggebend dürfte vielmehr das allgemein günstiger gewordene weltwirtschaftliche Umfeld gewesen sein. Am stärksten, wenn auch erheblich langsamer als 2002, hat der öffentliche Verbrauch expandiert. Der private Konsum nahm hingegen während des Sommerhalbjahrs kaum noch zu, trotz schwach aber stetig steigender Reallöhne. Retardierend wirkte die weiter verschlechterte Arbeitsmarktlage, aus der bei rückläufiger Beschäftigung im Jahresdurchschnitt eine auf 8% erhöhte Arbeitslosenquote (im Euroraum stieg sie auf 8<sup>3</sup>/<sub>4</sub>%) resultierte. Die Rezession der Bruttoanlageinvestitionen setzte sich trotz gesunkener Zinsen sowohl beim Bau als auch bei den Ausrüstungen fort. Dabei lag die Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie lediglich um einen Prozentpunkt unter dem langjährigen Mittel. Ausschlaggebend dürften der mit Produktionsverlagerungen nach Mitteleuropa und Ostasien verbundene Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit, die unbefriedigende Ertragslage, verschärfte Kreditanforderungen der Finanzinstitute sowie die zunächst gedrückten Absatz- und Ertragsaussichten gewesen sein. Die Ausfuhr von Gütern und Diensten ist gegenüber dem Vorjahr etwas gesunken, dagegen die Einfuhr expandiert. Da die Terms of Trade günstiger waren, schloss die Leistungsbilanz gleichwohl mit einem nur wenig gesunkenen Überschuss. Flaue Konjunktur, niedrigere Energie- und aufwertungsbedingt stabilisierende Einfuhrpreise führten zu einem moderaten Preisanstieg; die Konsumentenpreise lagen in Westeuropa wie im Euroraum um 2% über dem Niveau von 2002.

Die *Finanzpolitik* hat entgegen den Planungen die Konjunktur im laufenden Jahr leicht gestützt. Der vorgesehene Konsolidierungskurs ließ sich infolge konjunkturbedingter Mindereinnahmen und Mehrausgaben nicht einhalten, obwohl zumeist Sparanstrengungen unternommen und verschiedentlich Steuern und Abgaben erhöht worden sind oder finanzpolitische Akrobatik herhalten musste. Infolgedessen nahmen in den öffentlichen Haushalten die Überschüsse ab und die Fehlbeträge zu. Letzteres gilt besonders für Frankreich und Deutschland auch für 2004 in einem Maße, das die im Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt gesetzten Grenzen deutlich sprengt. Die Regierungen dieser Länder erzwangen unter Missachtung des Maastricht-Ver-

**Abb. 4**

**Inflation und Kerninflation im Euroraum**  
Preisveränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Harmonisierter Verbraucherpreisindex.- 2) HVPI ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel.

Quelle: Eurostat; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

trags eine Aussetzung des für derartige Fälle vorgesehenen Defizit-Verfahrens, was auf längere Sicht hin das Vertrauen in den Euro untergraben könnte. In diesen, wie in den meisten anderen Ländern werden allerdings Anstrengungen zur Eindämmung der Fehlbeträge bzw. zur Steigerung der Überschüsse unternommen; in Großbritannien wird hingegen der expansive finanzpolitische Kurs bewusst fortgesetzt. In Westeuropa und im Euroraum sind gleichermaßen mit 2<sup>3</sup>/<sub>4</sub>% ein – in Relation zum Bruttoinlandsprodukt – geringfügig niedrigere aggregierte Fehlbeträge als 2003 zu erwarten. Auf die Konjunktur wirkt die Finanzpolitik damit leicht bremsend.

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) im Euroraum ist deutlich expansiv. Seit der letzten Leitzinssenkung Anfang Juni diesen Jahres liegt der Dreimonatsgeldmarktsatz bei 2,1%, was bei einer aktuellen Inflationsrate von etwas über 2% (vgl. Abb. 4) einen kurzfristigen Realzins von null impliziert. Auch die Rendite 10-jähriger Staatsanleihen ist bis zur Jahresmitte deutlich gesunken. Seither zeichnet sich bei den Kapitalmarktzinsen eine Kehrtwende ab, worin die Erwartung der Marktteilnehmer abzulesen ist, dass das Ende des Zinssenkungszyklus erreicht ist. Bei den Kreditzinsen sind ebenfalls erste Anzeichen einer Zinswende auszumachen.

Die Geldmenge M3 ist in den vergangenen Monaten weiterhin stark gestiegen. Damit setzt sich das seit Juni 2001 andauernde Überschießen des Referenzwertes, nach dem ein Geldmengenwachstum von 4,5% mit dem Ziel mittel- bis langfristiger Preisstabilität im Einklang steht, fort. Nach wie vor erklärt sich dieser kräftige Anstieg mit der

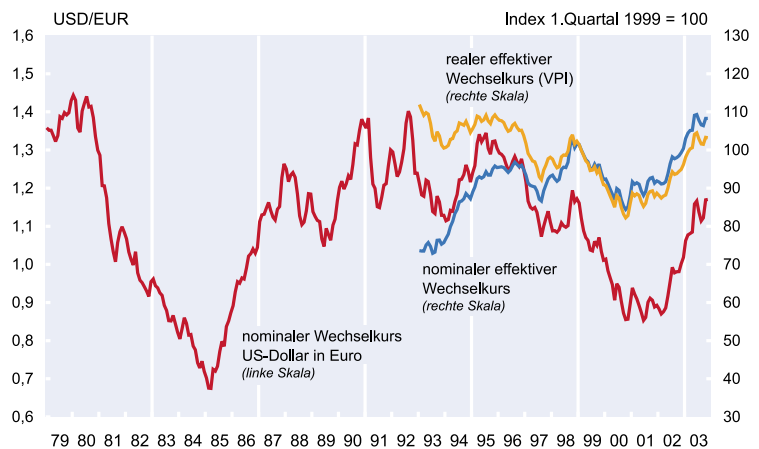
Präferenz der Anleger, angesichts niedriger Kapitalmarktzinsen und andauernder Verunsicherung kurzfristige Wertpapieranlagen, die Bestandteil von M3 sind, zu halten.

Der Aufwertungsstrend des Euro, der Anfang 2002 begonnen hatte, setzte sich in diesem Jahr weiter fort. Zwischen Januar und November gewann der Euro gegenüber dem US-Dollar nominal 10% an Wert, seit Januar 2002 waren es sogar 33%. Die reale effektive Aufwertung betrug in denselben Zeiträumen 5 bzw. 17% (vgl. Abb. 5). Dies konterkarierte den von der EZB eingeschlagenen Expansionskurs, so dass sich die monetären Rahmenbedingungen trotz der Zinssenkungen in diesem Jahr kaum veränderten (vgl. Exkurs 1). Unter der Annahme eines grosso modo gleich bleibenden Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar und vor

dem Hintergrund einer anziehenden Konjunktur ist damit zu rechnen, dass die EZB die Leitzinsen in der zweiten Jahreshälfte 2004 leicht anhebt. Die Kapitalmarktzinsen werden im Zuge der weltweiten konjunkturellen Erholung ebenfalls weiter anziehen.

Im Jahre 2004 gewinnt die konjunkturelle Erholung in Westeuropa und im Euroraum weiter an Schwung und an Breite. Diese Annahme wird von den Klimaindikatoren eindrucksvoll gestützt. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte jeweils um rund 2% expandieren, obwohl die Wirtschaftspolitik insgesamt keine Impulse gibt (vgl. Abb. 8 und Tab. 1). Am kräftigsten nimmt die Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen zu, wobei die Sogwirkung des weltwirtschaftlichen Aufschwungs stärker ist als die bremsenden Effekte

**Abb. 5**  
**Wechselkurse des Euro<sup>1)</sup>**



1) Bis Dezember 1998 ECU-Kurse, ab Januar 1999 Euro-Kurse. Effektive Wechselkurse: weiter Landkreis, realer effektiver Wechselkurs auf Basis der Verbraucherpreise.

Quelle: Europäische Zentralbank.



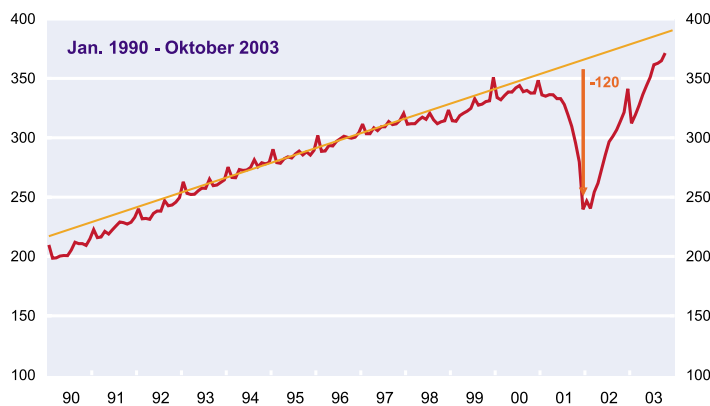
**Kasten**  
**Eurokurs und Bargeldumlauf**

Der Euro-Anstieg dürfte maßgeblich auf die hohe Nachfrage nach Euro-Bargeld zurückzuführen sein, der nach der physischen Geldumstellung bei den Haltern von Schwarzgeld und bei Ausländern zu verzeichnen ist (vgl. Sinn und Westermann 2001a; 2001b). Dies ist die Kehrseite der Abwertung des Euro bis zu seiner physischen Einführung, deren Ursache in den Fluchtreaktionen bei den Haltern von DM-Bargeld lag. Die europäischen Notenbanken mussten diese Nachfrageschwankungen mittels einer Änderung der umlaufenden Bargeldmengen auffangen, um die Effekte auf die Zinsen zu neutralisieren. Sie konnten dadurch den Wechselkurseffekt aber stets nur abschwächen und nicht aufhalten. Abbildungen 6 und 7 zeigen die gewaltigen Änderungen im Bargeldumlauf, die vor und nach der physischen Einführung des Euro zu verzeichnen waren. Sie sind ein Vielfaches der Beträge, die die EZB zum Zwecke der Kursstabilisierung eingesetzt hat.

Hinzukommt der Effekt des hohen amerikanischen Leistungsbilanzdefizits. Das Leistungsbilanzdefizit zeigt im Wesentlichen an, in welchem Umfang amerikanische Wertpapiere bei ausländischen Investoren platziert werden. Sofern dieser Vorgang angebotsinduziert ist, kommt auch er in begrenztem Umfang für die Erklärung der Dollarschwäche in Frage. Der Bargeld-Umlaufeffekt dürfte allmählich wieder an Bedeutung verlieren, da, wie Abbildung 6 zeigt, die Trendkurve bei der umlaufenden Bargeldmenge im Euroraum im Ganzen fast wieder erreicht ist.

**Abb. 6**

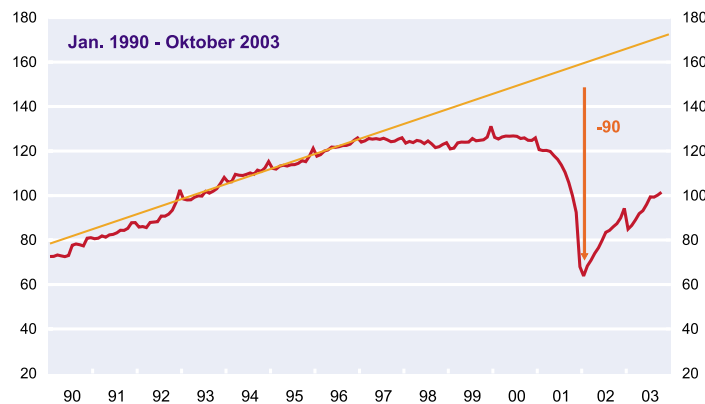
**Bargeldumlauf im Euroraum**  
Monatswerte, Mrd. Euro



Quelle: Europäische Zentralbank.

**Abb. 7**

**Bargeldumlauf in Deutschland**  
Monatswerte, Mrd. Euro



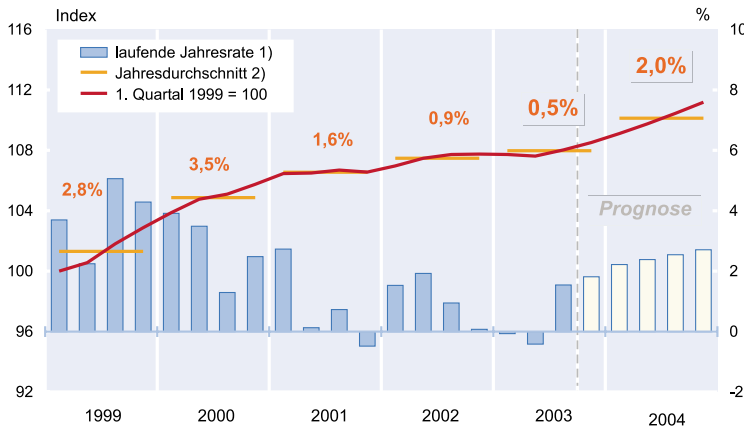
Quelle: Deutsche Bundesbank.

der bisherigen Aufwertung des Euro und anderer westeuropäischer Währungen gegenüber den Valuten des Dollarraumes. In allen großen Weltregionen nimmt nicht nur das Wirtschaftswachstum zu, sondern auch die Investitionskonjunktur gewinnt überall an Dynamik, wovon die westeuropäischen Investitionsgüterhersteller kräftig profitieren werden. Der Export-Aufschwung trägt wesentlich zur Verbesserung der Absatz- und Ertragsersparungen bei, strahlt also auch stimmungsmäßig auf die Binnenwirtschaft aus. Hiervon werden – nach dreijährigem Rückgang, der zu einigem Nachholbedarf geführt hat – besonders die Ausrüstungsinvestitionen stimuliert. Dazu tragen auch die zunehmende Kapazitätsauslastung, immer noch günstige Finanzierungsmöglichkeiten, der merkliche Produktivitätsanstieg, moderate Lohnerhöhungen und die verbesserte Ertragslage der Unternehmen bei. Die Bauinvestitionen finden indes nur langsam aus der jahrelangen Rezession heraus. Während der öffentliche Verbrauch den Konsolidierungserfordernissen der öffentlichen Haushalte folgend etwas schwächer als im Vorjahr steigt, nimmt der private Konsum – hierfür spricht auch das günstiger werdende Konsumklima – etwas rascher zu. Stützend wirken in einigen Ländern Steuersenkungen (in Deutschland wird der Effekt durch höhere Abgaben teilweise ausgeglichen) und die bessere konjunkturelle Perspektive spricht für ein Sinken der Sparquote.

Auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert sich die Lage zunächst nur noch wenig und bessert sich im späteren Verlauf des Jahres. Während der Dienstleistungssektor per saldo allmählich wieder einstellt, sinkt die Beschäftigung in Industrie und Bauwirtschaft noch etwas. Die Arbeitslosenquoten entsprechen sowohl in Westeuropa als auch im Euroraum etwa jenen von 2003. Obwohl der Preisauftrieb durch die Abwertung des US-Dollar und moderate Lohnerhöhungen gedämpft wird, dürften die Konsumentenpreise in Westeuropa und im Euroraum um 1<sup>3</sup>/<sub>4</sub>% steigen; hiervon entfällt 1/2 Prozentpunkt auf die Anhebung von indirekten Steuern und Abgaben. Die zusammengefasste Leistungsbilanz Westeuropas und des Euroraums dürfte im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt etwas höhere Aktiv-Salden aufweisen, da die Importe etwa im Rhyth-

**Abb. 8**

**Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum**  
Saisonbereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).  
2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Eurostat; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dezember 2003).

mus der Ausfuhr expandieren und die Terms of Trade nochmals günstiger werden.

**Deutschland: Konjunktur zieht an**

In Deutschland stehen die Konjunkturampeln auf grün. Der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe ist seit der Jahresmitte 2003 deutlich aufwärts gerichtet (vgl. Abb. 9). Der Anstieg der Bestellungen resultierte gleichermaßen aus dem In- und Ausland. Begünstigt waren davon alle Industriehauptgruppen, zuletzt besonders die Hersteller von Kon-

sumgütern. Die Industrieproduktion war dagegen in den Sommermonaten lediglich leicht aufwärts gerichtet, wozu auch die Verschiebung der Ferientermine beigetragen hat. Parallel dazu ist die Auslastung der Industriekapazitäten nach den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests bis zum September nur wenig gestiegen, mit 83% war der Nutzungsgrad nicht höher als zu Jahresanfang. Im Oktober kam es dann allerdings zu einem spürbaren Anziehen der Produktion.

Nach den Dezember-Ergebnissen des ifo Konjunkturtests hat sich der bereits seit sieben Monaten zu verzeichnende Anstieg des Geschäftsklimaindex im Verarbeitenden Gewerbe, das in Deutschland der »Cycle-maker« ist, fortgesetzt. Zum dritten Mal in Folge verbesserten sich nun auch die Urteile zur aktuellen Geschäftslage, was eine weitere Zunahme der Industrieproduktion indiziert

(vgl. Abb. 10). Auch rechnen die befragten Unternehmen weiter mit einer Belebung der Auslandsnachfrage. Die durchgreifende Besserung des Geschäftsklimaindex signalisiert, dass der konjunkturelle Erholungsprozess vorankommt. Während bislang noch Skepsis bezüglich eines neuerlichen Überschießens der Erwartungskomponente bestand, zeigt die deutliche Verbesserung der Lagebeurteilung eine Festigung der konjunkturellen Auftriebstendenz. Der von den USA und Asien ausgehende Konjunkturaufschwung hat nun auch Deutschland erfasst. Wenn auch die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses, was das steuerliche Entlastungsvor-

**Tab. 1**

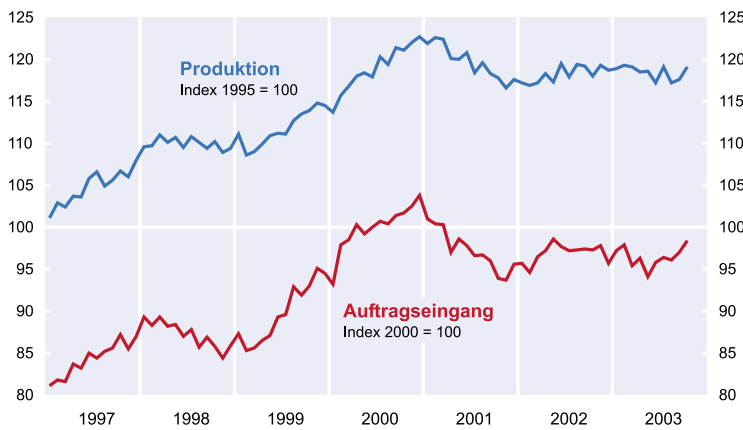
**Reales Bruttoinlandsprodukt in ausgewählten Regionen der Weltwirtschaft**  
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2001	2002	2003 (s)	2004 (s)
<b>Industrielländer</b>				
USA	0,5	2,2	3,0	4,2
Japan	0,4	-0,3	2,2	1,9
Euroraum	1,6	0,9	0,5	2,0
<b>Schwellenländer</b>				
Mitteleuropa	2,7	2,5	3,2	3,9
Ostasien <sup>1)</sup>	5,2	6,9	6,1	6,6
Lateinamerika <sup>2)</sup>	-0,1	-0,2	1,0	3,5

s) Schätzungen des ifo Instituts.- 1) Gewichteter Durchschnitt aus: China, Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan, Indonesien, Malaysia, Thailand, Philippinen.- 2) Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Argentinien, Kolumbien, Venezuela, Chile, Peru; jeweils mit dem Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2001 in US-Dollar.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts auf der Grundlage von Ursprungsdaten nationaler Institutionen, der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds; 2003 und 2004 Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

**Abb. 9**  
**Auftragseingang und Produktion im Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland** (Volumen, saisonbereinigte Werte)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

lumen anbetrifft, hinter den Erwartungen zurückblieb, sind doch jetzt die Unsicherheiten vom Tisch, was vor allem die Konsumnachfrage stützen sollte.

**Exporte gewinnen an Fahrt**

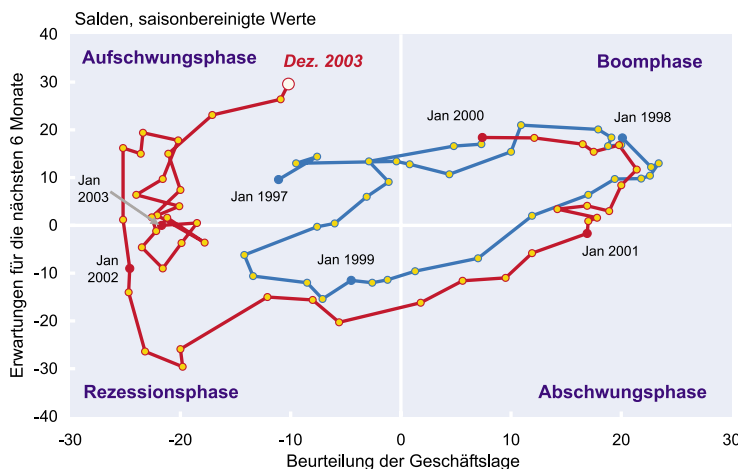
Die Ausfuhr hat nach einem schwachen ersten Halbjahr 2003 im dritten Quartal deutlich an Schwung gewonnen. Saison- und kalenderbereinigt nahmen die realen Warenexporte um 3,9% gegenüber dem vorausgegangenen Vierteljahr zu. Ausschlaggebend war dabei die Verbesserung des außenwirtschaftlichen Umfelds insbesondere in den Ländern außerhalb des Euroraums: Zudem hat sich die preisliche Wett-

bewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure<sup>3</sup> in den Sommermonaten nicht weiter verschlechtert (vgl. Abb. 11). Für die Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen wird im laufenden Jahr eine durchschnittliche Wachstumsrate von 1,5% veranschlagt.

Die Exporterwartungen der deutschen Industrie verbessern sich seit August deutlich. Mit dem Anziehen der Weltkonjunktur werden auch die deutschen Exporte im Jahr 2004 wieder an Fahrt gewinnen. Die positiven Impulse aus dem Ausland ausgehend von den USA und Südostasien werden den Welthandel spürbar beleben. Auch die Transformationsländer Mittel- und Osteuropas werden voraussichtlich weiterhin verstärkt Investitionsgüter aus Deutschland nachfragen. Die Länder des Euroraums werden sich ebenfalls konjunkturell erholen, so dass sich auch der wechselkursunabhängige Binnenhandel wieder ausweiten wird. Ein dämpfender Einfluss wird dagegen von der Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar erwartet. Im Jahresdurchschnitt 2004 werden daher die Exporte um etwa 5,7% zunehmen (vgl. Abb. 12); sie leisten damit einen nicht unerheblichen Wachstumsbeitrag (vgl. Tab. 2).

Die Nachfrage nach Importen ist im dritten Quartal 2003 nochmals zurückgegangen, nachdem die Einfuhr bereits im zweiten Quartal aufgrund der schwachen Binnenkonjunktur rückläufig war. Der reale Warenimport nahm saison- und kalenderbereinigt um 1,5% gegenüber dem Vorquartal ab. Aufgrund des positiven ersten Quartals und einem statistischen Überhang aus dem letzten Jahr wird die Einfuhr im laufenden Jahr mit einer durchschnittlichen Jahresrate von 1,4% zunehmen. Mit einer wenn auch schwachen inländischen Konjunkturbelebung und anziehenden Exporten werden die Importe im nächsten Jahr wieder merklich ansteigen. Außerdem werden bei einer Aufwertung des Euro gegenüber Währungen wichtiger Handelspartner Produkte aus dem Ausland preislich attraktiver. Es wird daher mit einer durchschnittlichen Zuwachsrate der realen Importe von etwa 4,4% gerechnet.

**Abb. 10**  
**ifo Konjunkturuhr<sup>1)</sup>**



1) Verarbeitendes Gewerbe ohne Nahrungs- und Genussmittel: Zusammenhang zwischen der Geschäftslagebeurteilung und den Erwartungen zur Geschäftslage.

Quelle: ifo Konjunkturtest, Westdeutschland.

<sup>3</sup> Im Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit sind die Wechselkurse des Euro gegenüber den Währungen der wichtigsten Handelspartner Deutschlands um die Inflationsdifferenzen gegenüber diesen Ländern bereinigt und mit Gewichten zusammengefasst, die die Bedeutung dieser Länder als Absatzmarkt für Waren aus Deutschland wiedergeben. Ein Rückgang (Anstieg) des Indikators indiziert eine Zunahme (Abnahme) an preislicher Wettbewerbsfähigkeit. Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff.

**Kasten****Zum Zusammenhang zwischen Geschäftslage und Erwartungen**

Das ifo Geschäftsklima\* ist der Mittelwert aus den Komponenten »Geschäftslage« und »Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate«. Der Zusammenhang zwischen den beiden Komponenten kann in einem 4-Quadranten-Schema dargestellt werden »ifo Konjunktur«). Auf der Abszisse der Konjunktur werden die Meldungen der befragten Unternehmen zur Geschäftslage (Salden aus den Meldungen »gut« bzw. »schlecht«) aufgetragen, auf der Ordinate die Geschäftserwartungen (Salden aus den Meldungen »günstiger« bzw. »ungünstiger«). Durch das Fadenkreuz der beiden Nulllinien wird das Diagramm in vier Quadranten geteilt, die die vier Phasen der Konjunktur markieren (vgl. Abb. 10). Sind die Urteile der im ifo Konjunkturtest befragten Unternehmen zur Geschäftslage und zu den Geschäftserwartungen per saldo schlecht, d.h. im Minus, so befindet sich die Konjunktur in der Rezessionsphase (Quadrant links unten). Gelangen die Geschäftserwartungen ins Plus (bei noch schlechter Geschäftslage), so gerät man in die Aufschwungsphase (Quadrant links oben). Sind Geschäftslage und Geschäftserwartungen gut, d.h. im Plus, so herrscht Boom (Quadrant rechts oben). Drehen die Geschäftserwartungen ins Minus (bei noch guter Geschäftslage), so ist die Abschwungsphase erreicht (Quadrant rechts unten). Idealtypisch bewegt sich die Konjunktur in diesem Diagramm im Uhrzeigersinn im Kreis; die Erwartungen laufen dabei der Lage voraus.

\* Das ifo Geschäftsklima GK ergibt sich aus der Formel  $GK = [(GL+200)(GE+200)]^{1/2} - 200$ , wobei GL den Saldo aus den positiven und negativen Meldungen zur aktuellen Geschäftslage bezeichnet und GE den Saldo aus den positiven und negativen Meldungen zu den Geschäftsaussichten in den nächsten sechs Monaten. Zur Vermeidung von negativen Werten in der Wurzel werden die beiden Variablen GL und GE jeweils um die Konstante 200 erhöht.

Der Anstieg der Importpreise bei einer weltweiten konjunkturellen Belebung wird durch den starken Euro abgeschwächt, so dass sich die Terms of Trade im Prognosezeitraum bei moderat steigenden Ausfuhrpreisen verbessern werden. Das wird zu einer Verbesserung der inländischen Realeinkommen und damit zu einer Stärkung der Kaufkraft auch für inländische Waren führen.

**Ausrüstungsinvestitionen: Talsohle ist erreicht**

Die Ausrüstungsinvestitionen sind nach der Stabilisierung Ende letzten Jahres im Verlauf dieses Jahres wieder kräftig geschrumpft. Die andauernde Stagnation der gesamtwirt-

**Kasten****Annahmen der Prognose**

- Der Welthandel expandiert im kommenden Jahr um rund 9%, nach 4 1/4% im Jahr 2003.
- Das Rohöl wird mit etwa 29 US-Dollar pro Barrel im Jahresdurchschnitt 2004 ungefähr so teuer sein wie in diesem Jahr. Der Preis pro Barrel liegt damit etwas über den von der OPEC angestrebten Preisspanne von 22 bis 28 US-Dollar. Die Preise für Industrierohstoffe steigen hingegen weiter, wenn auch nicht mehr so rasch wie im laufenden Jahr.
- Der Wechselkurs des Euro liegt zwischen 1,20 und 1,30 US-Dollar, nach 1,13 US-Dollar im Jahresdurchschnitt 2003.
- Die Europäische Zentralbank (EZB) hebt die Leitzinsen im kommenden Jahr leicht an.
- Die Tariflöhne in Deutschland erhöhen sich im kommenden Jahr auf Stundenbasis im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt um 2,0%. Die öffentlichen Arbeitgeber werden die vereinbarten Öffnungsklauseln im Besoldungsrecht zu Absenkungen der Sonderzahlungen (Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld) für Beamte nutzen.
- Die Finanzpolitik ist im kommenden Jahr – gemessen am strukturellen Defizit – neutral ausgerichtet.

schafflichen Produktion hat die Auslastung des Kapitalbestandes im Jahr 2003 noch weiter gedrückt, so dass eine Ausweitung der Investitionen trotz niedriger Zinsen nicht rentabel war. Die für das nächste Jahr zu erwartende Belebung der Nachfrage wird zu einem Anstieg der Kapazitätsauslastung führen, da der Kapitalbestand wegen der zuletzt niedrigen Investitionstätigkeit kaum höher sein wird als in diesem Jahr. Im Verlauf des kommenden Jahres ist deshalb und wegen der verbesserten Absatz- und Gewinnperspektiven mit einem Anstieg der Investitionstätigkeit zu rechnen. Auch wenn dieser Anstieg ähnlich kräftig ausfallen sollte wie in vergangenen Aufschwungsphasen, wird er nur ausreichen, den Rückgang im Jahr 2003 auszugleichen, so dass das Investitionsvolumen im Jahresdurchschnitt 2004 nicht über dem diesjährigen Niveau liegen wird.

Etwas besser sind die Perspektiven für die Investitionen in sonstige Anlagen, zu denen vor allem Software der Unternehmen zählt. In diesem Jahr haben sie moderat zugenommen, im nächsten Jahr dürften sie etwas kräftiger ausgeweitet werden. So ist z.B. mit einer erhöhten Nachfrage nach Sicherheitssoftware zu rechnen.

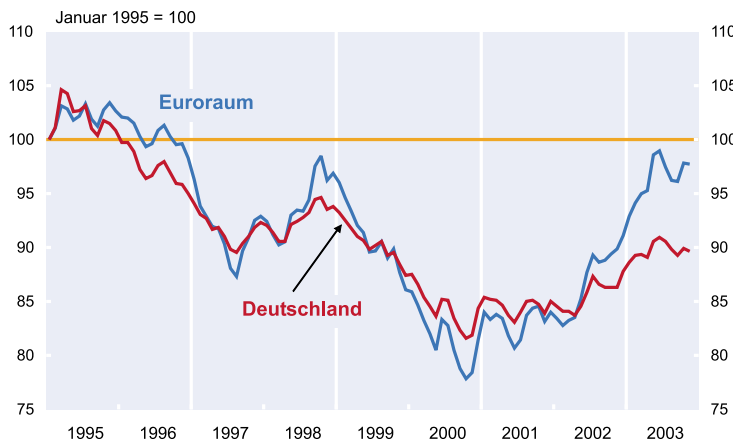
Alles in allem werden die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen im Jahr 2004 um 0,7% über dem Niveau des Vorjahres liegen (vgl. Abb. 13).

**Vorübergehende Belebung bei den Bauinvestitionen**

Die seit 1995 anhaltende Abwärtsbewegung bei den Bauinvestitionen hat sich in den vergangenen Jahren verstärkt. Zunehmende Leerstände bei gewerblich genutzten Gebäuden und bei Wohnungen, die ungünstigen Einkommensperspektiven der privaten Haushalte und die Sparzwänge der öffentlichen Hand haben die Bautätigkeit beeinträchtigt, obwohl die Baupreise nahezu stagnierten und die Zinsen gesunken sind. In diesem und im nächsten Jahr wird die negative Grundtendenz jedoch von Sonderfaktoren im Wohnungsbau überlagert, die für 2004 in der Jahresdurchschnittsbetrachtung einen vorübergehenden Anstieg der Bauinvestitionen erwarten lassen (vgl. Abb. 14).

Im Wohnungsbau führte die Diskussion um die Kürzung der Eigenheimzulage zur Jah-

**Abb. 11**  
**Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit des Euroraums**  
**und der deutschen Wirtschaft** (realer effektiver Wechselkurs des Euro)



Quelle: Deutsche Bundesbank, Europäische Zentralbank; Berechnungen des ifo Instituts.

reswende 2002/03 vorübergehend zu einem starken Anstieg der Baugenehmigungen. Das deutet darauf hin, dass viele potentielle Bauherren vorsorglich einen Bauantrag gestellt haben, um sich die Eigenheimzulage zu sichern. Erste Anzeichen einer Belebung der Wohnungsbautätigkeit waren in der zweiten Jahreshälfte 2003 bereits sichtbar, wegen der mehrjährigen Gültigkeit der Baugenehmigungen dürfte der Großteil der zusätzlichen Nachfrage jedoch erst im nächsten und im übernächsten Jahr bauwirksam werden. Für das nächste Jahr zeichnet sich ab, dass das Volumen der Wohnungsbauinvestitionen um etwa 3% zunehmen wird.

Im Wirtschaftsbau deuten weder Auftragseingänge noch Genehmigungen auf ein baldiges Ende der Abwärtsbewe-

gung hin. Die annähernde Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Produktion von 2001 bis 2003 hat Überkapazitäten im gewerblichen Bautenbestand entstehen lassen, die durch das für das nächste Jahr zu erwartende moderate Wachstum des Bruttoinlandsprodukts nicht nennenswert verringert werden. Deshalb besteht für die privaten Investoren vorläufig kein Anlass, die gewerblichen Bauten auszuweiten. Im Jahresdurchschnitt 2004 dürfte der Wirtschaftsbau das Vorjahresniveau noch um etwa 1,3% unterschreiten. Die öffentlichen Bauinvestitionen werden ebenfalls ihre Talfahrt fortsetzen. Insbesondere die Gemeinden, der Hauptinvestor der öffentlichen Hand, werden wegen der angespannten Haushaltslage ihre Investitionsausgaben weiterhin kürzen. Für das nächste Jahr ist damit zu rechnen, dass das Investitionsvolumen im öffentlichen Bau um 3,3% unter dem Niveau von 2003 liegen wird.

Über alle Bausparten hinweg gerechnet werden die Bauinvestitionen im nächsten Jahr um 1% über dem Niveau von 2003 liegen (vgl. Tab. 3).

**Privater Konsum zieht wieder an**

Die Entwicklung des privaten Konsums hat im Jahr 2003 erneut enttäuscht. Zum zweiten Mal in Folge dürfte das Vorjahresniveau nicht erreicht worden sein (-0,1%, vgl. Abb. 15). Erst zuletzt dürfte der Verbrauch wieder etwas angezogen

**Tab. 2**  
**Wachstumsbeiträge der Verwendungskomponenten zum Bruttoinlandsprodukt in der Bundesrepublik Deutschland**  
 in Preisen von 1995

	2002			2003			2004		
	1.Hj	2.Hj	Jahr	1.Hj	2.Hj (s)	Jahr (s)	1.Hj (s)	2.Hj (s)	Jahr (s)
Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber Vorjahr in Prozentpunkten									
Private Konsumausgaben	-0.8	-0.4	-0.6	0.2	-0.3	-0.1	0.5	1.0	0.8
Konsumausgaben des Staates	0.4	0.3	0.3	0.1	0.2	0.1	0.0	-0.2	-0.1
Anlageinvestitionen	-1.7	-1.1	-1.4	-0.7	-0.6	-0.7	0.0	0.4	0.2
Ausrüstungen, sonstige Anlagen	-1.0	-0.5	-0.7	-0.1	-0.5	-0.3	-0.4	0.5	0.1
Bauten	-0.7	-0.7	-0.7	-0.6	-0.2	-0.4	0.3	-0.1	0.1
Vorratsveränderung	-0.1	0.4	0.1	1.0	0.0	0.5	-0.3	0.9	0.3
Inländische Verwendung	-2.3	-0.9	-1.6	0.5	-0.7	-0.1	0.1	2.1	1.1
Außenbeitrag	2.0	1.5	1.7	-0.7	0.8	0.1	1.5	-0.1	0.7
Exporte	0.4	1.9	1.2	0.6	0.5	0.5	1.9	2.3	2.1
Importe	1.5	-0.4	0.5	-1.2	0.3	-0.4	-0.4	-2.4	-1.4
Bruttoinlandsprodukt (a)	-0.3	0.6	0.2	-0.2	0.1	0.0	1.7	2.0	1.8

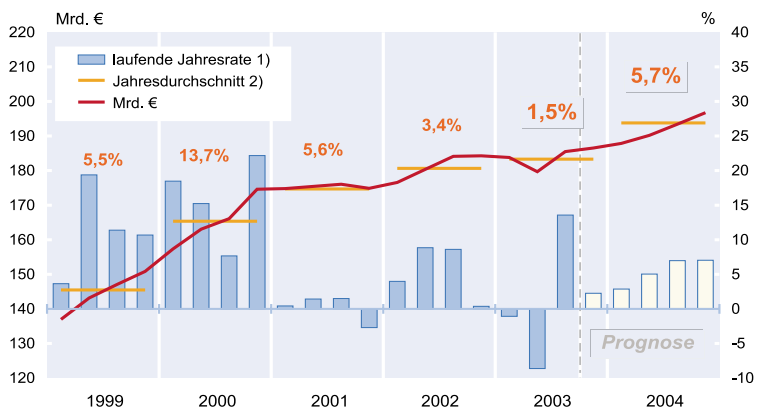
s) Schätzungen des ifo Instituts.-a) Veränderung in % gegenüber Vorjahr. Das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts ergibt sich aus dem Wachstumsbeitrag der Inlandsnachfrage und des Außenbeitrags. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

**Abb. 12**

**Reale Exporte**

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



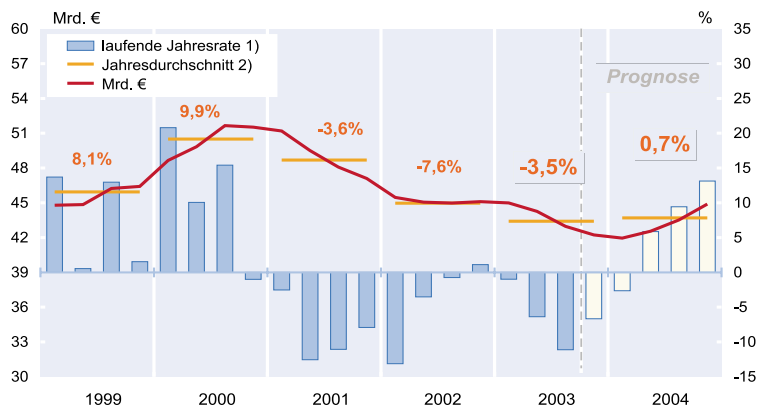
1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).  
 2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dezember 2003).

**Abb. 13**

**Reale Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen**

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



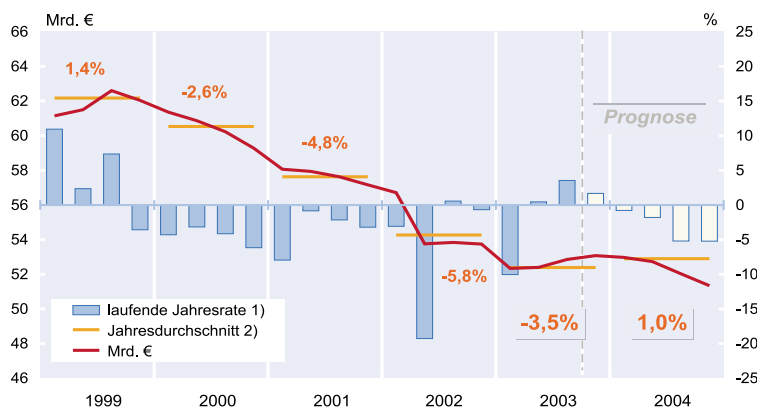
1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).  
 2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dezember 2003).

**Abb. 14**

**Reale Bauinvestitionen**

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).  
 2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des Instituts (Dezember 2003).

haben. Maßgeblich für die per saldo unbefriedigende Entwicklung war der kräftige Rückgang der Arbeitseinkommen im Gefolge der sinkenden Beschäftigung. Auch die monetären Sozialleistungen nahmen deutlich langsamer zu, weil es – anders als im vergangenen Jahr, als manche Transfers erhöht wurden – nun zu Leistungseinschränkungen gekommen ist. Schließlich ist die Sparquote im Vorjahresvergleich leicht gestiegen.

Im nächsten Jahr dürfte der private Konsum dagegen wieder zunehmen. Die Löhne und Gehälter expandieren brutto um 1,1%, nach einer Stagnation in diesem Jahr. Die Budgets der privaten Haushalte werden zudem durch die zweite Stufe der Steuerreform 2000 und das partielle Vorziehen der dritten Stufe spürbar entlastet. Der Eingangssteuersatz sinkt um 3,9 Prozentpunkte, der Spitzensteuersatz um 3,5 Prozentpunkte; allerdings beginnt die obere Proportionalzone des Steuertarifs schon bei 52 152 Euro (vgl. Übersicht). Im Zuge der Gesundheitsreform sinkt der Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung in der Jahresdurchschnittsbetrachtung von 14,35% auf 13,9%; die übrigen Beitragssätze zur Sozialversicherung bleiben stabil. Insgesamt werden die Nettolöhne um 2,9% steigen, nach einem merklichen Rückgang in diesem Jahr. Noch etwas stärker dürften die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen im Gefolge der anziehenden Konjunktur expandieren. Die monetären Sozialleistungen werden brutto allerdings nur noch um 0,7% zunehmen. So steigen die Bezüge aus der Arbeitslosenversicherung und -hilfe kaum noch. Außerdem wird die Anpassung der Altersrenten auf den 1. Januar 2005 verschoben, zudem müssen Rentner ab April den bisher je zur Hälfte von den Rentenversicherungsträgern und Rentenbeziehern getragenen Beitrag zur Pflegeversicherung allein übernehmen. Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen dennoch mit 2,7% beschleunigt expandieren.

Die Sparquote steht im nächsten Jahr im Spannungsfeld verschiedener Einflussfaktoren: Die Entlastungen im Rahmen der Einkommensteuer sprechen für einen Anstieg der Sparquote, da Einkommenszuwächse nicht in voller Höhe und sofort verausgabt werden. Gegenzurechnen ist aber das all-

**Tab. 3**  
**Bruttoinvestitionen in Preisen von 1995**  
 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2002	2003	2004
Wohnungsbau	-5.8	-2.5	3.0
Nichtwohnungsbau	-6.0	-4.7	-1.9
Gewerblicher Bau	-6.5	-4.0	-1.3
Öffentlicher Bau	-4.7	-6.5	-3.3
<b>Bauten</b>	<b>-5.8</b>	<b>-3.5</b>	<b>1.0</b>
<b>Ausrüstungen und sonstige Anlagen</b>	<b>-7.6</b>	<b>-3.5</b>	<b>0.7</b>
Ausrüstungen	-9.1	-4.4	0.1
Sonstige Anlagen	1.6	1.7	3.9
<b>Anlageinvestitionen</b>	<b>-6.7</b>	<b>-3.5</b>	<b>0.8</b>
	0.0	0.0	0.0
<b>Bruttoinvestitionen</b>	<b>-6.4</b>	<b>-1.0</b>	<b>2.4</b>

Quelle: Statistisches Bundesamt, 2003 und 2004: Schätzungen des ifo Instituts.

mähliche Auslaufen des Beschäftigungsabbaus, was das Vorsorgesparen dämpft. Zudem sind erhöhte Zuzahlungen bei Arzneimitteln zu leisten, auch werden erstmals Praxisgebühren erhoben. Per saldo wird hier mit einem leichten Anstieg der Sparquote gerechnet. Der private Konsum dürfte damit nominal um 2,6% zulegen. Real expandieren die Konsumausgaben im Jahresdurchschnitt 2004 um 1,3%.

**Preisklima bleibt moderat**

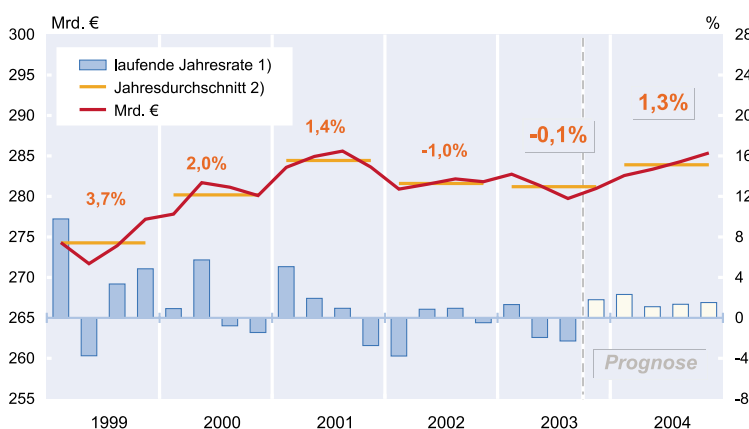
Das Preisklima auf der Verbraucherstufe war trotz des steuer- und abgabenbedingten Preissprungs zu Jahresanfang (An-

hebung der Mineralöl-, der Strom- sowie der Tabaksteuer) im laufenden Jahr außerordentlich ruhig. Im Jahresdurchschnitt 2003 verteuerte sich die Lebenshaltung nur um 1,1%. Noch niedriger war zuletzt die Kerninflationsrate, aus der u.a. der Einfluss der Energiepreise herausgerechnet ist (vgl. Tab. 4).<sup>4</sup>

Die Teuerung wird im Prognosezeitraum moderat bleiben. Zum einen dämpft die vorangegangene Aufwertung des Euro, zum anderen geben die Lohnstückkosten etwas nach. Allerdings werden die Preiserhöhungsspielräume bei allmählich wieder anziehender Konsumkonjunktur etwas größer. Zudem werden die Zuzahlungen für Medikamente deutlich erhöht, eine Praxisgebühr eingeführt und die Tabaksteuer zur Finanzierung versicherungsfremder Leistungen in der gesetzlichen Krankenversicherung gestaffelt angehoben. Auch dürfte sich Strom noch weiter verteuern. Insgesamt dürfte sich der Anstieg der Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 2004 auf 1,2% belaufen.

**Abb. 15**

**Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte<sup>1)</sup>**  
 Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.  
 2) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).  
 3) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.  
 Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dezember 2003).

**Produktion überwindet jahrelange Schwächephase**

Nachdem die gesamtwirtschaftliche Produktion zweieinhalb Jahre lang mehr oder

<sup>4</sup> Die Preise von Energieträgern (Kraftstoffe, Heizöl sowie Gas) und von Saisonwaren (Fische, Fischwaren, Obst, Gemüse) sind überdurchschnittlich volatil und können die Ergebnisse der Preisstatistik auf kurze Sicht verzerren. Aufgrund der in Deutschland besonders großen Bedeutung von Gütern mit administrierten Preisen schließt das ifo Institut bei der Berechnung der Kerninflationsrate diese Gütergruppe zusätzlich aus.

## Übersicht

## Steuerliche Maßnahmen der Bundesregierung im Bereich private Haushalte

	1998 <sup>1)</sup>	1999 <sup>1)</sup>	2000 <sup>1)</sup>	2001 <sup>1)</sup>	2002	2003	2004	2005
Grundfreibetrag (in Euro)	6322	6681	6902	7206	7235	7235	7664	7664
Eingangssteuersatz (in %)	25,9	23,9	22,9	19,9	19,9	19,9	16,0	15,0
Allgemeiner Spitzensteuersatz (in %)	53,0	53,0	51,0	48,5	48,5	48,5	45,0	42,0
Solidaritätszuschlag (in %)	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5
Spitzensteuersatz mit Solidaritätszuschlag (in %)	55,92	55,92	53,81	51,17	51,17	51,17	47,48	44,31
Beginn der oberen Proportionalzone (in Euro)	61377	61377	58643	54999	55008	55008	52152	52152
Steuerersparnis <sup>2)</sup> gegenüber 1998 (in Euro) bei einem zu versteuerndem Einkommen								
von 15 000 Euro	-	111	283	525	534	534	814	845
von 25 000 Euro	-	72	283	703	707	707	1100	1193
von 50 000 Euro	-	22	29	745	751	751	1524	2095
nachrichtlich:								
Sparerfreibetrag (in Euro)	3068	3068	1534	1534	1550	1550	1370	1370
Kinderfreibetrag <sup>3)</sup> (in Euro)	3534	3534	3534	3534	3648	3648	3648	3648
Betreuungsfreibetrag für Kinder unter 16 Jahren <sup>3)</sup> (in Euro)	-	-	1546	1546	-	-	-	-
Freibetrag für Betreuung und Erziehung oder Ausbildung <sup>3)</sup> (in Euro)	-	-	-	-	2160	2160	2160	2160
Kindergeld für das erste und zweite Kind pro Monat (in Euro)	112	128	138	138	154	154	154	154

1) DM-Beträge umgerechnet und auf ganze Euro-Beträge gerundet.

2) Jahreswerte nach Grundtabelle, ohne Berücksichtigung des Solidaritätszuschlags.

3) Unter Anrechnung des Kindergelds.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Berechnungen des ifo Instituts.

Tab. 4

Verbraucherpreisindex für Deutschland<sup>a)</sup>

	Wägungs- schema in Promille	1998	1999	2000	2001	2002	2003 November
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
<b>Kerninflation<sup>b)</sup></b>	<b>744.98</b>	<b>0.9</b>	<b>0.5</b>	<b>0.8</b>	<b>1.4</b>	<b>1.4</b>	<b>0.7</b>
<b>Übrige Lebenshaltung</b>	<b>255.02</b>	<b>1.1</b>	<b>0.8</b>	<b>3.5</b>	<b>3.7</b>	<b>1.2</b>	<b>2.9</b>
davon:							
Saisonabh. Nahrungsmittel	16.26	2.1	-0.7	-0.9	7.9	-0.8	7.3
Heizöl, Kraftstoffe und Gas	51.01	-5.7	6.5	22.8	3.6	-1.0	4.1
Heizöl	7.90	-17.0	19.5	53.6	-5.9	-9.1	4.4
Kraftstoffe	33.70	-5.2	7.0	18.9	1.0	2.3	3.1
Gas	9.41	0.2	-2.1	16.3	21.2	-5.6	7.3
Güter mit administrierten Preisen	187.75	2.5	-0.2	-0.4	3.3	2.0	2.2
darunter:							
Strom	18.65	0.0	3.9	-4.9	4.0	4.5	5.2
Umlagen für Fernwärme u.ä.	10.37	-2.4	-4.8	16.4	19.4	-0.9	3.2
Telefondienstleistungen	20.96	-1.3	-11.5	-12.5	-6.9	2.1	2.1
<b>Lebenshaltung insgesamt</b>	<b>1000.00</b>	<b>0.9</b>	<b>0.6</b>	<b>1.4</b>	<b>2.0</b>	<b>1.4</b>	<b>1.3</b>
davon: <sup>c)</sup>							
<b>Kerninflation</b>	-	0.7	0.4	0.6	1.0	1.1	0.5
<b>Übrige Lebenshaltung</b>	-	0.3	0.2	0.9	0.9	0.3	0.7
Saisonabh. Nahrungsmittel	-	0.0	0.0	0.0	0.1	0.0	0.1
Heizöl, Kraftstoffe und Gas	-	-0.2	0.3	1.0	0.2	-0.1	0.2
Güter mit administrierten Preisen	-	0.5	0.0	-0.1	0.6	0.4	0.4

a) Alle privaten Haushalte, 2000 = 100.

b) In der Abgrenzung des ifo Instituts.

c) Beiträge der Teilindizes zur Veränderung des Verbraucherpreisindex in Prozentpunkten.

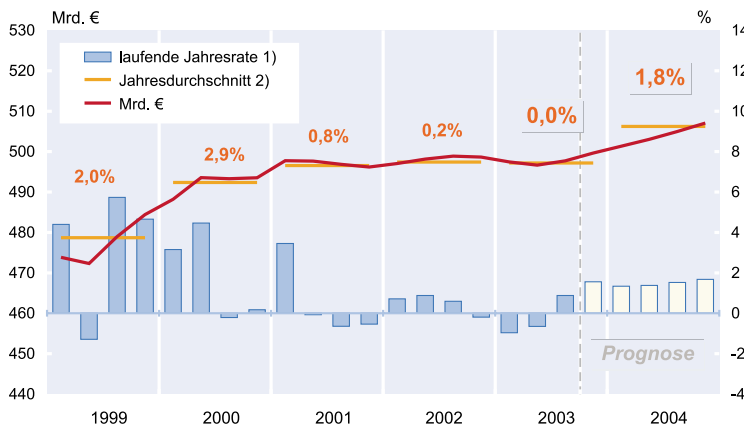
Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.



Abb. 16

**Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland**  
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).  
2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dezember 2003).

weniger stagniert hatte, setzte zur Jahresmitte 2003 eine konjunkturelle Belebung ein. Sowohl im Produzierenden Gewerbe als auch in den großen Dienstleistungsbereichen stieg die Wertschöpfung im Verlauf des zweiten Halbjahres an. Das Expansionstempo wird zum Jahresende noch etwas zunehmen, weil die zum Jahreswechsel anstehende Reform im Gesundheitswesen zu vorgezogenen Käufen führt – mit einer entsprechenden Gegenreaktion Anfang 2004. Für das gesamte Kalenderjahr ergibt sich im Vorjahresvergleich in den meisten Wirtschaftsbe-  
reichen ein leichter Zuwachs (Verarbeitendes Gewerbe + 0,2%, Dienstleistungsbereiche insgesamt + 0,5%). Lediglich das Baugewerbe bleibt mit einem Minus von reichlich 4% deutlich unter dem Produktionsergebnis von 2002, wengleich auch hier nach dem scharfen Rückgang zum Jahresbeginn im weiteren Jahresverlauf die Fertigung ausgeweitet wurde. Alles in allem erreicht das Bruttoinlandsprodukt damit aber gerade den Wert des Vorjahres (vgl. Abb. 16).

Im kommenden Jahr dürfte die Produktion insgesamt verhalten aber stetig expandieren. Trotz des weiter gestiegenen Kurses des Euro wird die zunehmende Nachfrage aus dem Ausland einen großen Beitrag dazu leisten. Hiervon profitiert die Industrie, die ihre Produktion um mehr als 3% ausweiten kann. Im Baugewerbe ist erstmals seit 1994

mit einem spürbaren Zuwachs zu rechnen (1/2%). Im tertiären Sektor wird die Entwicklung recht unterschiedlich verlaufen. Der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister wird im Zuge der allgemeinen konjunkturellen Besserung verstärkt expandieren, dagegen wird – wegen der Sparmaßnahmen beim Staat und wegen der Gesundheitsreform – die Wertschöpfung der öffentlichen und privaten Dienstleister leicht sinken. Insgesamt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2004 um 1,8% steigen (vgl. Tab. 5), davon entfallen 0,1 bis 0,2 Prozentpunkte auf das partielle Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform 2000. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass davon rund 0,5 Prozentpunkte auf die ungewöhnlich hohe Zahl an Arbeitstagen zurückzuführen sind.<sup>5</sup> Die konjunkturelle Grundtendenz wird deshalb von der Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Jahresverlauf (rund 1 1/2%) zuverlässiger wiedergegeben.

Tab. 5  
Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2001	2002	2003 (1)	2004 (1)
<b>Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr<sup>a)</sup></b>				
<b>Private Konsumausgaben</b>	1.4	-1.0	-0.1	1.3
<b>Konsumausgaben des Staates</b>	1.0	1.7	0.6	-0.5
<b>Bruttoanlageinvestitionen</b>	-4.2	-6.7	-3.5	0.8
<b>Ausrüstungen und sonstige Anlagen</b>	-3.6	-7.6	-3.5	0.7
<b>Bauten</b>	-4.8	-5.8	-3.5	1.0
<b>Inländische Verwendung</b>	-0.8	-1.6	-0.1	1.2
<b>Exporte</b>	5.6	3.4	1.5	5.7
<b>Importe</b>	0.9	-1.7	1.4	4.4
<b>Bruttoinlandsprodukt (BIP)</b>	0.8	0.2	0.0	1.8
<b>Erwerbstätige<sup>b)</sup> (1000 Personen)</b>	38911	38671	38190	38021
<b>Arbeitslose (1000 Personen)</b>	3852	4060	4378	4296
<b>Arbeitslosenquote<sup>c)</sup> (in %)</b>	9.0	9.5	10.3	10.2
<b>Verbraucherpreise<sup>d)</sup></b> (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2.0	1.4	1.1	1.2
<b>Lohnstückkosten<sup>e)</sup></b> (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1.3	0.7	0.7	-0.7
<b>Finanzierungssaldo des Staates<sup>f)</sup></b>				
- in Mrd. EUR	-58.9	-74.3	-85.3	-75.8
- in % des Bruttoinlandsprodukts	-2.8	-3.5	-4.0	-3.5
<b>Erlaubter Finanzierungssaldo (in Mrd. Euro)<sup>g)</sup></b>	-62.2	-63.3	-63.9	-65.8
<b>Zinslasten des Staates (in Mrd. Euro)<sup>h)</sup></b>	67.7	65.2	67.0	69.8
<b>nachrichtlich:</b>				
<b>Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum</b> (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1.6	0.9	0.5	2.0
<b>Verbraucherpreisindex im Euroraum<sup>i)</sup></b> (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2.3	2.3	2.1	1.7

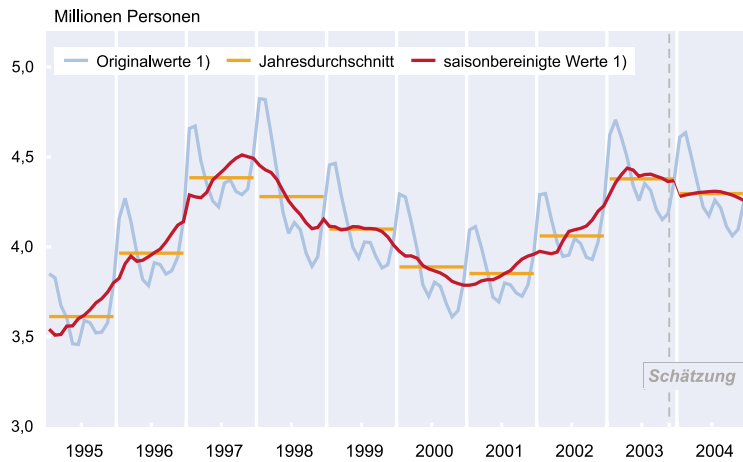
<sup>1)</sup> Prognose des ifo Instituts. - a) In Preisen von 1995. - b) Inlandskonzept. - c) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). - d) Verbraucherpreisindex (VPI). - e) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das BIP in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen. - f) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95). - g) Nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt. - h) Geleistete Vermogensinkommen. - i) HVPI-EWU (1996=100).  
Quelle: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit, Prognose des ifo Instituts.

<sup>5</sup> Zum Kalendereffekt vgl. W. Nierhaus et al. (2003).

**Zunächst noch weiter sinkende Beschäftigung**

Im Jahr 2003 hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt deutlich verschlechtert. Die Erwerbstätigenzahl sank im Jahresdurchschnitt kräftig um nahezu eine halbe Million, die Arbeitslosenzahl stieg um mehr als 300 000. Am stärksten war der Beschäftigungsrückgang im Baugewerbe (rund 6%) und den anderen produzierenden Wirtschaftsbereichen (knapp 3%). Anders als in früheren Schwächephasen sank die Erwerbstätigenzahl aber auch bei den Dienstleistungsunternehmen. Der Tiefpunkt der Arbeitsmarktentwicklung ist damit aber noch nicht erreicht. Angesichts der sinkenden Anzahl offener Stellen wird die Erwerbstätigkeit zunächst weiter zurückgehen, wenn auch nicht mehr so rasch wie zuletzt. Zwar stützt die Arbeitsmarktpolitik durch die Förderung von Existenzgründungen (Ich-AG), den Aufbau der Personal-Service-Agenturen und die Förderung von Mini- und Midi-Jobs die Beschäftigung, dennoch ist erst etwa ab Mitte 2004, wenn sich die Konjunkturerholung gefestigt hat, mit einem leichten Anstieg der Erwerbstätigenzahl zu rechnen. Für den Jahresdurchschnitt ist ein nochmaliger Beschäftigungsabbau in der Größenordnung von 170 000 Personen zu erwarten (vgl. Abb. 17). Erstmals seit dem Jahr 2000 wird das gesamtwirtschaftlich geleistete Arbeitsvolumen im kommenden Jahr aber wieder geringfügig steigen. Ursächlich dafür ist, dass zum einen an mehr Tagen gearbeitet wird, zum anderen wird die Kurzarbeit verringert, und außerdem ist, anders als in den Vorjahren, ein Auffüllen von Arbeitszeitkonten zu erwarten.

**Abb. 18**  
Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland

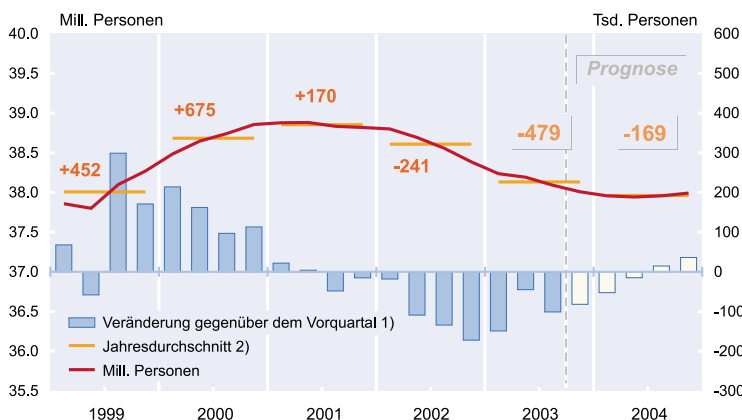


1) Stand am Monatsende. Ab Januar 2004 ohne Personen in geförderten Trainingsmaßnahmen.  
Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dezember 2003).

Die Arbeitslosenzahl ist bis April 2003 kräftig gestiegen, seitdem geht sie tendenziell leicht zurück. Dies ist allerdings nicht als konjunkturell bedingte Verbesserung zu interpretieren, sondern beruht zu einem großen Teil auf Bereinigungen der Statistik. So wird seit dem Frühjahr verstärkt die Arbeitsbereitschaft der Arbeitslosen überprüft und von ihnen auch eine aktivere Mitwirkung bei der Arbeitsplatzsuche eingefordert. Daraufhin sind viele Personen aus der offiziell registrierten Arbeitslosigkeit verschwunden, insbesondere solche, die keinen Anspruch auf Geldleistungen haben. Im Jahresdurchschnitt 2003 stieg die Arbeitslosenzahl dennoch um 320 000 auf 4,38 Millionen (vgl. Abb. 18.).

Rein konjunkturell gesehen wird sich die Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten nicht ganz spiegelbildlich zur Erwerbstätigkeit entwickeln, weil zu berücksichtigen ist, dass das Erwerbspersonenpotential leicht zunehmen wird und ein erheblicher Teil der Personen, die Minijobs annehmen, aus der Stillen Reserve kommt. Allerdings werden ab Beginn des kommenden Jahres Arbeitslose, die sich zur Verbesserung ihrer Eingliederungschancen in geförderten Trainingsmaßnahmen befinden, nicht mehr zu den registrierten Arbeitslosen gerechnet, sondern in der »Stillen Reserve in Maßnahmen« verbucht.<sup>6</sup> Durch diese Neudefinition wird die Arbeitslosenzahl sprunghaft in einer Größenordnung von 100 000 Personen vermindert. Vor diesem Hintergrund ist klar, dass der Rückgang im Jahresdurchschnitt um

**Abb. 17**  
**Erwerbstätige**  
Inländerkonzept, saisonbereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in tausend Personen (rechte Skala).  
2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.  
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dezember 2003).

<sup>6</sup> Vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2003).

reichlich 80 000 Personen auf 4,3 Millionen (das entspricht 10,2% der inländischen Erwerbspersonen) keine tatsächliche Verbesserung der Lage anzeigt.

**Finanzlage der öffentlichen Hand: Keine nachhaltige Besserung in Sicht**

Das Staatsdefizit wird im laufenden Jahr, entgegen der für das Jahr 2003 ursprünglich geplanten deutlichen Senkung, in Relation zum Bruttoinlandsprodukt auf 4% steigen und somit zum zweiten Mal in Folge die Obergrenze des Stabilitäts- und Wachstumspakts verletzen.

Hauptgrund für diese Entwicklung ist, dass die Einnahmen des Staates (insbesondere Steuern) erneut deutlich hinter den ursprünglichen Ansätzen zurückgeblieben und auch weniger stark als die Ausgaben gestiegen sind. Der Beschäftigungsrückgang sorgte zudem dafür, dass auch die Sozialversicherungsbeiträge hinter den Erwartungen blieben und zugleich erhebliche Ausgaben nötig wurden. Als Folge konnte die Bundesanstalt für Arbeit nicht den angestrebten »ausgeglichenen Haushalt« verwirklichen, sondern machte ein Defizit von rund 6 Mrd. €.

Die Steuereinnahmen (in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) dürften im laufenden Jahr nur um 1% gestiegen sein. Auffällig ist hierbei insbesondere, dass das Aufkommen der Steuern vom Umsatz trotz der ergriffenen Maßnahmen zur Vermeidung von Betrugsausfällen erneut um über 1 Mrd. € hinter dem Vorjahresergebnis zurückbleiben dürfte. Die Sozialbeiträge wuchsen nur um 1,9%, obwohl die Beitragssätze in der Rentenversicherung und in der Krankenversicherung stiegen und die Bemessungsgrenzen für die Beitragspflicht in der Arbeitslosen- und der Rentenversicherung deutlich angehoben wurden.

Auf der Ausgabenseite wurden die monetären Sozialleistungen erneut kräftig ausgeweitet (2,7%), und auch die sozialen Sachleistungen expandierten (2,2%) deutlich. Hauptverantwortlich zeigten sich hierfür, wie bereits oben erwähnt, die hohe Arbeitslosigkeit und die steigenden Ausgaben im Gesundheitswesen. Auch die sonstigen Transfers – als Folge der zunehmenden Zahlungen sog. BSP-Eigenmittel an die EU – und die Vermögenstransfers (wegen höherer Ausgaben für Investitionszuschüsse und die Eigenheimzulage) stiegen kräftig. Die Gesamtausgaben nahmen um 2,0% zu. Alles in allem belief sich der gesamtstaatliche Budgetsaldo auf – 85 Mrd. € bzw. – 4,0% des nominalen Bruttoinlandsprodukts (vgl.

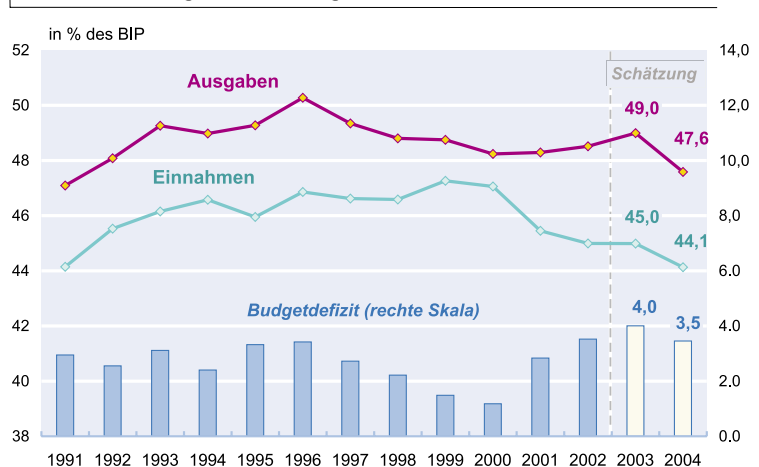
Tab. 5). Somit ergibt sich eine noch höhere Defizitquote als in 2002 (– 3,6%).

Auch im Jahr 2004 ist trotz der leichten konjunkturellen Erholung keine nachhaltige Verbesserung der Finanzlage in Sicht. So werden die Steuereinnahmen (in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) vermutlich lediglich um 1,6% wachsen. Maßgeblich hierfür ist vor allem, dass das partielle Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform Einnahmehausfälle in Höhe von 9 Mrd. € beschert. Obwohl die Bruttolöhne und -gehälter um 1,1% steigen, ist bei den Einnahmen aus Sozialversicherungsbeiträgen nur mit einem geringfügigen Zuwachs zu rechnen, weil der durchschnittliche Beitragssatz in der Krankenversicherung um knapp 0,5 Prozentpunkte zurückgehen dürfte.

Trotz der geplanten Einsparungen bei Bund und Ländern werden die Ausgaben auf dem Niveau von 2003 verharren, weil andere Ausgabenposten wachsen werden. So ist insbesondere eine Zunahme bei den sonstigen laufenden Transfers zu erwarten, weil der Beitrag aus BSP-Eigenmitteln an die EU um 3 1/2 Mrd. € steigt und sich die – wegen des gestiegenen Schuldenstands – Zinsausgaben erhöhen. Mittelfristig, jenseits des Prognosezeitraums muss mit einem weiteren starken Wachstum der Zinsausgaben gerechnet werden, weil das europäische Zinsniveau wieder steigen wird. Im Jahr 2004 werden die Zinslasten des Staates mit etwa 70 Mrd. € um etwa 4 Mrd. € über der erlaubten Nettoverschuldung liegen.

Die Kürzungen bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld der Beamten und die weiter rückläufige Beschäftigung sorgen für etwas geringere Ausgaben bei den Arbeitnehmerentgelten. Daneben ist im Rahmen der Gesundheitsreform durch die beschlossenen Zuzahlungen und Leistungsausgren-

**Abb. 19**  
**Einnahmen, Ausgaben und Budgetdefizit des Staates<sup>1)</sup>**



1) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung in der Abgrenzung der VGR; 1995 und 2000 ohne Sondereffekte. 2003 und 2004: Schätzung des ifo Instituts (Dezember 2003).  
Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

zungen ein Rückgang der Sozialen Sachleistungen zu verzeichnen.

Die Ausgaben für monetäre Sozialleistungen werden weitgehend stagnieren (+ 0,5%). Maßgeblich dafür ist, dass die beiden größten Ausgabenblöcke, die Aufwendungen für Renten und für die Arbeitslosigkeit, nicht mehr wie in den Vorjahren wachsen werden. Bei den Rentenausgaben liegt dies daran, dass die Versicherungsträger – außer durch die Nullrunde – ab April auch durch den Wegfall der Pflegeversicherungsbeiträge und durch sinkende Beitragssätze zur Krankenversicherung entlastet werden, was die zusätzlichen Ausgaben durch steigende Rentnerzahlen nahezu kompensiert. Bei den Lohnersatzleistungen für Arbeitslose ist zwar mit einem weiteren Anstieg der Zahl der Leistungsempfänger zu rechnen, allerdings werden die Ausgaben für andere arbeitsmarktpolitische Transfers wie Kurzarbeitergeld und Unterhaltsgeld sinken. Auch wird die Bundesanstalt für Arbeit (BA) von den niedrigeren Beitragssätzen der Krankenversicherung profitieren, so dass der im Haushaltsentwurf der BA eingeplante Fehlbetrag von 5,2 Mrd. € für das Jahr 2004 realistisch erscheint.

Insgesamt werden die Einnahmen des Staates um 1% steigen und die Ausgaben stagnieren. Daher wird das Finanzierungsdefizit von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen für 2004 auf knapp 76 Mrd. € bzw. in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt auf 3,5% geschätzt (vgl. Abb. 19), was die dritte Verletzung des Stabilitätspaktes in Folge bedeuten wird.

Abgeschlossen am 18. Dezember 2003

## Exkurs 1: Monetäre Indikatoren

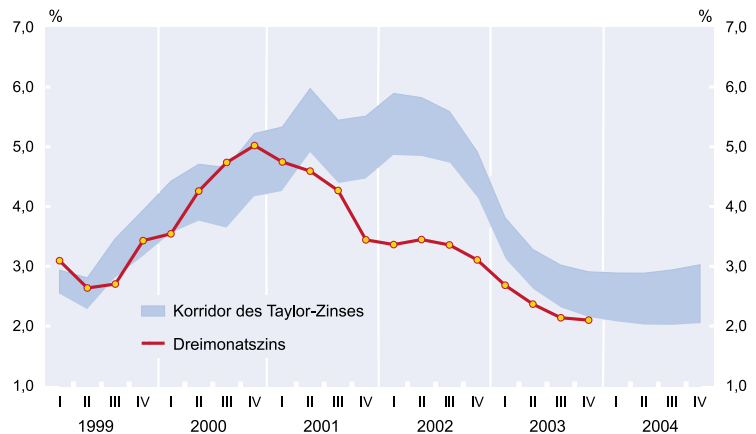
### a) Taylor-Regel für den Euroraum

Ein gängiges Verfahren zur Bestimmung des konjunkturell adäquaten Notenbankzinses stellt die Taylor-Regel dar (vgl. Abb. 20). Gegensatz zur ursprünglich von Taylor (1993) aufgestellten Regel<sup>7</sup>, die Abweichungen der Inflationsrate vom Inflationsziel und die Produktionslücke jeweils mit 0,5 gewichtet, wurde für die vorliegende Analyse das Gewicht der Produktionslücke auf eins gesetzt.<sup>8</sup> Die Darstellung des Taylor-Zinses anhand eines Korridors spiegelt die Unsicherheiten wider, die mit seiner Berechnung verbunden sind.

<sup>7</sup> Taylor-Zins = gleichgewichtiger Realzins + Inflationsrate + 0,5 × (Inflationsrate – Inflationsziel) + 0,5 × Produktionslücke; (vgl. Taylor 1993).

<sup>8</sup> Für ein ähnliches Vorgehen siehe beispielsweise Ball (1993).

Abb. 20  
Taylor-Zins für den Euroraum



Quelle: EZB, Eurostat; ab 4. Quartal 2003: Prognose des ifo Instituts.

Bei der Schätzung des Potentialwachstums zur Bestimmung der Produktionslücke wurden vier unterschiedliche Methoden herangezogen: Anwendung eines HP-Filters ( $\lambda = 1600$ ) und eines Rotemberg-Filters ( $k = 16, v = 5$ ) auf die Zeitreihe des realen BIP (1973/II bis 2005/IV), Annahme eines konstanten Potentialwachstums von 2,0% mit ausgeglichener Produktionslücke in 1999/II und Verwendung des geschätzten Produktionspotentials des »Area Wide Model« der EZB (Daten 1973/II bis 2002/IV, Prognose bis 2004/IV auf Basis eines geschätzten AR-Prozesses). Da das Inflationsziel von der EZB nicht eindeutig festgelegt worden, wurde angenommen, dass ein Band von 1,7 bis 2,0% mit ihrer Vorstellung von Preisniveaustabilität vereinbar ist. Der gleichgewichtige Realzins wurde auf 2% gesetzt, und als Inflationsrate wurde die Kerninflationsrate in der Abgrenzung HVPI ohne Energie, unverarbeitete Nahrungsmittel, Tabak und Alkohol verwendet.

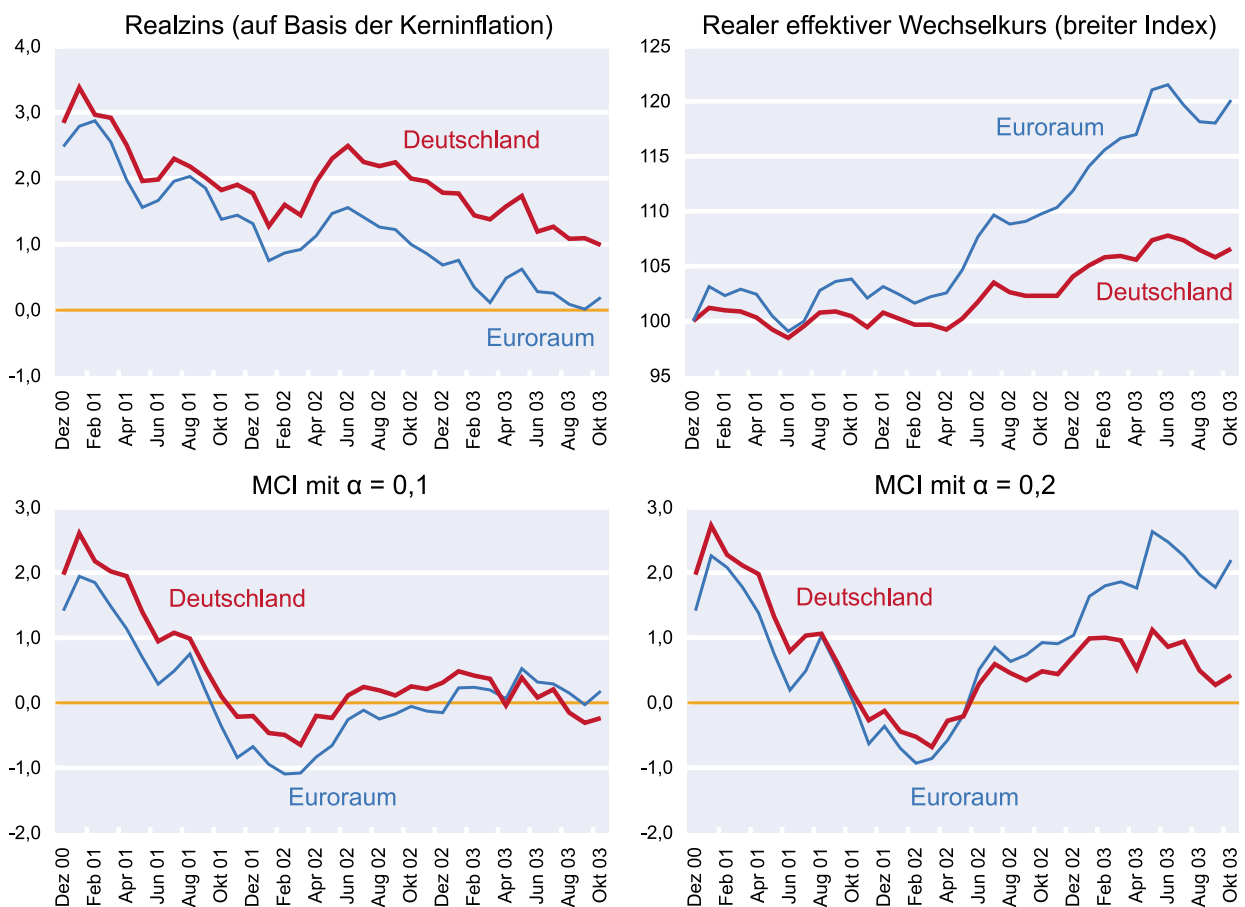
Abbildung 20 zeigt, dass im Laufe des Jahres 2004 aufgrund des prognostizierten Rückgangs der Produktionslücke tendenziell eine Anhebung des Leitzinses zu erwarten ist. Die konjunkturelle Erholung wird allerdings von einem Rückgang der Preissteigerungsraten in 2004 begleitet, so dass der Zinsschritt insgesamt nur gering ausfallen dürfte. Eine solche Prognose auf Basis der Taylor-Regel darf allerdings nur unter Berücksichtigung ihrer Schwächen verwendet werden. Dazu zählt vor allem, dass sie das Zinssetzungsverhalten einer Notenbank bei Störungen makroökonomischer Größen, die sich nur mit gewisser Verzögerung auf die Produktionslücke und die Inflationsrate auswirken, nicht adäquat abbildet. So kann zum Beispiel das vorgezogene Einsetzen des Zinssenkungszyklus Anfang 2001 und das deutliche Unterschreiten des Taylor-Zinses im Jahre 2002 mit dem massiven Einbruch an den Aktienmärkten (März 2000 bis März 2003) und den damit einhergehenden Auswirkungen auf die Konsumentscheidungen der Privaten sowie – zu

einem geringen Teil sicherlich auch – mit der Anfang 2002 einsetzenden starken Aufwertung des Euro erklärt werden. Ebenso wird der zukünftige geldpolitische Kurs von einer Reihe von Unsicherheiten begleitet, die mit obiger Taylor-Regel nur schwer erfasst werden können:

1. Ein unerwarteter Anstieg der Inflationserwartungen könnte dazu führen, dass die EZB die Zinserhöhung bereits zu einem früheren Zeitpunkt vornimmt. Da in die Taylor-Regel nur aktuelle Inflationsdaten eingehen, können sich nachhaltige Störungen der Erwartungen, die man aus Umfragen oder Finanzmarktdaten ablesen kann, selbst erfüllen. Der jüngste Anstieg der langfristigen Inflationserwartungen aus indexierten Staatsanleihen (die sog. Break-even Inflationrate), der möglicherweise im Zusammenhang mit der Diskussion um den Stabilitäts- und Wachstumspakt steht, könnte eine solche Gefahr darstellen, sofern sich diese Entwicklung verfestigt. Umfragen unter Experten für das Jahr 2004 lassen solche Anzeichen allerdings noch nicht erkennen.
2. Ein weiteres Argument für eine vorzeitige Zinserhöhung wäre ein nachfragewirksames Entladen des Geldüberhangs. Solche quantitätstheoretischen Aspekte spielen

- bei einer zinsorientierten Analyse der Geldpolitik nur eine untergeordnete Rolle, da unterstellt wird, dass die Geldnachfrage nur das Spiegelbild der Zinspolitik (und somit der aktuellen konjunkturellen Situation) ist. Bislang wurde das starke Geldmengenwachstum immer mit der Verunsicherung der Anleger erklärt, die auf den starken Kursverfall an den Aktienmärkten zwischen März 2000 und März 2003 zurückzuführen ist. Zwar sind Anzeichen einer nachfragewirksamen Verwendung der Überschussliquidität noch nicht auszumachen, da kurzfristige Einlagen und Geldmarktfonds weiterhin die treibenden Komponenten des Geldmengenanstiegs sind. Allerdings bleibt ebenso die erwartete Umschichtung aus den sicheren kurzfristigen Geldmarktanlagen in Aktien bislang aus, obwohl sich die Aktienkurse seit ihrem Tiefstand im März dieses Jahres wieder kräftig erholt haben.
3. Eine rasche und kräftige Aufwertung des Euro hingegen würde ein Anheben der Zinsen hinauszögern. Die daraus resultierenden dämpfenden Auswirkungen auf Wachstum und Inflation würden erst mit einiger Verzögerung spürbar werden und – zumindest aus makroökonomischer Sicht – einen vergleichbaren monetären Impuls darstellen wie eine Zinserhöhung (siehe b).

Abb. 21



Quelle. Deutsche Bundesbank, Europäische Zentralbank, Eurostat, Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

## b) Monetary Conditions Index für Deutschland und den Euroraum

Die expansive Geldpolitik der EZB schaffte auch in Deutschland günstige monetäre Rahmenbedingungen. Die kurzfristigen Nominalzinsen sanken wie im übrigen Euroraum auf knapp über 2%. Die durchschnittliche Umlaufrendite festverzinslicher Anleihen erreichte im Juni mit 3,6% einen sogar für deutsche Verhältnisse historischen Tiefstand. Auf realer Basis koppelte sich die Entwicklung in Deutschland allerdings von der durchschnittlichen Entwicklung im Euroraum aufgrund niedrigerer Preissteigerungsraten ab (vgl. Abb. 21). Während die Realzinsen sowohl im Euroraum als auch in Deutschland in 2001 annähernd gleich gefallen sind, lag der kurzfristige Realzins in Deutschland seit Januar 2002 über dem des Euroraums (vgl. Abb. 21). Somit wirkte die gemeinsame Zinspolitik in Deutschland wesentlich restriktiver. Im Gegenzug allerdings erfuhr die deutsche Exportindustrie durch die niedrigeren Inflationsraten einen geringeren Verlust an internationaler preislicher Wettbewerbsfähigkeit durch die seit 2001 andauernde Euro-Aufwertung als der durchschnittliche Exporteur im Euroraum (vgl. Abb. 21). Beide Entwicklungen zusammen lassen sich mit einem sog. Monetary Conditions Index (MCI) darstellen (vgl. Abb. 21), der als gewichtete Summe der Abweichung des aktuellen Realzinses vom gleichgewichtigen Realzins und der Abweichung des realen Wechselkurses von einem Basiswert (hier Dezember 2000) gebildet wird:

$$MCI_t = (r_t - 2,0\%) + \alpha(q_t - \bar{q}).$$

Idealerweise sollte man bei der Wahl der Basis einen Monat wählen, in dem der reale Wechselkurs seinem gleichgewichtigen Wert entspricht. Da eine solche Bestimmung analytisch schwierig ist, sollte sich die Interpretation von MCIs auf die Veränderungen beschränken und die Niveaus unberücksichtigt lassen. Unabhängig vom Gewicht  $\alpha$  zeigt sich, dass sich die monetären Rahmenbedingungen in Deutschland und im Euroraum in der ersten Hälfte der Zinssenkungsphase (bis Anfang 2002) gleichermaßen verbesserten. Danach allerdings konterkarierte die Aufwertung des Euro merklich den Expansionskurs der EZB. Je mehr Wert man der Bedeutung des realen Wechselkurses für die monetären Rahmenbedingungen beimisst, desto deutlicher wird, dass durch die relativ niedrige Inflationsrate in Deutschland die geringere Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit die höheren Realzinsen überkompensierte.

## Exkurs 2: Zur Beschäftigungsschwelle

Zur Beurteilung der Beschäftigungsentwicklung wird oft das Konzept der Beschäftigungsschwelle herangezogen. Die Beschäftigungsschwelle ist diejenige Wachstumsrate der Produktion, bei der die Beschäftigung gerade konstant bleibt. Meist wird die Beschäftigungsschwelle berechnet, indem eine einfache lineare Beziehung zwischen der Wachstumsrate der Beschäftigung,  $w_B$ , und der Wachstumsrate der Produktion,  $w_Y$ , geschätzt wird:

$$(1) \quad w_B = a + b w_Y.$$

Der Parameter  $a$  misst das Wachstum der Beschäftigung aufgrund von technischem Fortschritt und der durch Änderungen der Inputpreise induzierten Faktorsubstitution. Der Parameter  $b$  gibt an, wie sich die Wachstumsrate der Beschäftigung ändert, wenn sich die Wachstumsrate des Outputs um einen Prozentpunkt erhöht.

Setzt man  $w_B$  gleich null, erhält man für die Beschäftigungsschwelle  $\bar{w}$ :

$$(2) \quad \bar{w} = -a/b.$$

Zunächst erkennt man aus dieser Gleichung, dass die von manchen Autoren unterstellte Identität von Beschäftigungsschwelle und Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität ( $w_Y - w_B$ ) nur gilt, wenn der Parameter  $b$  gleich eins ist, was konstante Skalenerträge voraussetzt.

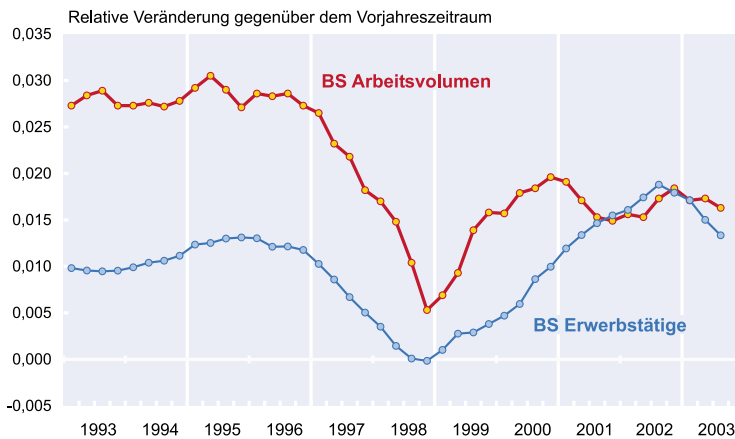
Für die folgende empirische Analyse wird die Produktion durch das reale Bruttoinlandsprodukt gemessen. Für die Beschäftigung gibt es zwei Möglichkeiten. Als erstes Maß wird das Arbeitsvolumen verwandt, also die Summe aller geleisteten Arbeitsstunden. Als zweites Maß dient die Anzahl der Erwerbstätigen. Die Analyse verwendet gesamtdeutsche Daten vom ersten Quartal 1993 bis zum dritten Quartal 2003. Alle Wachstumsraten werden als relative Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal berechnet.

### Arbeitsvolumen

Die Schätzung der Gleichung (1) lieferte für den Parameter  $a$  den Wert  $-0,014$ , für den Parameter  $b$  den Wert  $0,705$ . Die Beschäftigungsschwelle beträgt damit im Durchschnitt der letzten zehn Jahre  $2,0\%$ . Damit also das Arbeitsvolumen ansteigt, muss das reale BIP um mehr als diesen Wert wachsen. Wenn man allerdings die Gleichung (1) produktionstheoretisch betrachtet, spricht wenig dafür, vor allem den Parameter  $a$  als konstant zu modellieren. Zum einen kann die Wachstumsrate der totalen Faktorproduktivität zeit-

Abb. 22

**Beschäftigungsschwellen für das Arbeitsvolumen und die Erwerbstätigenzahl** (1. Quartal 1993 bis 3. Quartal 2003)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

lich variieren, zum andern hängt die Wachstumsrate des Arbeitseinsatzes auch ab von der Wachstumsrate der relativen Inputpreise, in unserem Fall also von der Veränderung der Lohn-Kapitalkosten-Relation. Ein höheres Lohnwachstum führt zu einer Substitution von Arbeit durch Kapital (lohninduzierte Rationalisierung) und damit zu einer höheren Beschäftigungsschwelle (zu einer allgemein theoretischen Herleitung und einer empirischen Analyse für das Verarbeitende Gewerbe vgl. Flaig und Rottmann 2001).

Um die Relevanz dieses Arguments zu überprüfen, wird der Parameter  $a$  im Folgenden als zeitvariabel, konkret als Random Walk, modelliert. Alle statistischen Fit-Kriterien haben sich durch diese Erweiterung deutlich verbessert. Die Beschäftigungsschwelle  $\bar{w}_t$  ist jetzt zeitvariabel und gegeben durch den Ausdruck  $-a_t/b$ . Den zeitlichen Verlauf zeigt die rote Kurve (BS Arbeitsvolumen) in Abbildung (22).

Von 1993 bis Ende 1996 schwankte die Beschäftigungsschwelle um 2,8%, ging dann bis Ende 1998 auf 0,5% zurück und bewegte sich in den letzten vier Jahren zwischen 1,5 und 2,0%. Die kleineren Schwankungen sind aber nicht ohne weiteres als statistisch signifikant zu beurteilen, da der Standardfehler zwischen 0,2 und 0,3% liegt. Der aktuelle Wert der Beschäftigungsschwelle im dritten Quartal 2003 liegt bei 1,6%.

**Erwerbstätige**

Während das Arbeitsvolumen allein durch Variation der Arbeitszeit schnell an den kostenminimierenden Wert angepasst werden kann, gibt es bei der Entwicklung der Erwerbstätigen zusätzliche Komplikationen. Zum einen wird sie durch die sich im Zeitablauf ändernde Struktur zwischen

Voll- und Teilzeitbeschäftigten beeinflusst, zum anderen passen die Unternehmen aufgrund von fixen Einstellungs- und Entlassungskosten die Zahl der Beschäftigten nur langsam an den optimalen Bestand an.

Eine einfache Schätzgleichung, die die Dynamik im Untersuchungszeitraum hinreichend gut beschreiben kann, lautet:

$$(3) \quad w_{B,t} = a_t + b w_{y,t} + c w_{y,t-1} + d w_{B,t-1}$$

$t$  ist der Zeitindex und  $a_t$  wird wieder als Random Walk modelliert. Die geschätzten Parameter lauten:  $b = 0,103$ ,  $c = 0,071$  und  $d = 0,744$ . Bei dieser dynamischen Gleichung gibt es zwei verschiedene Konzepte der Beschäftigungsschwelle. Bei der kurzfristigen Beschäftigungsschwelle fragt man, wie groß

das Wachstum im laufenden Quartal sein müsste, um die Anzahl der Erwerbstätigen gegenüber dem Vorjahresquartal konstant zu halten, gegeben die Wachstumsraten des Outputs und der Beschäftigung im Vorquartal. Die kurzfristige Beschäftigungsschwelle ist gegeben durch:

$$(4a) \quad \bar{w}_t^{EK} = -(a_t + c w_{y,t-1} + d w_{B,t-1}) / b$$

Aufgrund der relativ trägen Anpassung der Erwerbstätigenzahl bedarf es oft großer Änderungsraten des Outputs, um die Beschäftigung innerhalb eines Quartals zu stabilisieren. Beispielsweise hätte die Produktion im dritten Quartal 2003 gegenüber dem Vorjahresquartal um 12% wachsen müssen, damit die Anzahl der Erwerbspersonen denselben Stand wie im dritten Quartal 2002 gehabt hätte. Dies ist natürlich nur ein fiktiver Wert, da solche Änderungen nie beobachtet wurden und die numerischen Zusammenhänge wahrscheinlich nicht stabil blieben.

Bei der Berechnung der langfristigen Beschäftigungsschwelle stellt man die Frage, wie stark nach Abschluss des Anpassungsprozesses die Produktion wachsen müsste, um die Beschäftigung konstant zu halten. Die langfristige Beschäftigungsschwelle ist gegeben durch:

$$(4b) \quad \bar{w}_t^{EL} = -a_t / (b + c)$$

Die langfristige Beschäftigungsschwelle bezüglich der Anzahl der Erwerbspersonen ist als blaue Kurve in Abbildung 22 dargestellt. Bis zum Jahre 2000 war sie immer deutlich niedriger als die Beschäftigungsschwelle für das Arbeitsvolumen. In den letzten Jahren waren die beiden Beschäftigungsschwellen fast identisch. Die Beschäftigungsschwelle für die Erwerbstätigen fällt seit vier Quar-

talen (allerdings statistisch insignifikant) auf den aktuellen Wert von 1,3%.

Da die Analyse nur deskriptiv ist, kann über die Gründe der Veränderungen der Beschäftigungsschwelle nichts ausgesagt werden. Als Erklärungsfaktoren kommen vor allem Änderungen der Lohn-Kapitalkosten-Relation und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Betracht. Eine strukturelle Analyse bleibt zukünftigen Studien vorbehalten.

Obwohl die Beschäftigungsschwelle ein nützliches Konzept sein kann, wird ihre Bedeutung oft überschätzt. Insbesondere ist ein Sinken der Beschäftigungsschwelle nicht generell positiv für die Beschäftigung. Beispielsweise können strukturkonservierende Subventionen zwar das Produktivitätswachstum und damit auch die Beschäftigungsschwelle senken. Da sie aber gleichzeitig auch das Wachstum der Produktion dämpfen, kann der Nettoeffekt für die Arbeitsnachfrage durchaus negativ sein. In einer Situation hoher Arbeitslosigkeit sind generell Maßnahmen sinnvoll, die die Angebotsbedingungen verbessern und die Produktivität erhöhen. Gleichzeitig ist aber eine zurückhaltende Lohnentwicklung notwendig, die die Arbeitsnachfrage steigen lässt.

## Literatur

- Ball, L. (1999), »Efficient Rules for Monetary Policy«, *International Finance* 2, 63–83.
- Flaig, G. und H. Rottmann (2001), »Input Demand and the Short- and Long-Run Employment Thresholds. An Empirical Analysis for the German Manufacturing Sector«, *German Economic Review* 2, 367–384.
- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2003), *Trendwende am Arbeitsmarkt 2004*, IAB Pressegespräch, 9. Oktober, 4.
- Nierhaus W. et al. (2003), »ifo Konjunkturprognose 2003/2004: Erholung erst im nächsten Jahr«, *ifo Schnelldienst* 56(13), 13–38.
- Sinn H.-W. und F. Westermann (2001a), »Why has the Euro has been Falling?: An Investigation into the Determinants of the Exchange Rate«, *NBER Working Paper* No. 8352, 2001
- Sinn H.-W. und F. Westermann (2001b), »The Deutschmark in Eastern Europe, Black Money and the Euro: On the Size of the Effect«, *CESifo Forum* Autumn, 35–40.
- Taylor, J.B. (1993), »Discretion versus Policy Rules in Practice«, *Carnegie-Rochester Conference Series on Public Policy* 39, 195–214.



Anhang

**Die wichtigsten Daten der  
Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung  
für die Bundesrepublik Deutschland**

**BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND****Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**

Vorausschätzung für die Jahre 2003 und 2004

	2002 (1)	2003 (2)	2004 (2)	2003		2004 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj

**Entstehung des Inlandsprodukts**

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	-0.6	-1.2	-0.4	-1.4	-1.1	-0.7	-0.2
Arbeitszeit	-0.5	0.1	-0.6	0.3	-0.1	-0.2	-1.0
Arbeitstage 3)	0.0	0.1	1.2	-0.2	0.4	0.8	1.7
Arbeitsvolumen	-1.1	-1.0	0.2	-1.3	-0.8	-0.2	0.5
Produktivität 4)	1.3	1.0	1.6	1.1	0.9	1.8	1.5
<b>Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995</b>	<b>0.2</b>	<b>0.0</b>	<b>1.8</b>	<b>-0.2</b>	<b>0.1</b>	<b>1.7</b>	<b>2.0</b>

**2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen**

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	1640.9	1658.1	1688.0	807.5	850.6	822.9	865.1
Private Konsumausgaben 5)	1236.5	1247.2	1279.7	612.5	634.7	626.2	653.5
Konsumausgaben des Staates	404.4	410.9	408.3	195.0	215.9	196.7	211.6
Anlageinvestitionen	392.0	376.2	380.7	180.5	195.7	181.0	199.7
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	176.4	168.3	170.5	82.1	86.3	79.4	91.1
Bauten	215.5	207.8	210.2	98.5	109.4	101.6	108.6
Vorratsveränderungen 6)	-13.2	-2.7	3.2	14.5	-17.3	11.2	-8.0
Inländische Verwendung	2019.7	2031.5	2071.8	1002.5	1029.0	1015.1	1056.7
Außenbeitrag	90.7	99.6	122.0	39.2	60.5	59.4	62.6
Exporte	757.6	765.1	813.2	373.5	391.6	391.9	421.3
Importe	667.0	665.5	691.2	334.3	331.1	332.5	358.7
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>2110.4</b>	<b>2131.2</b>	<b>2193.8</b>	<b>1041.7</b>	<b>1089.5</b>	<b>1074.5</b>	<b>1119.4</b>

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	0.9	1.0	1.8	1.2	0.9	1.9	1.7
Private Konsumausgaben 5)	0.3	0.9	2.6	1.2	0.5	2.2	3.0
Konsumausgaben des Staates	2.6	1.6	-0.6	0.9	2.3	0.9	-2.0
Anlageinvestitionen	-6.8	-4.0	1.2	-4.8	-3.3	0.3	2.1
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-8.0	-4.6	1.3	-3.5	-5.6	-3.3	5.6
Bauten	-5.9	-3.6	1.1	-5.8	-1.5	3.2	-0.7
Inländische Verwendung	-0.6	0.6	2.0	1.1	0.1	1.3	2.7
Exporte	3.6	1.0	6.3	1.3	0.7	4.9	7.6
Importe	-3.4	-0.2	3.9	2.5	-2.8	-0.5	8.3
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>1.8</b>	<b>1.0</b>	<b>2.9</b>	<b>0.7</b>	<b>1.3</b>	<b>3.1</b>	<b>2.7</b>

**3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1995**

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	1513.6	1514.7	1527.8	745.2	769.4	750.5	777.3
Private Konsumausgaben 5)	1125.3	1124.0	1139.1	553.1	570.9	558.0	581.1
Konsumausgaben des Staates	388.4	390.6	388.7	192.1	198.5	192.6	196.1
Anlageinvestitionen	396.9	383.2	386.4	184.0	199.2	183.6	202.8
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	179.9	173.6	174.8	84.9	88.7	81.4	93.4
Bauten	217.1	209.6	211.6	99.1	110.4	102.1	109.5
Vorratsveränderungen 6)	-22.0	-12.1	-6.3	6.2	-18.3	2.8	-9.0
Inländische Verwendung	1888.6	1885.7	1908.0	935.4	950.3	936.9	971.1
Außenbeitrag	101.1	103.0	116.9	42.7	60.4	57.5	59.4
Exporte	722.6	733.3	775.2	357.5	375.8	375.9	399.3
Importe	621.5	630.2	658.3	314.8	315.4	318.5	339.8
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>1989.7</b>	<b>1988.8</b>	<b>2024.9</b>	<b>978.1</b>	<b>1010.7</b>	<b>994.4</b>	<b>1030.5</b>
nachrichtlich:							
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>1989.5</b>	<b>1977.6</b>	<b>2013.5</b>	<b>968.9</b>	<b>1008.7</b>	<b>988.4</b>	<b>1025.1</b>

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	-0.3	0.1	0.9	0.3	-0.1	0.7	1.0
Private Konsumausgaben 5)	-1.0	-0.1	1.3	0.3	-0.5	0.9	1.8
Konsumausgaben des Staates	1.7	0.6	-0.5	0.3	0.9	0.2	-1.2
Anlageinvestitionen	-6.7	-3.5	0.8	-3.8	-3.1	-0.2	1.8
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-7.6	-3.5	0.7	-1.6	-5.2	-4.1	5.2
Bauten	-5.8	-3.5	1.0	-5.7	-1.4	3.0	-0.9
Inländische Verwendung	-1.6	-0.1	1.2	0.5	-0.8	0.2	2.2
Exporte	3.4	1.5	5.7	1.6	1.3	5.1	6.2
Importe	-1.7	1.4	4.4	4.0	-1.1	1.1	7.7
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>0.2</b>	<b>0.0</b>	<b>1.8</b>	<b>-0.2</b>	<b>0.1</b>	<b>1.7</b>	<b>2.0</b>
nachrichtlich:							
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>0.5</b>	<b>-0.6</b>	<b>1.8</b>	<b>-0.6</b>	<b>-0.6</b>	<b>2.0</b>	<b>1.6</b>

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2002 (1)	2003 (2)	2004 (2)	2003		2004 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1995=100)

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	1.2	1.0	0.9	0.9	1.1	1.2	0.7
Private Konsumausgaben 5)	1.3	1.0	1.2	1.0	1.0	1.4	1.2
Konsumausgaben des Staates	0.9	1.0	-0.1	0.6	1.3	0.6	-0.8
Anlageinvestitionen	-0.2	-0.6	0.3	-1.0	-0.2	0.5	0.2
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-0.3	-1.2	0.6	-2.0	-0.4	0.8	0.3
Bauten	0.0	-0.1	0.2	-0.1	-0.1	0.1	0.2
Exporte	0.2	-0.5	0.5	-0.4	-0.6	-0.2	1.3
Importe	-1.7	-1.6	-0.6	-1.5	-1.8	-1.7	0.5
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>1.6</b>	<b>1.0</b>	<b>1.1</b>	<b>0.9</b>	<b>1.2</b>	<b>1.5</b>	<b>0.8</b>

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte	1579.6	1584.6	1616.5	780.9	803.7	795.4	821.1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	220.0	224.0	224.7	108.0	116.0	108.7	116.0
Bruttolöhne und -gehälter	910.4	910.2	920.1	429.5	480.8	434.1	486.0
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	449.1	450.4	471.7	243.4	207.0	252.6	219.2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	211.6	212.8	238.2	91.0	121.8	110.1	128.1
<b>Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)</b>	<b>1791.1</b>	<b>1797.4</b>	<b>1854.6</b>	<b>872.0</b>	<b>925.5</b>	<b>905.5</b>	<b>949.2</b>
Abschreibungen	317.7	320.6	325.8	159.6	161.0	162.0	163.8
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>2108.8</b>	<b>2118.0</b>	<b>2180.4</b>	<b>1031.5</b>	<b>1086.5</b>	<b>1067.5</b>	<b>1113.0</b>
nachrichtlich:							
<b>Volkseinkommen</b>	<b>1571.5</b>	<b>1572.1</b>	<b>1620.6</b>	<b>759.4</b>	<b>812.7</b>	<b>789.5</b>	<b>831.1</b>
Arbeitnehmerentgelte	1130.5	1134.2	1144.7	537.5	596.7	542.8	601.9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	441.1	437.9	475.9	221.9	216.0	246.7	229.2

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte	-0.6	0.3	2.0	0.5	0.2	1.9	2.2
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	1.1	1.8	0.3	2.0	1.6	0.6	0.0
Bruttolöhne und -gehälter	0.7	0.0	1.1	0.1	-0.1	1.1	1.1
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	1.5	1.5	1.7	1.7	1.3	2.1	1.4
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	0.9	0.7	3.6	0.7	0.6	4.1	3.2
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	-3.8	0.3	4.7	0.5	0.0	3.8	5.9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	27.3	0.6	11.9	-1.7	2.4	20.9	5.2
<b>Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)</b>	<b>2.1</b>	<b>0.4</b>	<b>3.2</b>	<b>0.2</b>	<b>0.5</b>	<b>3.8</b>	<b>2.6</b>
Abschreibungen	2.1	0.9	1.6	0.6	1.2	1.5	1.7
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>2.1</b>	<b>0.4</b>	<b>2.9</b>	<b>0.3</b>	<b>0.6</b>	<b>3.5</b>	<b>2.4</b>
nachrichtlich:							
<b>Volkseinkommen</b>	<b>1.9</b>	<b>0.0</b>	<b>3.1</b>	<b>-0.5</b>	<b>0.6</b>	<b>4.0</b>	<b>2.3</b>
Arbeitnehmerentgelte	0.8	0.3	0.9	0.5	0.2	1.0	0.9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	4.8	-0.7	8.7	-2.9	1.7	11.2	6.1

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte und priv. Org. o.E.

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	958.5	963.3	983.2	461.8	501.5	472.3	510.9
Nettolöhne und -gehälter	593.5	588.4	605.8	275.1	313.4	283.5	322.3
Monetäre Sozialleistungen	439.3	451.4	454.5	224.7	226.7	227.5	227.0
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	74.3	76.5	77.1	37.9	38.6	38.7	38.4
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	449.1	450.4	471.7	243.4	207.0	252.6	219.2
Sonstige Transfers (Saldo)	-42.3	-35.7	-40.3	-17.2	-18.5	-20.3	-20.0
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>1365.3</b>	<b>1378.0</b>	<b>1414.7</b>	<b>688.0</b>	<b>690.0</b>	<b>704.5</b>	<b>710.1</b>
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	17.6	20.4	21.7	9.8	10.6	10.3	11.4
Private Konsumausgaben 5)	1236.5	1247.2	1279.7	612.5	634.7	626.2	653.5
Sparen	146.3	151.3	156.7	85.4	65.9	88.6	68.0
<b>Sparquote 7)</b>	<b>10.6</b>	<b>10.8</b>	<b>10.9</b>	<b>12.2</b>	<b>9.4</b>	<b>12.4</b>	<b>9.4</b>

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Masseneinkommen	2.0	0.5	2.1	0.7	0.3	2.3	1.9
Nettolöhne und -gehälter	0.2	-0.8	2.9	-0.9	-0.8	3.0	2.9
Monetäre Sozialleistungen	4.9	2.7	0.7	3.4	2.1	1.3	0.1
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	3.9	3.1	0.7	5.0	1.2	2.0	-0.5
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	-3.8	0.3	4.7	0.5	0.0	3.8	5.9
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>0.5</b>	<b>0.9</b>	<b>2.7</b>	<b>1.3</b>	<b>0.5</b>	<b>2.4</b>	<b>2.9</b>
Private Konsumausgaben 5)	0.3	0.9	2.6	1.2	0.5	2.2	3.0
Sparen	3.8	3.4	3.6	4.8	1.5	3.8	3.3

## noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2002 (1)	2003 (2)	2004 (2)	2003		2004 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj
<b>7. Einnahmen und Ausgaben des Staates</b>							
a) Mrd. EUR							
<b>Einnahmen</b>							
Steuern	477.6	482.3	490.2	235.6	246.8	238.6	251.6
Sozialbeiträge	389.0	396.2	398.9	191.9	204.3	194.4	204.5
Vermögenseinkünfte	17.6	15.5	15.2	9.6	5.9	9.3	5.9
Sonstige Übertragungen	15.4	15.3	13.9	7.7	7.6	6.5	7.4
Vermögensübertragungen	8.7	8.5	8.0	4.2	4.2	3.9	4.1
Verkäufe	40.5	40.3	41.4	19.0	21.4	19.0	22.4
Sonstige Subventionen	0.8	0.7	0.6	0.3	0.4	0.3	0.3
<b>Einnahmen insgesamt</b>	<b>949.5</b>	<b>958.8</b>	<b>968.2</b>	<b>468.3</b>	<b>490.5</b>	<b>472.0</b>	<b>496.2</b>
<b>Ausgaben</b>							
Vorleistungen	84.5	84.2	84.7	38.5	45.7	38.8	45.8
Arbeitnehmerentgelte	167.7	170.1	169.8	78.5	91.6	79.7	90.1
Sonstige Produktionsabgaben	0.1	0.0	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	65.2	67.0	69.8	33.8	33.2	35.1	34.7
Subventionen	30.9	28.9	27.4	13.4	15.5	12.6	14.7
Monetäre Sozialleistungen	409.6	420.8	422.9	209.5	211.3	211.8	211.1
Soziale Sachleistungen	163.3	166.8	164.6	81.6	85.2	81.6	83.0
Sonstige Transfers	35.1	37.5	40.4	18.1	19.4	18.9	21.5
Vermögenstransfers	34.6	37.9	34.4	19.9	18.0	19.1	15.3
Bruttoinvestitionen	34.3	32.0	31.0	13.8	18.2	14.1	17.0
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1.4	-1.2	-1.2	-0.5	-0.7	-0.5	-0.7
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>1023.9</b>	<b>1044.1</b>	<b>1043.9</b>	<b>506.8</b>	<b>537.3</b>	<b>511.4</b>	<b>532.6</b>
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>-74.3</b>	<b>-85.3</b>	<b>-75.8</b>	<b>-38.5</b>	<b>-46.8</b>	<b>-39.4</b>	<b>-36.4</b>

## b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

<b>Einnahmen</b>							
Steuern	0.3	1.0	1.6	3.6	-1.3	1.3	1.9
Sozialbeiträge	1.4	1.9	0.7	2.2	1.6	1.3	0.1
Vermögenseinkünfte	-4.2	-12.3	-1.6	-18.6	0.3	-2.5	0.0
Sonstige Übertragungen	6.3	-0.7	-9.2	14.0	-12.2	-15.8	-2.5
Vermögensübertragungen	5.1	-2.9	-5.6	11.6	-14.1	-9.0	-2.1
Verkäufe	-0.5	-0.3	2.6	-0.4	-0.3	0.2	4.8
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
<b>Einnahmen insgesamt</b>	<b>0.7</b>	<b>1.0</b>	<b>1.0</b>	<b>2.5</b>	<b>-0.4</b>	<b>0.8</b>	<b>1.2</b>
<b>Ausgaben</b>							
Vorleistungen	4.1	-0.3	0.6	-0.9	0.2	0.9	0.4
Arbeitnehmerentgelt	1.3	1.4	-0.1	0.3	2.4	1.6	-1.6
Sonstige Produktionsabgaben	-	-	-	-	-	-	-
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	-3.7	2.7	4.2	2.6	2.9	3.9	4.5
Subventionen	-9.2	-6.3	-5.5	-5.6	-6.9	-5.8	-5.1
Monetäre Sozialleistungen	4.9	2.7	0.5	3.5	2.0	1.1	-0.1
Soziale Sachleistungen	3.1	2.2	-1.3	1.9	2.5	0.0	-2.6
Sonstige Transfers	4.6	6.7	7.7	13.5	1.0	4.2	11.0
Vermögenstransfers	-4.0	9.5	-9.2	14.5	4.4	-4.1	-14.9
Bruttoinvestitionen	-4.3	-6.6	-3.1	-9.7	-4.2	1.8	-6.8
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>2.2</b>	<b>2.0</b>	<b>0.0</b>	<b>2.4</b>	<b>1.6</b>	<b>0.9</b>	<b>-0.9</b>
nachrichtlich:							
<b>Finanzierungssaldo in % des BIP</b>	<b>-3.5</b>	<b>-4.0</b>	<b>-3.5</b>	<b>-3.7</b>	<b>-4.3</b>	<b>-3.7</b>	<b>-3.3</b>

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen).

2) Prognose des ifo Instituts.

3) Veränderung der Arbeitstage voll berücksichtigt.

4) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigenstunde.

5) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

6) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

7) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).

**Bücher spielen nach wie vor eine wichtige Rolle in der Medienlandschaft und decken mit ihrer Ausrichtung auf Freizeit, Unterhaltung, Bildung und Ausbildung ein weites Spektrum aktueller Konsumtrends ab. Obwohl »Lesen« einen hohen Stellenwert besitzt, blieb der Buchmarkt von der Konjunkturschwäche der deutschen Wirtschaft nicht verschont und verzeichnete 2002 leichte Umsatzeinbußen. Dieser unbefriedigende Geschäftsverlauf setzte sich im ersten Halbjahr 2003 mit sinkenden Umsätzen fort. Ab September belebte sich aber die Nachfrage, so dass der Vorjahresumsatz bei einem guten Weihnachtsgeschäft nahezu erreicht werden kann.**

Die Leselust der Deutschen ist ungebrochen. Nach einer Marktanalyse steht Bücherlesen auf Platz 8 von 39 Freizeitbeschäftigungen.<sup>1</sup> Dem großen Interesse der Leser entsprechend ist das Angebot der Verlage sehr umfangreich. 2001 erreichte die Titelproduktion mit etwas über 85 000 Erst- und Neuauflagen einen vorläufigen Höhepunkt. 2002 war dann als etwas zeitverzögerte Reaktion der Verlage auf die allgemeine Konjunkturschwäche ein Rückgang auf rund 79 000 Titel zu verzeichnen.<sup>2</sup> Die Titelproduktion nach Sachgebieten ist so weit gespannt, dass sich rund 40% der Erstauflagen keiner bestimmten Kategorie zuordnen lassen; mit rund 14% bildet die Belletristik aber einen Schwerpunkt.

### Der Sortimentsbuchhandel verliert Marktanteile – die großen Buchhandelsgruppen bauen ihre Position weiter aus

Obwohl Bücher im Trend unserer Freizeitgesellschaft liegen, blieb der Buchmarkt von der anhaltenden Konjunkturschwäche der deutschen Wirtschaft nicht ganz verschont. Sein Gesamtumsatz ging 2002 nominal um 2% zurück und wurde vom Börsenverein mit 9,2 Mrd. € angegeben. Diese negative Entwicklung traf die Branche hart, zeigte sie doch bisher aufgrund ihrer zum Teil recht kaufkräftigen Kundschaft einen besseren Umsatzverlauf als der Einzelhandel insgesamt. Nach Warengruppen differenziert, gab es bei

Taschenbüchern nur ein kleines Umsatzminus von 0,5%, während Fach- und wissenschaftliche Zeitschriften eine Steigerung von 1,9% aufwiesen und sich das umsatzmäßig kleine Segment der audiovisuellen Medien sogar mit einem Wachstum von 4,8% auszeichnete (vgl. Tab. 1).

Der Sortimentsbuchhandel war überdurchschnittlich (-3,4%) von der negativen Entwicklung im Jahr 2002 betroffen. Aber auch hier war das Bild nicht einheitlich, gab es doch Gewinner und Verlierer gleichermaßen. Einer Schätzung der Fachzeitschrift »buchreport« zufolge konnten die zehn größten Buchhandelsunternehmen ihren Umsatz um mehr als 10% steigern.<sup>3</sup> Dies ist jedoch nicht so sehr das Ergebnis von internem Wachstum oder von Sonderkonjunkturen, sondern vielmehr die Folge von Übernahmen,

**Tab. 1**  
Umsatzstruktur im deutschen Buchmarkt nach Warengruppen und Vertriebswegen

Warengruppen	1998 2001		2002		Vg. <sup>a)</sup>
	Mill. €		Mill. €	Anteil in %	
Fachbuch, Wissenschaft, Schulbuch	3 186	3 323	3 228	35,0	-2,9
Allgemeine Literatur	4 966	5 242	5 133	55,6	-2,1
darunter:					
Taschenbücher	877	1 102	1 096	11,9	-0,5
Bücher insgesamt	8 153	8 565	8 361	90,6	-2,4
Fach- und wissenschaftl. Zeitschriften	936	847	863	9,4	1,9
Vertriebswege					
Sortimentsbuchhandel	5 369	5 444	5 259	57,0	-3,4
Warenhäuser	422	429	422	4,6	-1,6
Reise- und Versandbuchhandel	637	799	839	9,1	5,0
Verlage direkt	1 494	1 581	1 589	17,2	0,5
Buchgemeinschaften	341	341	314	3,4	-7,9
Sonstige Vertriebswege	825	818	801	8,7	-2,1
Insgesamt	9 088	9 412	9 224	100	-2,0
davon:					
Audiovisuelle Medien	166	207	217	2,4	4,8

a) Veränderung in % gegenüber Vorjahr.

Quelle: Börsenverein des Deutschen Buchhandels.

<sup>1</sup> Für die folgenden Angaben vgl. Börsenverein des Deutschen Buchhandels e. V. (Hrsg.), Buch und Buchhandel in Zahlen 2003, Frankfurt am Main, 2003.

<sup>2</sup> Vgl. Börsenblatt, Problem erkannt, Nr. 28, 2003, S. 62 ff.

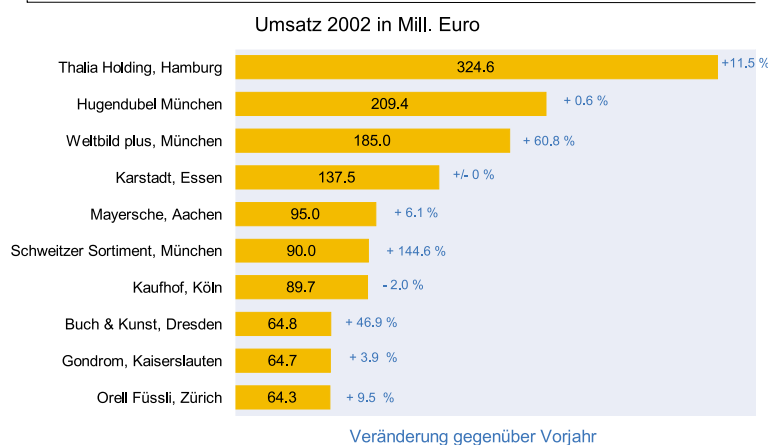
<sup>3</sup> Vgl. buchreport.magazin, Konzentrationswelle hat an Tempo verloren, Heft3/2003.

Neueröffnungen und Erweiterungen der Verkaufsfläche. Flächenbereinigt ergibt sich ein deutlich weniger dynamisches Bild. Zumindest zeitweise gab es auch bei einigen »Großen« Umsatzeinbrüche, denen mit Kurzarbeit und anderen betrieblichen Maßnahmen begegnet wurde. Unterteilt man die Rangliste weiter, dann finden sich auf den Plätzen 51 bis 100 ausschließlich Unternehmen mit rückläufigen Umsätzen.

Die Flächenexpansion, die für den Einzelhandel schon lange ein großes Problem darstellt, weil sie nicht einhergeht mit entsprechenden Umsatzsteigerungen und sich damit negativ auf die Produktivität auswirkt, hat nun auch den Buchhandel erreicht. Inzwischen verfügen die großen Buchhandelsketten über »Flaggschiffe« mit 4500 qm, Buchkaufhäuser mit 2500 qm sind keine Seltenheit. Dieser Trend strahlt – wenn auch in stark abgeschwächter Form – auf den gesamten Buchhandel aus.

Im Ranking der umsatzstärksten Buchhandelsunternehmen stand 2002 die Thalia Holding unverändert an der Spitze (324,6 Mill. €, vgl. Abb. 1). Bezieht man aber alle Vertriebswege (d.h. stationäre Geschäfte, Versandhandel) der einzelnen Unternehmen ein, dann erreichte diese Gruppe lediglich Platz 4. Die erste Stelle belegte das Unternehmen Weltbild (Gesamtumsatz 532,5 Mill. €), gefolgt vom Bertelsmann Club und von Amazon. Trotz der starken Marktposition großer Buchhandelsgruppen haben kleinere Buchhandlungen überaus hohe Sympathiewerte bei den Buchkäufern. Damit und mit einem aktuellen Sortiment, einer übersichtlichen Präsentation und individueller Beratung können sie sich durchaus behaupten. Hinsichtlich der Konzentration ist der Buchhandel immer noch mittelständisch strukturiert. Rund 2000 Buchhandlungen mit Jahresumsätzen zwischen 250 000 und 1 Mill. €, das sind nach der Umsatzsteuerstatistik 2001 nahezu 40% der Unternehmen, verzeichneten immerhin einen Umsatzanteil von 26%.

Abb. 1

**Die zehn umsatzstärksten Buchhandlungen****Harry Potter – ein Rettungsanker für die Branche?**

2002 entfielen auf die Kinder- und Jugendliteratur 7,7% der Erstaufgaben; im Jahr 2000 lag dieser Anteil bei nur 5,9%. Die Gründe für diese Anteilserhöhung sind vielfältig. Sicherlich haben die Potter-Bücher die Lesebegeisterung teilweise erst geweckt oder noch gesteigert. Eine Rolle spielt wohl auch, dass die Pisa Studie erhebliche Schwächen in der Lesefähigkeit der Kinder aufgedeckt hat. Als Folge entstand eine Vielzahl von Initiativen zur Leseförderung; Informationen dazu können beispielsweise unter [www.stiftunglesen.de](http://www.stiftunglesen.de) abgerufen werden. Viele Buchhandlungen geben inzwischen – auch als Marketingmaßnahme – Empfehlungslisten für Kinderbücher heraus, die Eltern und Verwandten Orientierung und Hilfestellung geben, damit sie aus der Fülle des Angebots das »richtige« Buch kaufen können. Untersuchungen zur Lesemotivation bei Grundschulern deuten allerdings darauf hin, dass es deutliche Unterschiede in der Akzeptanz von Büchern bei Kindern gibt. Spannende Abenteuergeschichten werden positiv aufgenommen, während Belehrungsliteratur eher das Lesen verleidet.<sup>4</sup>

Die Hoffnungen des Buchhandels richten sich also auf Kinder- und Jugendliteratur, und in der Tat hat das »Potter«-Fieber mit der Ausgabe V der Branche gute Umsätze gebracht. Nach Angaben des Hamburger Carlsen Verlags, bei dem die deutsche Ausgabe erschienen ist, hat der Buchhandel am Erstverkaufstag 720 000 Exemplare verkauft (beim vierten Band waren es 450 000 Exemplare).<sup>5</sup> Mit zahlreichen Aktionen in der Nacht zum 9. November 2003 haben Buchhändler ihre Kreativität und ihr Engagement unter Beweis gestellt. Trotz dieses Verkaufserfolgs sollte die Branche sehr sorgfältig Veränderungen im Nachfrageverhalten beobachten. So boomt gegenwärtig bei Kindern und Jugendlichen das Geschäft mit Handy-Spielen. Für den Markt, der noch in den Kinderschuhen steckt – es wird geschätzt, dass 2003 in Deutschland etwa 15 Mill. Spiele geladen und dafür 50 Mill. € ausgegeben wurden –, wird mit einem rasanten Wachstum gerechnet. In spätestens fünf Jahren sollen 80% der Jugendlichen ein spielefähiges Mobiltelefon besitzen.<sup>6</sup>

**Der Online-Buchhandel bleibt auf Wachstumskurs**

Der Online-Buchhandel erzielte auch 2002 mit 50% eine exorbitant hohe Wach-

<sup>4</sup> Die Zeit, Mehr Spaß, weniger Botschaft, vom 11. Dezember 2003, S. 69.

<sup>5</sup> Vgl. Börsenblatt, 72 Prozent in den Buchhandel, Nr. 47, 2003, S. 11.

<sup>6</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Oktober 2003, S. 20.

tumsrate und einen Umsatz von 438 Mill. €.7 Neben den Marktführern Amazon, Buch/Bol.de gibt es einige mittelgroße reine Internetanbieter. Darüber hinaus ist eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure auf diesem Markt tätig, die diese Vertriebsform aber nur als zusätzliches Standbein benutzen. Erfolgreich etablieren werden sich nur die Buchhändler, die ihren Kunden über den Buchverkauf hinaus weitere Zusatznutzen anbieten. Dabei kann es sich unter anderem um einen regelmäßigen Informationsservice handeln, mit Rezensionen, Leseproben, aktuellen Nachrichten aus dem Kulturleben usw. Die Erweiterung des Sortiments um branchenfremde Produkte, wie der Versand von Wein, scheint demgegenüber ein eher zweifelhafter Weg zur Profilierung zu sein. Einen Vorsprung haben diejenigen großen Unternehmen, die frühzeitig eine Multi-Channel-Strategie eingeschlagen haben. Dabei ist die Verknüpfung der Vertriebskanäle wichtig. Auf diese Weise können Kunden beispielsweise Bücher online auswählen und bestellen, aber in der Filiale abholen.

Das Internet bietet aber auch neue Vertriebsmöglichkeiten für antiquarische Bücher; das Anbieterspektrum ist hier außerordentlich vielfältig und hinsichtlich der Unternehmensverflechtungen nur schwer zu durchschauen.8 Die Internetadresse www.abebooks.de steht für Anbieter, die eher Antiquariaten klassischer Prägung zuzuordnen sind. Das Zentrale Verzeichnis antiquarischer Bücher (www.zvab.com) ist eine Einrichtung des Onlinehändlers buecher.de. Amazon bietet neue und gebrauchte Bücher parallel an, verknüpft also beide Geschäftsfelder. Darüber hinaus sind neue Online-Plattformen für gebrauchte Bücher entstanden, bei denen neben Privatleuten auch kommerzielle Anbieter, so genannte Powerseller, vertreten sind; das bekannteste Beispiel ist das Auktionshaus eBay. Schließlich gibt es Marktplätze, bei denen zu einem nennenswerten Teil von Privat an Privat verkauft wird (z.B. www.booklooker.de). Es handelt sich also um innovative Angebotsformen, die sich teilweise noch im Experimentierstadium befinden. Durch Beteiligungen und

Übernahmen entstehen neue Unternehmens- und Wettbewerbsstrukturen. Gemeinsames Kennzeichen aller Anbieter sind Niedrigpreise für gebrauchte Bücher, die nicht nur für Schnäppchenjäger attraktiv, sondern für viele Verbraucher mit schmalen Haushaltsbudget äußerst interessant sind. Es lässt sich gegenwärtig nicht verlässlich beurteilen, ob sich dies negativ auf den Markt für neue Bücher auswirkt, ob also spürbare Nachfrageverlagerungen zu Lasten des herkömmlichen Buchhandels davon ausgehen. Die Entwicklung in den USA zeigt jedoch, dass der Marktanteil gebrauchter Bücher nicht zu vernachlässigen ist und auf 5% vom gesamten Buchumsatz geschätzt wird.

**Die Ertragslage des mittelständischen Buchhandels hat sich verschlechtert**

Die Umsatzeinbußen des Jahres 2002 haben sich auch in den Bilanzen der Buchhandlungen bemerkbar gemacht. Im Durchschnitt hatten die Teilnehmer am Betriebsvergleich des Instituts für Handelsforschung, Köln9 einen betriebswirtschaftlichen Verlust von 0,9% vom Nettoumsatz (ohne Mehrwertsteuer) zu verkraften (vgl. Tab. 2). Maßgeblich dafür waren eine leicht rückläufige Handelsspanne und deutlich gestiegene Handlungskosten. Die kalkulatorischen Kosten Unternehmerlohn und Zinsen für Eigenkapital blieben im Ansatz unverändert. Der Cashflow (Ergebnis vor Steuern ./ . Unternehmerlohn + Abschreibungen) lag bei nur 1,0% vom Umsatz. Die Abschreibungen wurden also im laufenden Geschäft nur teilweise verdient, sofern der Unternehmerlohn in voller Höhe entnommen wurde. Der Selbstfinanzierungsspielraum für notwendige Modernisierungs- oder

7 Vgl. Börsenblatt, Ungebremstes Wachstum, Nr. 28, 2003, S. 26 ff.  
 8 Für die folgenden Angaben vgl. Börsenblatt, Aus zweiter Hand, Nr. 39, 2003, S. 12 ff.  
 9 Der Kölner Betriebsvergleich bezieht sich auf den mittelständischen Buchhandel. Die entsprechenden Abteilungen in Warenhäusern, Großfilialbetriebe und der Versandhandel werden nicht berücksichtigt.

**Tab. 2**  
**Sortimentsbuchhandel 2002: Umsatz, Produktivität, Kosten und Erträge**

Merkmal	Betriebe mit ... beschäftigten Personen						Gesamt
	2 bis 3	4 bis 5	6 bis 10	11 bis 20	21 bis 50	über 50	
Umsatz je Betrieb in 1 000 €	379	649	1 016	2 109	4 282	15 587	1 814
<b>Produktivitätszahlen in €</b>							
Umsatz je beschäftigte Person	146 126	149 050	141 242	152 450	150 109	173 951	148 019
je qm Verkaufsfläche	4 286	5 304	5 325	5 912	5 346	5 456	3 724
<b>Lagerhaltung</b>							
Lagerbestand je qm Geschäftsraum in €	317	391	377	398	378	270	365
Lagerumschlag (...mal)	4,8	4,7	4,5	4,2	4,9	5,3	4,6
<b>Ertragszahlen in % des Umsatzes<sup>a)</sup></b>							
Betriebshandelsspanne	30,7	32,1	32,3	34,1	32,7	34,5	32,3
./ . Handlungskosten	24,0	27,7	29,2	30,9	32,5	31,0	28,3
= Ergebnis vor Steuern	+ 6,7	+ 4,4	+ 3,1	+ 3,2	+ 0,2	+ 3,5	+ 4,0
./ . Kalkulatorische Kosten	7,2	5,3	5,0	3,4	1,5	2,5	4,9
= Betriebswirtschaftliches Ergebnis	- 0,5	- 0,9	- 1,9	- 0,2	- 1,3	+ 1,0	- 0,9

a) Ohne Mehrwertsteuer (= Nettoumsatz).

Quelle: Institut für Handelsforschung, Köln; Berechnungen des ifo Instituts.

Erweiterungsinvestitionen verkleinerte sich damit spürbar. Mit Ausnahme der Buchhandelsunternehmen mit über 50 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von rund 15,6 Mill. € pro Unternehmen schrieben die übrigen kleinen und mittleren Buchhändler rote Zahlen. Das bessere Abschneiden der größeren Unternehmen lag unter anderem an einer höheren Personalproduktivität (173 951 € pro beschäftigter Person), einem schnelleren Umschlag des Lagers (5,3-mal) und einer auskömmlichen Handelsspanne, mit der die Handlungskosten und die kalkulatorischen Kosten voll gedeckt werden konnten, so dass ein betriebswirtschaftlicher Gewinn von 1,0% vom Nettoumsatz erwirtschaftet wurde.

### Handlungsspielräume für mittelständische Buchhandlungen bei zunehmendem Wettbewerbsdruck

Die Intensität des Wettbewerbs in der Distribution von Büchern hat sich in den letzten Jahren erheblich erhöht. Es ist unübersehbar, dass Nebenmärkte entstanden sind, die ihre Marktanteile ausweiten werden. Dazu gehört der Verkauf von Büchern in SB-Märkten großer Lebensmittelketten, in Baumarkt-Filialsystemen, in Tankstellen oder in den Filialen von Kaffeeröstern. Während diese Anbieter früher meist nur Billigbücher in Wühlkisten verkauft haben, verfügen sie inzwischen über buchhandelsspezifisches Marketing-Know-how. Entsprechend hochwertig ist das Bücherangebot, das häufig auch Hardcover-Bestseller enthält. Die Preisbindung wird eingehalten und führt so zu sicheren Margen; ein Umstand, den die von Preiskämpfen und Rotstift-Aktionen gebeutelten branchenfremden Handelsgruppen besonders schätzen. Hinzu kommt, dass sich ihr Angebot auf 1000 bis 1800 Titel beschränkt (teilweise auch deutlich weniger), die sich einer regen Nachfrage erfreuen, also zu den so genannten »Schnelldrehern« gehören; damit wird eine kapitalintensive Lagerhaltung auf ein Minimum reduziert.<sup>10</sup>

Am Beispiel der Distribution der neuesten Potter-Ausgabe lassen sich die Wettbewerbsstrukturen deutlich machen. Nach Verlagsangaben gingen 72% der Erstauflage an die Sortimentsbuchhandlungen, 15% an den Versandbuchhandel und 13% an Warenhäuser, Spielwarenhandel und andere Vertriebskanäle. Dabei erscheint diese Aufteilung für die Sortimenter noch günstig. In der Durchschnittsbeurteilung wird sie sich zu ihren Lasten in den nächsten Jahren verschieben.

Mittelständische Buchhändler sollten in diesem schwierigen Wettbewerbsumfeld möglichst viele unternehmerische Handlungsspielräume nutzen. Insbesondere kleinere Buchhandlungen haben hohe Sympathiewerte bei den Buchkäufern. Das riesige Bücherangebot erschwert den Buch-

handelskunden zunehmend den Überblick; Orientierung ist hier gefragt. Bestsellerlisten oder Bücherschauen können für die Leser eine wichtige Hilfestellung sein, von großer Bedeutung ist aber auch die persönliche Kommunikation; hier sind gerade kleinere Buchhandlungen im Vorteil. In besonderen Fällen kann eine Nischenstrategie erfolgreich sein. Das betrifft beispielsweise Kunstbuchhandlungen oder Reisebuchhandlungen, die sich mit einem tiefen, umfassenden Spezialsortiment und einem fundierten Fachwissen von Inhabern und Mitarbeitern einen festen Kundenstamm aufbauen, aber auch bei einem stark frequentierten Standort für Laufkundschaft interessant sein können.

Das Thema Kooperation hatte im Buchhandel bisher keine besondere Bedeutung, das könnte sich aber in Zukunft ändern. Bisher gibt es als eher lose Form der Zusammenarbeit so genannte Erfa-Gruppen, in denen teilweise mit Unterstützung von Betriebsberatern Erfahrungen über die Betriebsführung ausgetauscht werden können. Dabei kann es um Fragen im Marketing, in der Kostenrechnung oder auch um Verlagsvereinbarungen gehen. Erleichtert wird dieser Informationsaustausch aus Wettbewerbsgründen, wenn die Teilnehmer aus größerer regionaler Entfernung kommen. Auch Einkaufskooperationen, die sich im Facheinzelhandel erfolgreich bewähren, haben im Buchhandel bisher »noch« keine Akzeptanz auf breiter Basis. Das »noch« bedeutet, dass sich hier veränderte Einstellungen der Buchhändler abzeichnen, weil sie mehr und mehr einsehen, dass sie als »Einzelkämpfer« vielfach auf verlorenem Posten stehen.

### Die Talfahrt der Umsätze konnte 2003 bestenfalls gestoppt werden

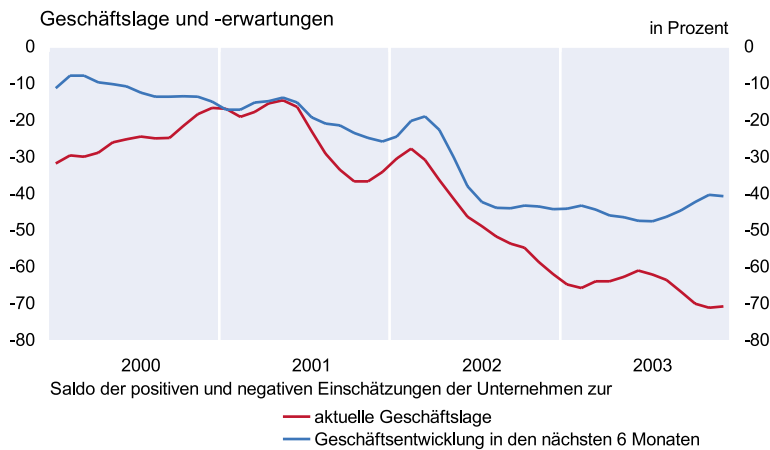
Den Verbrauchern wurde die Kauflaune im vergangenen Jahr gründlich verdorben. Der dafür maßgebliche Katalog von negativen konjunkturellen Faktoren und wirtschaftspolitischer Verunsicherung ist umfangreich und hinlänglich bekannt. So passt auch in die gegenwärtige Konsumlandschaft, dass sich Großantiquariate, die von Verlagen Restauflagen aufkaufen, auf Wachstumskurs befinden. Beim so genannten Modernen Antiquariat mit stark reduzierten Preisen für exquisit ausgestattete Bildbände und andere Bücher greifen Schnäppchenjäger gerne zu.

Das erste Halbjahr 2003 brachte dem mittelständischen Buchhandel ein nominales Umsatzminus von 3%. Dann folgte das Sommerloch mit weiteren Rückgängen. Ab September belebte sich aber die Nachfrage. Im Übrigen bot sich das gewohnte Bild einer gespaltenen Entwicklung mit schrumpfenden Umsätzen bei relativ teuren Hardcovers und einer besseren Entwicklung bei preiswerteren Taschenbüchern. In den Urteilen der Teilnehmer am ifo Konjunkturtest schien sich die aktuelle Geschäftslage zur Jahresmitte 2003 geringfügig zu verbessern; danach ging die Stimmung aber

<sup>10</sup> Vgl. Börsenblatt, Rundum versorgt?, Nr. 31, 2003, S. 13 ff.



**Abb. 2**  
**Buchhandel**



Quelle : ifo Konjunkturtest.

wieder bergab. Ende 2003 bezeichneten – ähnlich wie ein Jahr zuvor – rund 70% der Befragten ihre geschäftliche Situation als schlecht (vgl. Abb. 2). Der Pessimismus hinsichtlich der künftigen Geschäftsentwicklung hat nur etwas nachgelassen.

Die Steuerreform kam für das Weihnachtsgeschäft des Einzelhandels zu spät. Die Verbraucher kennen ihre Entlastung nicht genau, zudem können die Gehaltsabrechnungen – insbesondere bei Großunternehmen – nicht schnell genug angepasst werden, so dass die Mitarbeiter erst im Februar oder März 2004 höhere Nettogehälter erhalten. In vielen Einzelhandelssparten ist deshalb der dringend notwendige Konsumimpuls weitgehend ausgeblieben. Eine Ausnahme bildet der Buchhandel, für den der Dezember im saisonalen Ablauf immer wichtiger geworden ist. Das Buch ist offensichtlich als »Last-Minute-Geschenk besonders gefragt. Die Absatzschwerpunkte verschieben sich dementsprechend von Jahr zu Jahr zeitlich weiter nach hinten, was unter anderem für die Personaleinsatzplanung von Bedeutung ist. Die Tage unmittelbar vor dem 24. Dezember gehören in vielen Buchhandlungen zur verkaufsstärksten Zeit des Jahres. Die Meinungen zum Geschäftsverlauf an den Adventssamstagen des Jahres 2003 schwanken zwischen Zufriedenheit und Enttäuschung. Auf das Gesamtjahr bezogen könnte – unter günstigen Umständen – der niedrige Vorjahresumsatz knapp erreicht werden.

# Frühe und späte Reformer: Langfristige Trends der öffentlichen Ausgaben in 21 OECD-Ländern

In der Wirtschaftswissenschaft wie auch in der Politik hat sich mehr und mehr die Auffassung durchgesetzt, dass für ein langfristig befriedigendes Wirtschaftswachstum die Rolle des Staates überdacht werden muss, und zwar im Sinne einer Reduzierung der öffentlichen Aufgaben und Ausgaben. Eine derartige strategische Neuorientierung der Wirtschaftspolitik erscheint zumal dann als unausweichlich, wenn kurzfristige Wege zu höherem Wachstum, wie höhere öffentliche Defizite, blockiert sind – wie es in einigen Ländern, z.B. in Deutschland, aufgrund früher bereits ausgeschöpfter Defizitspielräume und auch angesichts der Maastricht-Kriterien der Fall ist.

Für den politischen Prozess ist es anscheinend besonders schwer, diese notwendige Reform der öffentlichen Aufgaben durchzusetzen. Daher mag es nützlich sein, die Frage zu beantworten, ob, wann und von welchen Ländern in der Vergangenheit eine deutliche Senkung der öffentlichen Ausgaben bzw. eine Trendwende in ihrer Entwicklung erreicht werden konnte. Zu dem Zweck betrachten wir die langfristige Entwicklung der öffentlichen Ausgaben, gemessen als Anteil am BSP und über vier Jahrzehnte. Wir untersuchen 21 OECD-Länder (15 EU-Länder plus Norwegen, die Schweiz, Australien, Kanada, USA und Japan) in der Zeitspanne von 1960 bis 2001 (Datenmaterial von der OECD). Die Frage nach möglichen Ursachen und Wirkungen von Reduzierungen der öffentlichen Ausgaben wird dabei nicht aufgeworfen.<sup>1</sup>

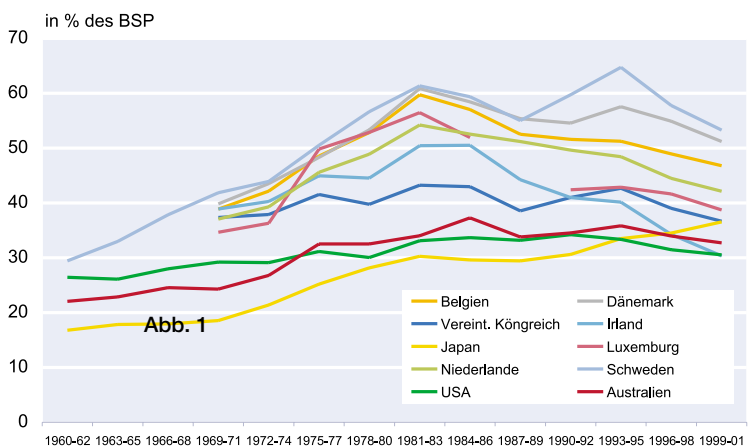
Die Definition der öffentlichen Ausgaben unterscheidet sich je nach Ländern. Zum Beispiel werden steuerliche Subventionen in einigen Ländern als Ausgaben, in anderen als entgangene Einnahmen aufgefasst. Davon ist zwar das Defizit der öffentlichen Budgets unberührt, nicht jedoch die Summe der öffentlichen Ausgaben. Falls jedoch die Erfassung der Subventionen (und anderer Positionen) über die Zeit unverändert ist – was hier unterstellt wird – kann ein Ländervergleich langfristiger Trends der öffentlichen Ausgaben angestellt werden. Um möglicherweise vorhandene langfristige Tendenzen und Umbrüche leichter erkennen zu können, wurden die Zeitreihen zu (nicht gleitenden) Drei-Jahres-Durchschnitten umgeformt. Der erste Wert betrifft dann den Zeitraum 1960 bis 1962.

In Übereinstimmung mit der Literatur<sup>2</sup> finden wir, dass in den meisten Ländern über längere Zeit hinweg zunächst ein ansteigender Trend der öffentlichen Ausgaben beobachtet werden kann, der später von einem absteigenden Trend abgelöst wird. Der Zeitpunkt der Trendwende wird in der genannten Literatur jedoch nicht weiter bestimmt. Es heißt, dass die Trendwende »zu verschiedenen Zeitpunkten« (S. 55) aufgetreten sei. Diese Angabe scheint aber im Licht der hier vorgelegten Untersuchung weniger genau zu sein als möglich.

Wie die Abbildungen 1 und 2 zeigen, ist es möglich, zwei Gruppen von Ländern zu bilden, die »frühen Reformer« und die »späten Reformer«. In der ersten Gruppe setzte ein fallender Trend der öffentlichen Ausgaben anfangs der 1980er Jahre ein, während die späten Reformer eine solche Trendwende erst 12 bis 15 Jahre später erreichten.

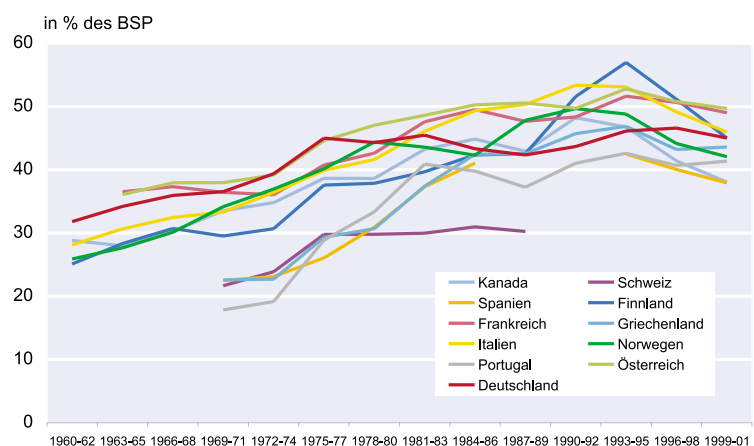
<sup>2</sup> Zusammengefasst z.B. von De Haan, Sturm und Sikken (1996).

**Abb. 1**  
**Frühe Reformer: Entwicklung der öffentlichen Ausgaben**



Quelle: OECD.

**Abb. 1**  
**Späte Reformer: Entwicklung der öffentlichen Ausgaben**



Quelle: OECD.

<sup>1</sup> Die Ursachen einer Reduzierung der öffentlichen Ausgaben werden z.B. untersucht von De Haan, Sturm und Sikken (1996), von De Haan und Sturm (1994) und von Roubini und Sachs (1989).

Die USA und Japan scheinen auf den ersten Blick nicht in die Gruppe der frühen Reformer zu passen. Wenn man aber den öffentlichen Verbrauch als Anteil des BSP zusätzlich betrachtet, gehören beide Länder zu den frühen Reformern, denn diese Variable weist schon früh einen fallenden Trend auf. Auch Schweden ist teilweise eine Ausnahme in der Gruppe der frühen Reformer, denn nach der Trendwende nach unten in den frühen 1980er Jahren steigen die Ausgaben später noch einmal an, bevor sie dann erneut sinken. Dennoch wurde auch Schweden in die Gruppe der frühen Reformer eingereiht, weil die Entwicklung des öffentlichen Verbrauchs schon in den frühen 1980er Jahren eine Trendwende nach unten aufweist.

Die Charakterisierung der Länder als frühe oder späte Reformer ist also ohne großen Zwang möglich. Schwieriger zu beantworten sind jedoch die Fragen, welche gemeinsamen, für das Attribut »früher Reformer« oder »später Reformer« relevanten Eigenschaften die Länder in ihrer jeweiligen Gruppe aufweisen; warum es zwei Zeitpunkte der Trendwende gibt – und nicht einen oder viele; worin die Ursachen und worin die Folgen dieser Trendwenden liegen. Diese Fragen müssten durch Länderstudien aufgeheilt werden und werden hier nicht weiter verfolgt. Es soll jedoch darauf hingewiesen werden, dass die Trendwende der frühen 1980er Jahre in die Zeit der Wirtschaftsreformen fällt, die von Margret Thatcher (britische Premierministerin 1981 – 1989) und Ronald Reagan (US-Präsident 1981 – 1989) in ihren Ländern umgesetzt und anderswo angestoßen wurden.

### Zusammenfassung

In den meisten der betrachteten 21 OECD-Länder gibt es langfristige Trends der Entwicklung der öffentlichen Ausgaben als Anteil am BSP. Diese langfristigen Trends zeigen einen Umbruch von steigenden zu sinkenden Werten. Der Umbruch erfolgte in den meisten Ländern entweder in den frühen 1980er Jahren oder im Zeitraum 1993 – 1995, so dass die Länder verhältnismäßig zwanglos entweder als »frühe Reformer« oder als »späte Reformer« charakterisiert werden können. Die Ergebnisse der Untersuchung geben Anlass, nach den politischen Möglichkeiten von Trendwenden der öffentlichen Ausgaben zu fragen, ebenso wie nach ihren Ursachen und ihren Folgen.

### Literatur

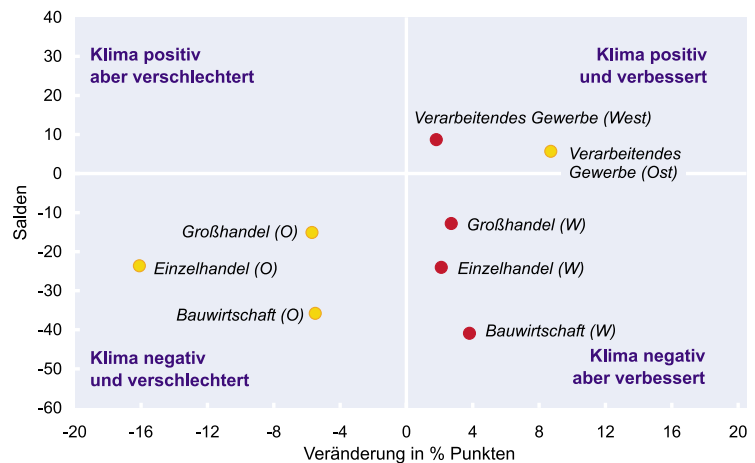
Haan, J. de, J.E. Sturm und B.J. Sikken (1996), »Government Capital Formation: Explaining the Decline«, *Weltwirtschaftliches Archiv* 132, 55–74.  
 Haan, J. de und J.E. Sturm (1994), »Political and Institutional Developments of Fiscal Policy in the European Community«, *Public Choice* 80, 157–172.  
 Roubini, N. und J. Sachs (1989), »Government Spending and Budget Deficits in the Industrial Countries«, in P. Saunders und F. Klau (Hrsg.), *The Role of the Public Sector: Causes and Consequences of the Growth of Government*, OECD Economic Studies 4.

Das Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft Westdeutschlands hat sich im Dezember bereits zum achten Mal in Folge verbessert (Saldowert: 2,5 Prozentpunkte). Dies untermauert die Prognose des ifo Instituts, dass die Weichen für einen Aufschwung gestellt sind und die Konjunktur weiter an Dynamik zulegen wird. Getragen wurde die Aufwärtsentwicklung des Indikators diesmal wieder hauptsächlich von dem erhöhten Optimismus in den Erwartungen der Unternehmen, die mit einem Saldowert von + 16,4 Prozentpunkten so positiv waren wie seit neun Jahren nicht mehr. Aber auch die aktuelle Situation (Saldowert: - 19,7 Prozentpunkte) wurde etwas weniger ungünstig beurteilt als im Vormonat. In den neuen Bundesländern hat sich das Geschäftsklima dagegen leicht eingetrübt (Saldowert: - 12,9 Prozentpunkte). Dies resultiert aus der skeptischeren Einschätzung der Geschäftsperspektiven für das kommende halbe Jahr (Saldowert: - 10,1 Prozentpunkte), während sich die Lageurteile auf dem Stand vom Vormonat hielten (Saldowert: - 15,7 Prozentpunkte).

Das Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe, dem »cycle-maker« der Konjunktur, hat sich in beiden Teilen Deutschlands weiter aufgehellt. In Ostdeutschland tendierte der Indikator sogar sehr kräftig nach oben. Im Bauhauptgewerbe, im Großhandel sowie im Einzelhandel verbesserte sich das Klima nur in den alten Bundesländern, während in den neuen eine Abwärtstendenz – vor allem im Einzelhandel – zu beobachten war (vgl. Abbildung).

Die aktuelle Geschäftslage im **verarbeitenden Gewerbe** Westdeutschlands hat sich im Vorproduktbereich und Investitionsgüterbereich weiter nach oben entwickelt, im Konsumgüterbereich – vor allem bei den Verbrauchsgüterproduzenten – überwogen dagegen die negativen Urteile wieder etwas mehr als im Vormonat. Der Anstieg der Nachfrage hielt im Durchschnitt an, der Gesamtbestand an Aufträgen galt allerdings nach wie vor als unzureichend. Die Perspektiven für das kommende halbe Jahr wurden aber so optimistisch eingeschätzt wie zuletzt Ende des Jahres 1994. In zunehmendem Maß setzten die Unternehmen dabei auch – trotz der weiteren Aufwertung des Euro – Hoffnungen auf das künftige Exportgeschäft. Ihre Produktionspläne zeigten sogar vermehrt nach oben. In den neuen Bundesländern hat sich die Geschäftslage auf ein nun mehr zufriedenstellendes Niveau verbessert. In den Erwartungen gewannen sogar die optimistischen Stimmen erstmals wieder ein deutliches Übergewicht, wobei man aber nur mit bescheidenen Impulsen von der Auslandsnachfrage rechnete. Die Auftragsituation gab nach wie vor Anlass zur Klage, wenngleich die Zahl derartiger Meldungen – mit Ausnahme des Konsumgüterbereichs – etwas abgenommen

**Geschäftsklima nach Wirtschaftsbereichen im Dezember 2003<sup>1)</sup>**



1) Saisonbereinigte Werte. W=Westdeutschland, O=Ostdeutschland.  
Quelle: ifo Konjunkturtest.

hat. Für die nächsten Monate waren nur moderate Steigerungen der Fertigung geplant. Während die Unternehmen im Westen davon ausgingen, höhere Verkaufspreise durchsetzen zu können, rechnete man in den neuen Bundesländern mit leicht rückläufiger Entwicklung. Den Meldungen zufolge ist ein Ende des Personalabbaus in beiden Teilen Deutschlands nicht in Sicht.

Im westdeutschen **Bauhauptgewerbe** tendierte die Geschäftslage leicht nach oben, aber sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau wurde sie noch von knapp zwei Dritteln der Testteilnehmer als unbefriedigend bewertet. Der Auslastungsgrad der Gerätekapazitäten hat etwas zugenommen und lag mit 59% auch über dem vergleichbaren Vorjahreswert (57%). Weiter erhöht hat sich auch die Reichweite der Auftragsbestände (2,3 Monate gegenüber jeweils 2,2 Monate im Vormonat und im Vorjahr). Dementsprechend fielen auch die Urteile über die Auftragslage erneut etwas weniger negativ aus. Erkennbar aufgehellt haben sich die Perspektiven für das kommende halbe Jahr. In Ostdeutschland hat sich im Durchschnitt an der unbefriedigenden Geschäftslage nichts verändert, sie wurde nach wie vor im Tiefbau deutlich ungünstiger bewertet als im Hochbau. Mit 69% waren die Maschinen ebenso ausgelastet wie im Vormonat, aber um vier Prozentpunkte höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Dagegen hat sich die Reichweite der Auftragsbestände aufgrund einer deutlichen Abnahme im Hochbau auf 1,9 Monate verkürzt (November: 2,1 Monate). Die Erwartungen waren von erhöhtem Pessimismus gekennzeichnet, insbesondere für den Hochbau. Den Meldungen nach zu schließen werden die Baupreise in den nächsten Monaten in den neu-

<sup>1</sup> Die ausführlichen Ergebnisse des ifo Konjunkturtests sowie Unternehmensbefragungen in den anderen EU-Ländern werden in den »ifo Konjunkturperspektiven« veröffentlicht. Die Zeitschrift kann zum Preis von 75,- EUR/Jahr abonniert werden.

en Bundesländern weiter unter Druck stehen, in den alten dagegen heraufgesetzt werden. Der Rückgang der Beschäftigtenzahl wird im Westen und im Osten nahezu unvermindert anhalten.

Die leichte Besserung der Geschäftslage im westdeutschen **Großhandel** resultiert aus der Fortsetzung der Aufwärtstendenz im Produktionsverbindungshandel, während im Konsumgüterhandel (einschließlich Nahrungs- und Genussmittel) die negativen Urteile wieder stärker dominierten. Ein ähnliches Bild bot sich bei den Erwartungen. Im Durchschnitt hat der Lagerdruck nachgelassen, die Orderpläne kündigten jedoch – sogar etwas vermehrt – weitere Kürzungen an. Die ostdeutschen Großhandelsunternehmen waren mit dem Geschäftsverlauf nicht mehr zufrieden und sahen auch der künftigen Entwicklung wieder skeptischer entgegen. Bei erhöhtem Lagerdruck haben sie ihre Bestellplanungen wieder nach unten revidiert. Sie sahen aber ebenso wie ihre Kollegen im Westen Chancen, die Verkaufspreise in den nächsten Monaten heraufzusetzen. In beiden Berichtskreisen rechneten die Testteilnehmer mit weiteren Personaleinsparungen.

Im **Einzelhandel** der alten Bundesländer wurde die aktuelle Geschäftslage abermals ungünstiger beurteilt als im Vormonat. Die Besserung im Nahrungs- und Genussmittelsektor konnte die deutlich erhöhte Unzufriedenheit im Non-Food-Bereich nicht ausgleichen. Der Pessimismus in den Erwartungen hat jedoch allgemein nachgelassen. Dementsprechend waren auch die Orderpläne trotz nach wie vor übervoller Lager weniger auf Kürzungen ausgerichtet. Die Unternehmen in Ostdeutschland stufte sowohl ihre gegenwärtige Situation als auch die Aussichten für das kommende halbe Jahr erheblich negativer ein als im Vormonat. Die Lagerüberhänge konnten hier aber zumindest teilweise reduziert werden; dies spiegelte sich auch in den weniger restriktiven Bestellplanungen wider. Im Gegensatz zu den Testteilnehmern in Westdeutschland sahen die ostdeutschen aber Spielräume für Preisheraufsetzungen in den kommenden Monaten. Die Meldungen über beabsichtigte Freisetzung haben in beiden Berichtskreisen etwas abgenommen.

The Ifo Institute takes pleasure in announcing

**THE 2004 CESIFO INTERNATIONAL SPRING CONFERENCE**  
"PROSPECTS FOR THE EUROPEAN ECONOMY"

Thursday and Friday  
18–19 March 2004  
at the British Embassy in Berlin

This annual event offers macroeconomic forecasts as well as industry analyses. The conference, which will take place over two half days, is aimed at business and banking representatives, as well as the public at large.

The first section of the Thursday afternoon session will examine the outlook for the world economy, with special emphasis on the impact of exchange rates followed by an analysis of the state of European economy and its prospects. The second section will start with a close look at trends in foreign direct investment that are of major importance for the evolution of the industrializing economies. Then the development in CEE, China and the Asian NIEs will be examined. Discussion of these issues will be further pursued over dinner at the end of this first day.

On Friday morning the focus will be on sectoral aspects of the European economy. In the first section business experts will discuss corporate finance and the effects of Basel II. In the second section, the development in major industries will be analysed. This second day concludes with a hot buffet lunch.

For further information:

Angelika Six                      ++49–89–9224-1269 phone  
   ++49–89–9224-2269 fax  
   [six@ifo.de](mailto:six@ifo.de) e-mail

Dr. Hans-Günther Vieweg      ++49–89–9224-1362 phone  
(Conference Manager)        ++49–89–9224-2362 fax  
   [vieweg@ifo.de](mailto:vieweg@ifo.de) e-mail

**Mark your calendar and register now**

Please enter my registration for the **2004 CESifo Spring Conference** as follows

Last name, first name

Position    Department    Institution

Street Address    City    Country    E-mail

**Early registration fees (up to 31 December 2003)**

First day only (€ 250)                          Second day only (€ 220)                          Both days (€ 400)   

**Thereafter**

First day only (€ 300)                          Second day only (€ 270)                          Both days (€ 500)   

**Method of Payment**

Bill me     Visa     Master Card/  
Eurocard     Diner's     American  
Express

Card No. \_\_\_\_\_ Valid through \_\_\_\_\_

Signature \_\_\_\_\_

Mail to ifo Institute, Postfach 86 04 60, 81631 Munich of fax to +49 (0) 89 9224 2269

**ifo Institut für Wirtschaftsforschung**

**im Internet:**

**<http://www.ifo.de>**

**Englisch:**

**<http://www.cesifo.de/lfoInstitute>**

